

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Lex Eulenburg.

Das ist die Bezeichnung, die das neueste Produkt des Reichsjustizamts oder richtiger der preussischen Justizbureaucratie von Rechts wegen tragen müßte. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderung des Strafgesetzbuches, dessen Grundzüge wir gestern veröffentlichten, schlägt zwar eine Reihe von Fiktionen am geltenden Strafrecht vor, die nicht unter diese Etikette zu bringen sind. Aber sie gibt das Wesentliche des Entwurfs zurecht wieder, das, was der Zweck dieses Gelegenheitsgesetzes ist — die Unterdrückung der Wahrheit, die Vertuschung der Skandale unserer herrschenden Gesellschaft, die Verhinderung der Wiederkehr solcher Enthüllungen, wie der Fall Eulenburg und seine Begleitfälle waren.

Die Aenderungen der §§ 186, 187 und 188 des Strafgesetzbuchs, die von den Strafen für Beleidigungen handeln, das ist der Kern dieses Entwurfs. Dieser Bestimmungen wegen wurde er gemacht, hier ist das brennende Bedürfnis unserer Regierenden, das sie bewog, noch vor der bevorstehenden allgemeinen Aenderung des Strafrechts diese Fiktionen, dieses „Notgesetz“, wie es die Begründung nennt, vorzulegen. Alles andere ist nur Beiwerk, dazu bestimmt, dem Bloßfreisinn den bitteren Kern schmackhaft zu machen, ihm den Vorwand zu liefern, daß der „wesentlichen Fortschritt“ wegen, die das Gesetz bringe, diese eine rückwärtliche Bestimmung mit hinuntergeschluckt werden müsse.

Und unsere Justizbureaucratie ist dabei gar geschickt vorgefahren. Denn was sie in diesem Beiwerk bietet, das sind allerdings Bestimmungen, die Reformen darstellen. Ihre Bedeutung ist nicht übermäßig groß; vielfach enthalten sie nur Selbstverständlichkeiten, die längst fällig waren. Aber da in Preußen-Deutschland diese Selbstverständlichkeiten eben bisher noch nicht Wirklichkeit geworden sind, so stellen sie eben doch Verbesserungen des bisherigen Zustandes dar.

Auch wir können uns, wenngleich sie uns teilweise nicht weit genug gehen, mit den Strafmildnerungen für Hausfriedensbruch, Arrestbruch, Diebstahl und Unterschlagung geringfügiger Art und mit den Strafverschärfungen für Rindermishandlung und Tierquälerei einverstanden erklären — eine Ausnahme macht nur die Aenderung des Expressionsparagrapheus, die absolut ungenügend ist und geradezu neue Fehlfänge für die Arbeiterbewegung legt. Aber wenngleich so dem größten Teil der Nobelle zugestimmt werden kann, so ist sie doch um ihres Kerns willen für uns einfach unannehmbar und muß es für jede Partei sein, die die Freiheit der öffentlichen Kritik und die Freiheit der Presse vertreten will.

Denn die Aenderung der Beleidigungsparagrapheus, wie sie die Nobelle vorsieht, bedeutet eine Anebelung schlimmster Art der öffentlichen Kritik und der Presse. Schon die Erhöhung der Geldstrafen und der Bußen, die gefordert wird, ist ganz ungeheurerlicher Art. Es gibt dafür keine andere Erklärung, als daß die Regierungen sich auf Umwegen ein Mittel verschaffen wollen, eine unübliche Presse einfach vernichten zu können, was ja auf dem Wege des direkten Verbots nach Einführung der sogenannten Pressfreiheit nicht mehr möglich ist. Es versteht sich am Ende, daß kleinere Blätter einfach an den Rand des Ruins gebracht werden, wenn die Gerichte Strafen bis zu 10 000 Mark und Bußen bis zu 20 000 Mark verhängen würden!

Die Ordnungspresse, die sehr selten mit dem Strafrichter in Verührung kommt und die, wenn ein von ihr besudelter Sozialdemokrat sie einmal noigedrungen vor die Barre zieht, auf das wohlwollende Verständnis und die Milde der Gerichte rechnen kann, meint freilich, daß die anständige Presse diese Bestimmungen nicht zu fürchten brauche. Aber gerade das Gegenteil ist die Wahrheit; gerade die anständige Presse, es wagt, gegen Mißstände aufzutreten, die sich der Unterdrückung und der Verfolgung gegen ihre mächtigen Widerwärtiger anzunehmen wagt, wird durch diese Bestimmungen aufs schlimmste bedroht. Kein Zeitungsmann ist selbst bei der größten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt sicher davor, daß nicht einmal ein Wort zuteil, eine etwas zu weit gehende Behauptung in die Artikel seines Blattes gerät. Keiner ist sicher davor, daß die Richter die Zeugnisse, die es zu prüfen gilt, anders bewerten, als er es nach gewissenhafter Erwägung glauben zu müssen, keiner ist unsehbar in der Beurteilung der Menschen, keiner sicher vor gewollter oder ungewollter Täuschung! Und beweist er von dem, was er in seinem Blatte behauptet hat, 99 Prozent, und deckt er damit die gravendsten Mißstände auf und erwidert er sich damit ein Verdienst um die Menschheit — das Recht, wie es der deutsche Durchschnittsrichter auslegt, verlangt seine Beurteilung, weil er den Wahrheitsbeweis nicht voll erbracht hat!

Die famose Begründung des Entwurfs stellt die Revolver- und Sensationspresse der „Presse im ganzen“ gegenüber, „die es sich zur Aufgabe macht, die öffentlichen Interessen wahrzunehmen“. Dieser letzteren Presse, so meint sie, könne „eine Vorschrift, die sich ausschließlich gegen Auswüchse der Publizität wendet, nur willkommen sein“. Gemeint ist die Vorschrift über die Einschränkung des Wahrheitsbeweises. Die Begründung gesteht also der Presse die Aufgabe zu, die öffentlichen Interessen

wahrzunehmen. Der Entwurf aber bedroht mit der Erhöhung der Strafen gerade die Presse, die die öffentlichen Interessen wahrnimmt! Denn die öffentlichen Interessen können nicht immer nur mit allgemeinen Ausführungen gewahrt werden, sondern sehr oft ist es notwendig, bestimmte Tatsachen anzuführen, und diese Tatsachen sind nicht minder oft solche, die gewisse Massen oder Leute verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzumwürdigen geeignet sind.

Je mehr sich die Klassengegensätze zuspitzen und die bürgerlichen Parteien sich zum großen antisozialistischen Block zusammenschließen, um so ausschließlicher fällt die große Aufgabe, Mißstände der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken und zu heilen, der sozialdemokratischen Presse zu. Gegen sie ist diese ungeheuerliche Erhöhung des Strafmaßes vornehmlich gerichtet, ihr soll damit das Leben sauer gemacht werden. Die unübliche Mahnerin soll getroffen und geknebelt werden. Wir haben in diesen Bestimmungen ein ganz offenkundiges Ausnahmengesetz gegen die sozialdemokratische Presse, einen Versuch zur Erdrosselung der Presse des arbeitenden Volkes vor uns, einen Versuch, der kämpfenden Arbeiterschaft eine ihrer schärfsten Waffen zu entwinden!

Ebenso toll und gefährlich wie die Strafverschärfung ist der neue Absatz, der dem § 186 angehängt werden soll, und der da lautet:

„Bei einer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangenen Beleidigung tritt die Bestrafung ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Tatsache ein, wenn diese lediglich Verhältnisse des Privatlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht berühren. Eine Weisensaufnahme über die behauptete oder verbreitete Tatsache ist nur mit Zustimmung des Beleidigten zulässig.“

Hier haben wir die eigentliche Lex Eulenburg. Sie gibt sich als eine unschuldige Schutzmaßregel für den Beleidigten, dessen Interessen, wie die Begründung behauptet, „zur Zeit keine genügende Berücksichtigung finden“. Und dann wird es so hingestellt, als richte die Bestimmung lediglich gegen die Revolver- und Sensationspresse, die das schmutzige Handwerk treibt, geheime Privat- und Familienverhältnisse, die keinerlei öffentliches Interesse haben, auf den Markt zu zerren. Für solche unsauberen Praktiken hat die Sozialdemokratie sicher nichts übrig. Sie hat von jeher verächtlich ihren Kampf im Stile des Reichsverbandes zu führen, der in Ermangelung besserer Waffen kaum noch etwas anderes als die persönliche Besudelung und Verdächtigung der Gegner zu betreiben vermag. Aber damit ist absolut nicht gesagt, daß wir diese Lex Eulenburg akzeptieren könnten. Sie trifft nicht nur die Revolver- und Sensationspresse, ihre Kantienauffassung macht sie zu einer Fußangel, in der auch die anständige Presse gefangen wird. Was sind „lediglich Verhältnisse des Privatlebens, die das öffentliche Interesse nicht berühren“. Die deutschen Richter bestimmen das nach freiem Ermessen. Was ist „öffentliches Interesse“? Daraus machen wir, was wir wollen, sagte auf dem letzten deutschen Juristentag ein offenergeiger Staatsanwalt. Kurz, wenn der Beweis der Wahrheit abgebrochen werden darf und welche Behauptung auch dann strafbar ist, wenn sie als wahr erwiesen wird, das bestimmt die richterliche Willkür! Einen festen Maßstab gibt es da nicht und kann es nicht geben. Im allgemeinen wird das fernelle Leben zu den „Verhältnissen des Privatlebens“ gehören, „die das öffentliche Interesse nicht berühren“. Wie aber, wenn ein Politiker, der sich öffentlich als der Vertreter größter Sittenstrenge gibt und seine Gegner Beförderer der Unsitlichkeit schilt, als Mißling entlarvt würde? Rüge da kein öffentliches Interesse vor? Darüber werden die Ansichten der Richter und der Zeitungleute oft weit auseinandergehen. Oder, wenn ein Unternehmer seine wirtschaftliche Uebermacht gebraucht, um seine Arbeiterinnen zu Objekten seiner Lüste zu machen, liegt da eine Tatsache des privaten Lebens vor, oder eine solche, die öffentliches Interesse hat? Schon diese kurzen Andeutungen können zeigen, wie der Absatz 2 des § 186 des Entwurfs zur Deckung der abenteuerlichsten Mißbräuche benutzt werden kann!

Und warum das alles? Weil die herrschende Gesellschaft das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat, weil sie die Schwären an ihrem Reibe und die Mißstände ihrer „göttlichen Ordnung“ nicht aufgedeckt sehen will, weil sie für ihre Herrschaft fürchtet, wenn die Wahrheit über sie dem Volke mehr und mehr bekannt wird. Der Fall Eulenburg steckt ihr in den Knochen, deshalb die Lex Eulenburg!

Wer die Wahrheit nicht zu scheuen hat, der wird die Lex Eulenburg bekämpfen bis aufs Aeußerste. Die Sozialdemokratie wird ihre Pflicht tun.

Ueber die übrigen Bestimmungen des Entwurfs in einem anderen Artikel.

## In den Fußstapfen Gneiffenaus, Scharnhorits und Bebels.

Aus dem Reichstag. (16. März.) So brechen Wahrheiten im politischen Leben sich Bahn: Eine Rennerung, die der Einzelne, die eine Kinderheilstätte befürwortet hat, wird zunächst von den

Autoritäten in Amt und Würden verläßt und mißachtet. Dann gewinnt sie Boden, bis auch aus den Reihen früherer Gegner ihr Freunde erstehen, und wenn dann die Nachkammer selbst anfangen, sich ihr zuzuwenden, dann ist die Zeit nicht mehr fern, die ihre Durchföhrung erlebt. Einen bezeichnenden Ausschritt aus einem solchen Entwicklungsgange bot die heutige Reichstagsdebatte über den Militäretat.

Zunächst wurde der Etat des Militärgerichts ohne wesentliche Debatte nach den Beschlüssen der Kommission erledigt. Bezeichnenderweise wurde übrigens auch dabei eine Ersparnis an Adjutanten, die die Kommission gefordert hatte, auf Antrag der Wochpartei wieder beseitigt. Der Etat selber wurde durch einige belanglose Ausführungen des Referenten v. Elm (L.) eingeleitet. Dann ergriff der Zentrumsabgeordnete Häusler zu einer umfassenden Kritik unserer Heereseinrichtungen das Wort. Seine Ausführungen fallen um so schwerer ins Gewicht, als er früher bayerischer General war. Er wies zunächst auf Einzelheiten nach, daß ein unerbittlicher Bureaucratismus auch in der Heeresverwaltung herrscht, der aber trotzdem nicht hindert, daß grobe Willkürlichkeiten bei der Verwendung der Gelder vorkommen, während die Unübersichtlichkeit und Verworrenheit des Etats die Kontrolle durch die Volksvertretung auf das äußerste erschwert. Herr Häusler rügte dann eine Anzahl Mißstände, die auch sonst schon bei bürgerlichen Kritikern Anstöß erregt haben, so das System der geheimen Qualifikationen, durch das Kriecherei und Strebertum beim Offizierskorps großgezogen werde. Geradezu vernichtend war Häuslers Kritik des Drillsystems, das für die militärische Ausbildung der Mannschaften nur schädlich sei und seiner Zeitvergeudung wegen dem Reiche obendrein noch unnötigerweise Geld koste. Dieser ehemalige Generalmajor ging sogar soweit, einzugestehen, daß der Stechschritt das deutsche Heer in den Augen des Auslandes lächerlich mache. Als er dann auf die Kürzung der Dienstzeit und die Notwendigkeit der militärischen Vorbildung der Jugend zu sprechen kam, zeigte es sich, daß er nicht nur mit Fug und Recht sich auf Scharnhorst und Gneiffenaus berufen konnte, sondern auch den Spuren Bebels folgte.

Man hätte meinen sollen, der Kriegsminister werde sich beeilen, diese Angriffe eines Fachmannes sofort zu parieren. Es zeigte sich aber, daß Herr v. Einem den Bülow und Dornburg abgequält hat, daß Vorsicht der Tapferkeit besseres Teil ist. Alle diese bureaucratistischen Staatsminister tragen unüblichen Angriffen gegenüber eine erklüftete Nichtachtung zur Schau. Entweder antworten sie gar nicht oder doch nicht auf frischer Tat, sondern an einem späteren Tage, wo sie dann sorgfältig an den heißen Stellen vorbeiantworten. Des Weifalls der Wochmouclenden sind sie dann immer gewiß. Morgen also wird vermutlich der große Strategie v. Einem das Feuer seiner Routinegeschütze auf die Häuslersche Stellung eröffnen.

Heute mußte er noch das Mißgeschick erleben, daß sein Verlangen als Esay-Einem die Herren v. Liebert und Graf Oriola auf den Flay brachte. Der freikonservative wie der nationalliberale Redner geben einander an Militärförmlichkeit nichts nach. Herr v. Liebert hält sich als ehemaliger General für verpflichtet, alles zu verteidigen, was er nur dem Militärkabinett an den Augen absehen kann. Graf Oriola aber befindet sich der Uniform gegenüber immer in dem hangenden und verlangenden Zustande eines hypnotisiereten Nadjis. Er glaubte, den aussäffigen bayerischen General a. D. in den Augen aller Drillpatrioten unfehlbar zu kompromittieren, als er ihm vortraf, in den Fußstapfen Bebels zu wandeln.

Herr Häusler erwiderte geföhlt in einer persönlichen Bemerkung, Gneiffenaus und Bebels Ansichten ständen ihm doch höher, als die des Grafen Oriola. Eigenlich wollte er wohl sagen: „Gneiffenaus und Scharnhorits Ansichten“, aber die unbeabsichtigte Ersetzung des Namens Scharnhorst durch Bebel gab der Situation einen treffenderen Ausdruck als der General a. D. eingestehen gewillt war. Tatsächlich hat ja im deutschen Reichstag Bebel, fuhend auf Gneiffenaus und Scharnhorst, dem Gedanken der militärischen Jugendausbildung Taha gebrochen.

Vorher war noch nach kurzer Debatte das Weingesetz und das Doppelbesteuerungsgezet in dritter Lesung angenommen worden.

Morgen: Fortsetzung der Militäredebatte. Wahrscheinlich wird dazu vom Militärkabinett aus kommandiert: „Einem to the front!“

## Mobilisierung.

Im österreichisch-serbischen Konflikt geschehen sehr rasch die entscheidenden Schritte, die entweder zur Abriistung oder zum Ausbruch des Krieges führen müssen. In Oesterreich hat die Mobilisierung bereits begonnen. Die Verwaltungsbehörden von Preßburg sind von dem ungarischen Landesverteidigungsministerium verständigt worden, daß die in Bosnien und Dalmatien garnisonierenden Truppenkörper auf vollen Kriegstand zu setzen sind. Die Reservisten, die zu den in Bosnien und Dalmatien befindlichen Korps gehören, sind sofort einzuberufen und zu ihren Abteilungen zu senden. Ebenso wurden in Troppan die Reservisten einberufen. Für die nächsten Tage steht die Mobilisierung des VII. (Aemesvar, Ungarn), des XII. (Germannstadt, Siebenbürgen) und des XIII. Korps (Agram, Kroatien) bevor. Man erwartet, daß auch das IX. und VIII. Korps (Böhmen) ganz oder teilweise werden mobilisiert werden. Die Mobilisierung wird damit begründet, daß ein Ueberstreiten der Grenze durch Serben und Montenegriner nicht ausgeschlossen sei. Die Mobi-

**Die Inserions-Gebühr**  
Betragt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

isierung bringt die Stärke der österreichischen Truppen in Bosnien innerhalb der nächsten 48 Stunden auf 70000 Mann. Dieser militärischen Aktion geht die diplomatische parallel. In Wien findet heute unter Vorsitz des Kaisers ein Kronrat statt, an dem außer dem österreichischen und ungarischen Ministerpräsidenten auch die Minister des Auswärtigen und des Krieges teilnehmen. In dieser Beratung wird die Antwort Oesterreichs an Serbien festgelegt werden. Die Note dürfte einerseits nochmals die Bereitwilligkeit Oesterreichs zu wirtschaftlichen Zugeständnissen betonen, andererseits aber von Serbien bestimmte Garantien für die Aufrechterhaltung des Friedens, also die Abrüstung innerhalb eines kurzen Termins fordern. Einer Ablehnung oder ausweichenden Antwort würde das Ultimatum und die Kriegserklärung folgen. Die Antwort wird noch in dieser Woche in Belgrad überreicht werden.

Dass die österreichische Regierung entschlossen ist, auf der Abrüstung zu bestehen, bevor sie in direkte Verhandlungen mit Serbien eintritt, ist auch aus der Rede zu erkennen, die der österreichische Ministerpräsident heute bei der Beratung des Rekrutenkontingents im Abgeordnetenhaus gehalten hat. Wien erlärte:

Die Antwort der serbischen Regierung auf unsere jüngste Demarche hat unsere Erwartungen nicht enttäuscht. Wir haben Serbien in entgegenkommender Weise die Hand reichen wollen, um es in die Lage zu versetzen, sich uns gegenüber in entsprechend klarer Weise über die Veränderung seiner Politik hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina sowie über die Fortsetzung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu äußern. Auf diese bestimmte Frage hat die serbische Regierung in ausweichender Weise geantwortet. Wir werden jedenfalls nicht in der Lage sein, vor einer uns befriedigenden Klarstellung der wahren Absichten Serbiens mit ihm in eine Erörterung der wirtschaftlichen Fragen einzutreten. Da die Verhandlungen fortgesetzt werden, so muß ich mich auf diese kurzen Neußerungen beschränken. Der Ministerpräsident betonte weiter die Notwendigkeit einer starken, schlagfertigen Armee sowie die Notwendigkeit der Erhaltung ihrer Einheit im Interesse der Wahrung der Großmachstellung und Bündnisfähigkeit der Monarchie und hat um rascheste Erledigung der Rekrutenvorlage.

Zur gleichen Zeit, als in Wien der Kronrat tagte, waren in Belgrad die kommandierenden Generale der serbischen Divisionen bei dem Kriegsminister zu dem Kriegsrat versammelt, in dem die entscheidenden Kriegspläne festgesetzt wurden. In Belgrad wird der Krieg als unvermeidlich angesehen und sein baldiger Beginn als Selbstverständlichkeit betrachtet. Unter diesen Umständen muß es als unverzeihlicher Fehler bezeichnet werden, daß die österreichische Regierung auch die diplomatische Aktion der unbeteiligten Mächte eher hindert als fördert. Sie hat den übrigen Großmächten durch Vermittlung Deutschlands mitteilen lassen, daß sie bereit sei, die Konferenz über die Orientangelegenheit zu besuchen unter folgenden drei Bedingungen: 1. Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens. 2. Anerkennung des Einvernehmens zwischen Oesterreich und der Türkei. 3. Abänderung des auf Montenegro bezüglichen Artikels 29 des Berliner Vertrages, dagegen lehnt Oesterreich jede Diskussion ab über wirtschaftliche Fragen internationalen Charakters, das heißt über die Eisenbahn von der Donau nach dem Adriatischen Meer und über den Rücklauf der Eisenbahnlinien von Nisch nach Saloniki und die Ernennung eines serbischen Delegierten zu der internationalen Donauf Kommission. Diese Erklärung enthält weniger Zugeständnisse als man nach früheren österreichischen Erklärungen hätte annehmen dürfen. Es ist völlig unverständlich, warum Fragen, die Oesterreich selbst als internationale anerkennen muß, nicht vor die Konferenz gebracht werden dürfen. Dant dieser Weigerung erhält Rußland den gewünschten Vorwand, jede Beteiligung an der Friedensaktion abzulehnen und Serbien wird jeder Rückzug ungeheuer erschwert. Den schärfsten Tadel aber muß es hervorrufen, daß die deutsche Regierung ihre Vermittlung für diese Note nicht verwendet und nicht alles daran gesetzt hat, die österreichische Regierung von dieser neuen Befundung ihrer Unnachgiebigkeit abzuhalten. Ist der Wortlaut der Note richtig mitgeteilt, so scheint Herr v. Aehrenthal allmählich jede Besinnung verloren zu haben.

Schwächen die Aussichten auf eine Beilegung des serbisch-österreichischen Konfliktes immer mehr, so wächst damit zugleich die Gefahr, daß an dem Feuer des Balkankrieges sich ein europäischer Weltbrand entzündet. In Serbien rechnet man mit dem Eingreifen Rußlands. Wird sich diese Erwartung erfüllen? Man weiß, daß die russische Armee völlig desorganisiert ist und man darf deshalb eine Teilnahme Rußlands an einem Kriege bezweifeln. Aber andererseits wird die russische Regierung alles daran setzen, die Armee kriegsbereit zu machen. Das es ihr bei der völligen Zerrüttung der Finanzen, bei der ungeheuerlichen Korruption der Verwaltung, bei dem völligen moralischen Bankrott der Heeresleitung gelingen wird, ist freilich ausgeschlossen. Aber auf der anderen Seite bedeutet das Justizschicksal Serbiens den Zusammenbruch der Stellung Rußlands auf dem Balkan, die Preisgabe der alten russischen Tradition der Beschützung der slavischen Nationen, die zugleich die einzige Ideologie der herrschenden Schichten, die einzige Rechtfertigung des absolutistischen Regimes war. Die Neutralität Rußlands würde so auf den äußersten Widerstand der pan-slavistischen Kreise stoßen, die heute die Duma und die „Gesellschaft“ beherrschen. Ob die korrupte, jedes moralischen Halts entbehrende Abenteuerbande, die die russische Regierung darstellt, einer solchen auf den Krieg gerichteten, an die nationalen Leidenschaften appellierenden Agitation gewachsen wäre, unterliegt aber den stärksten Zweifeln. Die Beteiligung Rußlands an dem Kriege würde jedoch die Gefahr einer Ausbreitung des Krieges auf das äußerste steigern.

Vorläufig allerdings hält das Bewußtsein der militärischen Schwäche die nationalistische Agitation der russischen Presse noch in den Schranken. Deren Sprache scheint vielmehr die öffentliche Meinung Rußlands darauf vorbereiten zu wollen, daß der russischen Regierung eine kriegerische Unterstützung Serbiens unmöglich sei. Diese Isolierung Serbiens bedeutet zugleich auch die letzte schwache Aussicht, daß der Friede durch das erzwungene Zurückweichen der serbischen Regierung erhalten, die unabsehbaren Gefahren, die der österreichisch-serbische Konflikt in sich birgt, doch noch beschworen werden könnten.

Dass Serbien keine Verlassenheit und damit der Wahnsinn seiner kriegerischen Politik zum Bewußtsein komme, dazu kann auch die Haltung der Türkei beitragen. Die türkische Regierung, die sich durch die Absichten Serbiens auf den Sandhschal Novibazar bedroht fühlt, hat sich nicht nur ent-

schlossen, die Waffenzufuhr durch ihr Gebiet zu verhindern; sie hat die serbische Regierung um Erklärungen über den Zweck ihrer außerordentlichen militärischen Rüstungen ersucht und hat dadurch den bevorstehenden Schritt der österreichischen Regierung auf das wirksamste unterjocht. In der Tat könnte die türkische Regierung, wenn sie sich von den englischen und russischen Einflüssen emanzipiert und eine energische und selbständige Friedenspolitik betreibt, der Ruhe Europas zum zweitenmal einen großen Dienst erweisen, nachdem schon einmal die türkische Revolution den Gefahren, die aus den mazedonischen Wirren zu entspringen drohten, ein so rasches Ende bereitet hat.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März 1909.

### Ein agrarischer Vorkauf.

Die preussischen Junker und Junkerengenossen benutzten am Dienstag die zweite Beratung des Budgets dazu, um Einschüchterungsversuche gegen diejenigen süddeutschen Bundesstaaten auszuüben, die noch immer Gegner der Schiffahrtsabgaben für die natürlichen Wasserstraßen sind. Herr v. Pappenheim, einer der Väter des § 19 des preussischen Gesetzes vom Jahre 1906, dessen agrarische Hinterabsichten wir in unserem gestrigen Artikel niedriger hängten, empfahl sogar, durch Kündigung des Eisenbahnvertrages mit Hessen diesen Bundesstaat zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Zentrum und Nationalliberale billigten die aus agrarischen Motiven hervorgegangene Absicht, die Abgabefreiheit der Ströme zu beseitigen, und nur der freisinnige Abgeordnete Kändler übte an dem dem Bundesrat zugegangenen Gesetzentwurf abfällige Kritik.

Der Eisenbahnminister Breitenbach versuchte die Bedenken des freisinnigen Redners durch allerhand unverbindliche Versicherungen zu entkräften. Die Aufforderung des Herrn v. Pappenheim, zur Niederzwingung des Widerstandes widerstrebender Bundesstaaten Pressionsmaßregeln zu ergreifen, beantwortete Herr Breitenbach mit dem famosen Satz: „Dadurch, daß die preussische Regierung streift auf dem Boden des preussischen Gesetzes steht, entfällt die Frage, ob etwa auf die Bundesstaaten durch unsere Vorlage ein Druck ausgeübt werden soll.“

In der Tat, nachdem Preußen 1905 entgegen dem klaren Wortlaut und Sinne des § 64 der Reichsverfassung die Abgaben für natürliche Wasserläufe beschlossen hat, und die preussische Regierung erneut erklärt, „streift auf dem Boden“ dieses Verfassungsbruches zu stehen, ist es ohnehin für die Bundesstaaten klar, daß Preußen sie mit allen Mitteln zur nachträglichen Rechtfertigung dieses Verfassungsverstosses zu zwingen gedenkt!

### Wagner spricht.

Professor Adolf Wagner ist durch die unverschämte Behandlung, die er im Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer durch die Wölfe des ostelbischen Junkertums, dem er selber durch seine Jostpropaganda so gute Dienste geleistet hat, in gewissen liberal schillernden Kreisen zum populären Mann geworden. Was seine wissenschaftlichen Werke nicht vermochten, das hat sein Krakeel mit den Agrariern zurecht gebracht: man spricht auch in jenen Schichten wieder von ihm, die nie ein Buch über Finanzwesen oder Steuerfragen zur Hand nehmen, sondern ihre geistige Kost lediglich aus dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ oder der „Tägl. Rundschau“ beziehen. In gewissem Sinne ist er heute noch populärer, als zu jener Zeit, da die Bogen der christlich-sozialen Agitation Berlin überspülten und Professor Wagner noch häufig in den Berliner Volkssammlungen erschien.

Es ist deshalb begreiflich, daß verschiedene Berliner Vereine, deren Versammlungen sonst nur recht mäßig besucht werden, auf den Einfall gekommen sind, Wagner als Attraktionskraft zu benutzen. Sie haben ihn eingeladen, in ihren Versammlungen über die Reichsfinanzreform zu sprechen, und als zuvorkommender Mann hat er, wie es scheint, verschiedene dieser Einladungen angenommen.

Gestern fand die erste dieser Versammlungen, veranstaltet vom nationalliberalen Verein St.-Charlottenburg, in den Viktorialen in der Lutherstraße statt. Da sehr viele sehen wollten, wie „er“ aussieht, wie „er“ spricht und was „er“ gegen die Agrarier zu sagen hat, war der Andrang ein enormer; besonders war das akademische Element stark vertreten. Auch verschiedene Offiziere hatten sich eingestellt.

Was Professor Wagner sagte, war nichts Neues. Es lief darauf hinaus, daß unbedingt das Deutsche Reich zur Erhaltung seiner Weltmachstellung eine Vermehrung seiner Einnahmen um 500 Millionen Mark nötig hat, daß der größte Teil dieser Summe unbedingt durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden müsse; ein kleiner Teil aber aus Erhalten der Willigkeit und Gerechtigkeit den Bestehenden auferlegt werden könne und daß sich zu diesem Zwecke recht gut die Nachlaß- oder noch besser die Erbschaftsteuer eigne.

Schon die Einleitung der Rede war hochpatriotisch. Sie lautete: „Meine hochverehrten Anwesenden! Werte Landsleute! Deutsche! Nicht als Parteimann kann ich heute vor Ihnen sprechen. Daß der Verein nationalliberal ist, ist mir einerlei. Ich gehörte früher der konservativen Partei an. Ich kann aber heute Parteiunterschiede in einer Frage wie dieser nicht anerkennen. Da müssen alle Parteischichten zurücktreten gegenüber dem Gedanken, seine Pflicht zu tun für unser liebes neues deutsches Vaterland. Allerdings, es sind auch wesentliche Bedenken, unter denen ich hier spreche. Einmal sind der Worte genug gewechselt, das sage ich auch unserem Reichstag gegenüber. Ein halbes Jahr ist nun in der Sache nichts gefördert worden. Wir müssen weitere 500 Millionen Steuern aufbringen und darum scheint es, daß noch nicht genug Worte gesagt sind. . . Wir brauchen nur zu sehen, wie unsere Gegner, voran die Engländer und Franzosen, spöttisch über unsere Finanznot lächeln. Darunter leidet auch unser politisches Ansehen. Wir befinden uns hier in einer Lage, von der wir uns vergegenwärtigen müssen, daß sie dauernd so bleibt, wenn wir nicht Abhilfe schaffen. Erhebliche Ersparnisse sind unmöglich, die Zivilausgaben wachsen, und können wir ernstlich daran denken, unsere Wehr und Waffen zu vermindern? Das wäre ein Leichtsinns ohne Gleichen.“

Dann folgte eine Erörterung des Reichsdefizits, und darauf hieß es:

„Die Summen sind zu beschaffen. Und da ist der Mann der Theorie und Wissenschaft auch berechtigt, ein Wort mitzusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Behandlung bei den Agrariern war ja nicht schön, aber man hat auch sehr übertrieben. So arg wie es in einigen Karikaturenblättern dargestellt wurde, war es doch nicht. Da war ich abgebildet, als der Professor mit dem Jhinderhut — ich trage übrigens niemals einen Jhinderhut — (Heiterkeit) und einer Schar agrarischer Hornbüchse hinter mir her. (Stürmische Heiterkeit.) Immerhin ging die Opposition aus Kreisen hervor, mit denen ich sonst vielfache politische Verührungspunkte habe. Wie bringen wir die 500 Millionen auf, daß die Belastung ertäglich bleibt? Jede Steuer hat ihre Mängel. Ich könnte auch diese Steuern so kritisieren, daß nicht ein gutes Haar an ihnen bleibt. (Heiterkeit.) Das beweist aber nichts. Wir kommen nicht ohne eine starke Mißbelastung der Volksmassen aus. Das Gros der Steuern

bildet in allen Ländern die Verbrauchssteuer, welche die Massen wesentlich belastet. . .

Der Wohlhabende zahlt verhältnismäßig mehr als der Arme; aber es bleibt ihm nach Abzug des für den Lebensunterhalt notwendigen weit mehr übrig. Und das muß getroffen werden. Luxussteuern bringen nicht genug. Wenn wir die Wohlhabenden und die reichen Massen auch nur einigermaßen im Verhältnis zu den arbeitenden Klassen belasten wollen, so könnten sie nur mit direkten Steuern herangezogen werden. Damit schaffen wir keine Ueberlastung, sondern nur eine gleichmäßige Belastung. Die Ueberlastung der höheren Besteuerung des Besitzes ist das Ergebnis wissenschaftlicher Betrachtung. Das ist eine Billigkeitserforderung, auf der auch der Finanzplan der Regierung beruht. Da bleibt nur ein Ausweg, auf den die deutsche Wissenschaft hingewiesen hat: in einer Erbschaftsteuer hätten wir eine Steuer, die nach ihrer Veranlagung eine indirekte, nach der Erhebung eine direkte Steuer ist; diese bewirkt nur eine Ausgleichung, die die Wirkung der indirekten Steuer bei den ärmeren und mittleren Klassen kompensiert. Alle Staaten um uns herum haben die Erbschaftsteuer. Können wir eine bessere direkte Steuer durchsetzen, so würde ich die gern annehmen, sonst nehme ich aber trotz ihrer Mängel die Erbschaftsteuer. Sie hat ja einen heißen Kampf der ländlichen Besitzklassen hervorgerufen. Aber ich scheue mich nicht als Mann, der den Agrariern vielfach nahe steht, der aus Ueberzeugung für die Agrarzölle eingetreten ist, zu erklären, daß die Art, wie die Einkünfte gemacht worden sind, und die Kampfweise, die der Bund der Landwirte in die Wege geleitet hat, nicht die richtige Agitationsweise ist. (Stürmischer Beifall.) Sie ist in derselben Art in Szene gesetzt, wie wir sie bei den schlimmsten Gegnern des Bürgerturns gegen einzelne Steuern nicht ärger erlebt haben.“

Den Schluß der sich in ähnlichen allgemeinen Neußerungen bewegenden Rede bildete wieder ein Appell an Patriotismus, Vaterlandsliebe usw.

Da ein Teil der Versammlungsbesucher im Saale keinen Zutritt mehr fand, schlug Prof. Hans Delbrück, der mit einer Reihe anderer Professoren erschienen war, vor, nach den „Vorkäufen des Westens“ in der Epochenstraße zu ziehen. Telephonisch suchte er die polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung der Versammlung nach. Die Erlaubnis wurde in Abwesenheit des Polizeipräsidenten auch in provisorischer Form erteilt. Professor Delbrück hatte aber kaum seinen Vortrag begonnen, als ein Polizeiwachmeister erschien und sich anschickte, die Versammlung aufzulösen. Auf die Versicherung hin, daß das Thema nur in rein wissenschaftlicher Form behandelt werden sollte, ließ der Wachmeister die Versammlung zu. Bald aber erschien ein Polizeileutnant und verkündete die Auflösung, weil die Anmeldung der Versammlung nicht rechtzeitig erfolgt sei.

Hoffentlich beschwert sich Herr Professor Delbrück an geeigneter Stelle über dieses Vorgehen der Polizei; denn der Polizeileutnant war zur Auflösung nicht berechtigt. Nicht rechtzeitige Anmeldung ist nach dem Reichsverfassungsgesetz kein Auflösungsgrund. Die Polizei hatte lediglich das Recht, die Person des Professors Delbrück festzustellen und ihm hinterher ein Strafmandat zu schicken.

### Regierungsjorgen.

Der Kaiser hat sich in letzter Zeit sehr eingehend mit dem Schnitt, der Farbennuancen und den Knöpfen der Uniformen verschiedener Beamtenkategorien beschäftigt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß Änderungen nötig sind. Der Reichskanzler veröffentlicht deshalb eine umfangreiche Kleiderordnung. Es heißt da:

„Auf den Bericht vom 24. Januar dieses Jahres bestimmte Ich, daß die . . . Beamten als Uniform die durch Keinen Erlaß vom 16. März 1882 vorgeschriebene ständische Uniform des betreffenden Landesbezirks mit folgenden unterscheidenden Merkmalen und Rangabzeichen in Silber oder Gold gefügt ist, zu tragen haben:

1. Die Knöpfe sind nach dem anliegenden Muster (Anlage I) matt in gewählter Form auszuführen und mit aufgesetzten Buchstaben zu versehen, die das betreffende landesherrliche Kreditinstitut benennen.
  2. Die Schulterschmüre erhalten in gleicher Weise nach dem Muster der Anlage I aufgesetzte Buchstaben.
  3. Die Generallandschaftsdirektoren (die Hauptritterschaftsdirektoren) und die Landschaftsdirektoren, die Vorsteher von Landschaften sind, tragen die Abzeichen der Räte dritter Klasse, und außerdem auf den Schulterschmüren je einen sechsstrahligen Stern nach dem für die Uniform der Staatsbeamten bestimmten Muster, und zwar bei silberner Schikerei in Gold, bei goldener in Silber. Die Schikerei des Knodes hat dem beifolgenden Muster (Anlage II) zu entsprechen.
  4. Die Landschaftsdirektoren (Ritterschaftsdirektoren, Departementsdirektoren), die Vorsteher von Provinzialbezirken sind, tragen die Abzeichen der Räte vierter Klasse und außerdem auf den Schulterschmüren je einen sechsstrahligen Stern wie unter Nr. 3.
  5. Die Mitglieder der Generallandschaftsdirektionen und Landschaftsdirektionen (Ritterschaftsdirektoren, Departementsdirektionen) — soweit sie nicht zu den Generallandschaftsdirektoren und den unter Nr. 3 und 4 bezeichneten Landschaftsdirektoren oder zu den Schlichtern gehören — und die Landschaftsräte (Ritterschaftsräte) tragen die Abzeichen der Räte vierter Klasse.
- Die bei den oben angeführten landesherrlichen Kreditinstituten im Hauptamt angestellten Schlichter tragen die Uniform der Räte vierter Klasse der allgemeinen Staatsverwaltung. Die Knöpfe und Schulterschmüre haben jedoch den vorstehenden Bestimmungen unter Nr. 1 und 2 zu entsprechen.

Berlin, den 15. Februar 1909.

Wilhelm R.

b. Arnim.

Nach der Beilegung der internationalen Verwickelungen kommen also die nationalen Aufgaben wieder zu ihrem Rechte.

### Preßkorruption.

Wenn einst die Geschichte über die Aera des vierten Reichskanzlers berichtet, wird sie ihm schmerzlich das schöne Lob vorenthalten, daß er, wie kein anderer, verstanden hat den Liberalismus und die Presse zu korrumpieren. Niemand ist, wie wir erst kürzlich ausführten, die bürgerliche Presse von einer Regierung dermaßen beeinflusst worden, wie zurzeit die deutsche. Besonders ist ihre Auslandspolitik nichts als eine Paraphrase der ihr aus dem Preßbureau des Auswärtigen Amts zugegangenen Mitteilungen. Recht treffend zeichnen die „Samburger Nachrichten“ diese Korruption in einem Leitartikel:

„Wir können dem nur zustimmen und halten aber die offiziöse Stimmungsmache, die auf der gesamten deutschen Presse lastet, für bedenklich und für ein Symptom des Niederganges. Nach unserer, auf jahrzehntelange Erfahrungen gegründeten Ansicht hat sich die deutsche Presse zu keiner Zeit so willfährig gegen die Regierung, so offiziös verhalten, also so unfähig zu jeder noch so notwendigen Kritik erwiesen, wie jetzt. Die Schuld daran trifft aber die Regierung in weit höherem Maße als die Presse. Im Bewußtsein ihrer Schwäche auf allen Gebieten der inneren und äußeren Politik hat die Berliner Wilhelmstraße

mit allen Mitteln versucht, möglichst sämtliche Zeitungen für sich zu gewinnen. Das ist von ihrem Standpunkt aus sehr verständlich; denn wenn die Presse sich zum mindesten wohlwollend verhält, so hat die größte Unfähigkeit der leitenden Kreise leichtes Spiel. Die öffentliche Meinung wird in Deutschland von der Presse gemacht, und was das Publikum liest, glaubt es. Wenn aber auf diese Weise das öffentliche Urteil für die Regierung gewonnen ist, so fängt das naturgemäß auch auf den Reichstag ab. Zu wirklich schweren Kämpfen und Kämpfen kann es da, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht kommen; höchstens einmal zu einem ungefähren Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie, wie bei der Auflösung des Reichstags des Jahres 1906. Entsprechend der Notwendigkeit, sich die Presse zum Freunde zu erhalten, hat das jetzige Regime seine Beziehungen zu ihr bis in die entlegensten Winkel und die kleinsten Blätter ausgedehnt. Was in der Berliner Wilhelmstraße alles von Redakteuren und Korrespondenten zwecks Stimmungsmache für die Regierung empfangen wird, übersteigt alle Begriffe. Bezeichnend ist auch, daß, wenn bei irgendeiner Zeitung, sei sie auch noch so bedeutungslos, ein Jubiläum oder irgend etwas gefeiert wird, sich der Herr Reichskanzler mit einem Glückwunschtelegramm einstellt. O, er weiß wohl warum. Des Werdens um die Günst der Presse reicht bis tief in die demokratische Presse hinein — siehe „Frankf. Zeitung“ — ja wir sind nicht sicher, ob nicht ab und zu auch sozialistische Blätter zu irgend welchen direkten oder indirekten Dienstleistungen durch Liebeswürdigkeiten herangezogen werden, und in diesem oder jenem Sinn bestellte Arbeit liefern.“

Die letzte Vermutung, auch sozialistische Blätter erhielten Informationen aus der Wilhelmstraße, ist unrichtig, sonst aber stimmt alles.

### Die Novelle zum Strafgesetz

wird nur erst von wenigen der Berliner Abendblätter besprochen. Die „Kreuzzeitung“, die die Vorlage als eine Konzeption an die linke Seite des Blocks bezeichnet, ist im großen ganzen mit ihr einverstanden. Sie billigt die Einschränkung des Wahrheitsbeweises bei Verleumdungsprozessen und wünscht, daß in die alsbaldige Neuregelung der Strafgesetzgebung die Meinungs- und Sittlichkeitsverbrechen einbezogen werden wären. Unsere Zeit krank ungesund an einer gewissen Sentimentalität und Weichherzigkeit! Diesen Tugenden der Zeit dürfte bei der Regelung so wichtiger, die Fundamente des Staates berührender Fragen aber keinesfalls nachgegeben werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ geht noch einen kleinen Schritt weiter und verlangt die Prügelstrafe für die Verleäter; denn die Freiheitsstrafe genügt nicht. — Das agrarische Blatt ist sonst mit der Vorlage einverstanden, insbesondere mit den verschärfenden Bestimmungen über Verleumdungen. Was die Novelle hier vorsieht, Ausschließung des Wahrheitsbeweises, Erhöhung des Strafmaßes, entspreche dem, was von dem Blatte bisher immer gefordert worden sei. Die Presse habe nicht die Pflicht und das Recht, Privatverhältnisse einzelner Personen in die Öffentlichkeit zu zerren. Die vorgeschlagenen Änderungen des Strafgesetzbuches würden auf einen gewissen (!) Teil der Presse „erzweckerisch“ wirken.

Das „Berliner Tageblatt“ ist mit jenem Teil der Novelle einverstanden, der Mildebringer der Strafen für Diebstahl aus Not, Hausfriedensbruch, Arrestbruch usw. vorsieht. Es ist auch einverstanden mit den Strafverschärfungen, soweit es sich um Mißhandlungen von Kindern und um Tierquälereien handelt. „Um so bedenklicher aber“ schreibt das Blatt „erscheinen uns die Bestimmungen über die Bestrafung von Verleumdungen, die in die Strafgesetznovelle hineingekimmelt worden sind. Wenn man nicht etwa annehmen will, daß einzelne Prozesse, wie die Fälle Kollke und Eulenburg, dem Gesetzgeber die Feder geführt haben, dann bleibt nur noch die Vermutung übrig, daß die Antiduelligen einen unheilvollen Einfluß ausgeübt hat. Diese Vorgänge bei der an sich lobenswerten Absicht, das Duell zu bekämpfen, von der grundberührten Ansicht aus, daß heute die Verleumdungsstrafen zu niedrig bemessen seien. Ein Blick in das Strafgesetzbuch zeigt, daß davon keine Rede sein kann. . . . Die neuen Vorschriften über die Verleumdungen sind aus zwei Gründen zu verwerfen. Einmal nämlich schaffen sie ein neues Ausnahmengesetz gegen die Presse. . . . Dann soll aber gerade bei der Verleumdung durch die Presse eine Bestrafung auch ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Tatsache“ eintreten, wenn diese „lediglich Verhältnisse des Privatlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht berühren.“ . . . Noch bedenklicher aber erscheint es, daß die Verleumdung von der Zustimmung des Verleumdigen abhängig sein soll. Sie wird natürlich immer verweigert werden, wo der Verleumdete Butter auf dem Kopf hat. Die jetzt vorgeschlagenen Änderungen genügen also in keiner Weise, müßten vielmehr der Presse neue Dammstrahlen anlegen und auf das politische Leben des Volkes korrumpierend wirken.“

### Diamanten-Verordnungen.

Das Reichskolonialamt veröffentlicht im „Deutschen Kolonialblatt“ eine Verordnung über den Handel mit südwestafrikanischen Diamanten. Danach wird einer Gesellschaft unter der Firma „Diamanten-Regie des südwestafrikanischen Schutzgebietes“ das Recht der Förderung resp. Verwertung usw. von Diamanten zunächst bis zum 29. Februar 1910 erteilt. Nach § 8 sind die eigentlichen Förderer südwestafrikanischer Diamanten verpflichtet, ihre gesamte Förderung demjenigen Venustragten der Gesellschaft zur Verwertung zu übergeben, den der Gouverneur bezeichne.

Die schon im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlichte Verordnung betreffend den Handel von Diamanten vom 16. Januar 1909 tritt am 1. März 1909 in Kraft.

Eine weitere, am gleichen Tage in Kraft tretende Verordnung setzt eine Förderungsabgabe bei Edelsteinen auf zehn vom Hundert des Wertes fest.

Sollte der Wert beim Verkaufspreise usw. sich nicht bestimmen lassen, so ist er durch einen vom Kolonialamt zu ernennenden Sachverständigen festzusetzen.

### Preussische Polenpolitik.

Ein interessanter Aufreizungsprozess spielte sich vor der Strafkammer des Landgerichts Duisburg ab. Angeklagt war der Buchdrucker Joseph Kamala aus Oberhausen, durch den Verkauf polnischer Niederbücher verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgereizt zu haben. Als „aufreizend“ wurden alte polnische Nationallieder aus der Zeit vor der Teilung Polens bezeichnet. Unter anderem handelte es sich da auch um ein Lied, das sich gegen die früheren — Türkeninvasoren richtete und diesen „Un-gläubigen“ galt, aus denen der amtliche Uebersetzer „Unschuldige“ gemacht hatte. Die Anklage nahm an, daß diese alt-historischen polnischen Nationallieder sich gegen Preußen, Oesterreich und Rußland, die drei Teilungsmächte, richteten, und daß es auf eine gewalttätige Erhebung der polnischen Bevölkerung in diesen Ländern abgesehen sei.

Der Nachweis des Verteilungers, daß es sich um alt-historische Nationallieder der Polen handelte, bewies die Freisprechung des Angeklagten. —

### Der freisinnige Abgeordnete Cuno,

der kürzlich den weichen und für den Freisinn charakteristischen Ausspruch tat, als Oberbürgermeister von Hagen sei er — im Gegensatz zu seiner sonstigen freisinnigen Uebersetzung — für indirekte Steuern, wird von den Wählern weidlich verhöhnt.

Eine Wählerversammlung beschloß, einen Brief an ihn zu senden, in dem er aufgefordert wird, gegen die Nachschsteuer zu stimmen, und dann heißt es weiter:

„Bei Lösung der hochwichtigen Finanzreform für das Wohl unseres gesamten Vaterlandes bitten wir Euer Hochwohlgeboren sehr ergeben, den Ausbau der indirekten Steuern mit Ihren Parteifreunden fördern zu helfen, wie Sie dies erst kürzlich im hiesigen Stadtparlamente zum Segen der Stadt Hagen zu tun pflegten.“

### In den Wahnsinn getrieben

wurde der Russeier Gefangener vom 48. Infanterieregiment durch fortgesetzte Quälereien und Mißhandlungen des Vizefeldwebels Warnap. Während der Herr Vizefeldwebel mit vierzehn Tagen Freiheitsstrafe davonkam, wurde sein Opfer sofort nach der Verhandlung in die Irrenanstalt gebracht, aus der er als vollständig verblödet entlassen wurde.

Auf Beschwerde des Vaters wurde dem Unglücklichen eine jährliche Rente von 610 M. bewilligt. — Das Volk kann zahlen, und der Herr Vizefeldwebel wird — da nicht auf Degradation erkannt worden war — die Söhne des Volkes weiter „erziehen“.

### Frankreich.

#### Der Telegraphistenstreik.

Die Unterdrückungsmaßregeln der Regierung haben das Gegenteil von dem bewirkt, was sie beabsichtigten. Der Streik ist allgemein, und die Hoffnung der Regierung, mit Hilfe des Militärs den Streik brechen und den Verkehr aufrechtzuerhalten zu können, hat sich als trügerisch erwiesen. Die gestrige Versammlung, in der der allgemeine Ausstand proklamiert wurde, war von 6000 Beamten besucht und zeigte nicht nur bei den Männern, sondern ebenso bei den Frauen die entschlossenste Stimmung. Die Erbitterung richtet sich namentlich gegen den Unterstaatssekretär Simhan, dessen pashamähige Wirkhaft den Ausbruch des Streiks vor allem herbeigeführt hat. Die Postbeamten genießen die Unterstützung anderer Unterbeamtenkategorien, und auch aus England sollen zur Unterstützung der Streikbeamten größere Summen — man spricht von 10 000 Pfund — eingetroffen sein. Noch bedeutsamer ist, daß die Provokationen der Regierung auch in der Provinz heftige Erregung hervorgerufen haben. Die Telegraphenbeamten in verschiedenen Provinzialstädten haben den Pariser Kollegen ihre Sympathie ausgesprochen und Unterstützung zugesagt. In Toulon aber soll gleichfalls der Ausstand proklamiert werden.

Der Streik hat bereits erhebliche Störungen in der Briefbeförderung wie in der Telegraphenbeförderung zur Folge gehabt. Im Pariser Zentraltelegraphenamt blieben heute mehr als 2000 nach Deutschland bestimmte Telegramme unbesördert. Man muß mit der völligen Einstellung des telegraphischen und Briefverkehrs mit Paris rechnen.

#### Der Schwundel mit den Ordensgütern.

Paris, 16. März. Justizminister Briand teilte dem Untersuchungsausschuß des Senats mit, daß er beschloffen habe, gegen den Liquidator der Kongregationsgüter, in dessen Rechnungen Unregelmäßigkeiten festgestellt worden seien, Strafmaßnahmen zu ergreifen. Es heißt, daß der dem Gerichtspräsident des Seine-Departements zugeteilte Liquidator abgesetzt werden soll.

### Belgien.

#### Sklaverei am Kongo.

Brüssel, 16. März. Im Abgeordnetenhaus erklärte auf eine Interpellation Kolonialminister Renkin, die Bewilligung zur zwangsweisen Verwendung von 2500 Eingeborenen des Kongostaaten beim Eisenbahnbau an den großen Seen sei deshalb erfolgt, weil der Bahnbau im öffentlichen Interesse liege und vom Staate ausgeführt werde. Diese Maßregel stehe nicht im Widerspruch mit dem Kolonialgesetz.

### England.

#### Das Wetteüben mit Deutschland.

London, 16. März. Unterhaus. Der Erste Lord der Admiralität Mr. Kenna legte heute das Marinebudget vor. Er führte aus, er sei der erste, anzuerkennen, daß das Budget in überzeugender Weise begründet werden müsse, ehe das Parlament darum angegangen werde, es zu bewilligen. (Weifall.) Er stimme herzlichst einer Politik des Friedens, der Einschränkung und der Reformen zu und niemand könne glauben, daß die Regierung mit leichtem Herzen die Verantwortung für das Budget übernommen habe. Es gebe aber Fälle, wo selbst der entschlossenste Sparspar Opfer bringen müsse. England könnte nicht im voraus irgendwelche Grenzen für seine Flottenausgaben festsetzen. Diese Grenzen müßten bestimmt werden je nach den Fortschritten der fremden Mächte. Er sei daher genötigt, bei der Aufstellung der Forderungen für die Marine auf das Ausland Bezug zu nehmen. Einzelne Mächte, fuhr der Redner fort, entwickeln in der Gegenwart rasch ihre Marinekräfte, aber keine in einem Tempo, das sich mit demjenigen Deutschlands vergleichen läßt. Wenn ich in meinen Ausführungen jetzt jene Macht als Wahrsager auswähle, nach dem wir unsere eigenen Forderungen bemessen können, wird das Haus verstehen, daß ich das nur tue aus sozusagen artistischen Rücksichten, ohne mir den Ausdruck einer eigenen Ansicht oder Empfehlung zu gefallen, es wäre denn die der achtungsvollen Bewunderung für die administrative und fachliche Tüchtigkeit jener Marine. (Hört! hört!)

Als das Budget im verfloffenen Jahre vorgelegt wurde, hatten wir sieben Dreadnoughts und drei Indivincibles im Bau, die sämtlich 1910 in Dienst gestellt werden sollten. Deutschland baute zu jener Zeit vier Schiffe vom Dreadnought, und eines vom Indivincible, so daß wir damals eine Ueberlegenheit von zehn zu fünf besaßen. Zu jener Zeit war die neue deutsche Flottenvorlage Gesetz geworden, und wie wir deren Bestimmungen verstehen, sollten drei Schiffe vom Dreadnought und eines vom Indivincible im Laufe des Jahres 1908/1909 auf Stapel gelegt werden. Die Bestimmungen des Gesetzes waren derartige, daß sie uns zu der Ansicht führten, daß mit den vier Schiffen des Bauprogrammes von 1908/1909 erst im August des vergangenen Jahres begonnen werden und sie erst im Februar 1911 fertiggestellt sein würden. Um diese Zeit des Vorjahres hatten wir daher fünf deutsche im Bau befindliche Schiffe in Betracht zu ziehen, von denen drei im Jahre 1910 fertiggestellt und vier weitere im August 1908 begonnen und im Februar 1911 in Dienst gestellt werden sollten. Die Regierung und das Parlament billigten daher in dem Programm des letzten Jahres den Bau zweier großer Schiffe, die zu solcher Zeit auf Stapel gelegt werden sollten, daß England zwölf Schiffe besäße gegenüber insgesamt neun deutschen Schiffen. Angesichts des Bauprogrammes des verfloffenen Jahres konnte wohl niemand ehrlich der Regierung den Vorwurf machen, daß sie in ein Wetteüben eingetreten wäre.

### Schweden.

#### Ministerkrise.

Stockholm, 16. März. Der Minister des Aeußeren v. Trokke, der Landwirtschaftsminister Petersson und der Minister ohne Portefeuille Noos haben heute ihre Entlassung eingereicht.

### Rußland.

#### Eine Polenrede.

Petersburg, 16. März. In der Reichsduma brachte Dymsha, der Vertreter des Polenklubs, beim Justizetat eine Uebergangsformel ein, in der der Wunsch ausgesprochen wird,

daß die Polen zur Bekleidung der Friedensrichterämter in polnischen Gouvernements zugelassen würden. Justizminister Schischeglowitz erwiderte, Dymsha habe wohl vom theoretischen, nicht vom praktischen Standpunkte aus recht. Ausschließlich aus einheimischen Polen zusammengesetzte Gerichte wären im Jahre 1906 nicht auf der Höhe der Situation geblieben, da ihre Tätigkeit den separatistischen polnischen Tendenzen nachgegeben hätten. Jetzt werde gewünscht, daß sogar allgemeine Gerichtsinstitutionen in diese Hände übergehen. Es wäre vom praktischen Standpunkte aus ein großer Fehler, die Ämter des Gerichts im gegenwärtigen Augenblick Personen polnischer Herkunft in den polnischen Gouvernements zu öffnen. — Die Sozialdemokraten erklärten, sie seien im Prinzip mit dem in der Uebergangsformel des Polenklubs ausgesprochenen Wunsche, daß zur Bekleidung der Friedensrichterämter in polnischen Gouvernements Polen zugelassen würden, einverstanden, mühten aber trotzdem gegen diese Formel zu stimmen, da sie den Etat des Justizministeriums ablehnten. Die Uebergangsformel wurde hierauf von der Mehrheit der Duma abgelehnt. —

#### Das Nachgesetz bestätigt.

Petersburg, 16. März. Ein kaiserlicher Ukas vom 13. d. M. bestätigte gemäß dem Antrage des finnischen Landtages den von diesem angenommenen Gesetzentwurf betreffend Landverpachtung der Bauerngemeinden.

### Persien.

#### Eine neue Komödie.

Teheran, 16. März. Die andauernde Gärung im Reiche hat den Schah veranlaßt, Vorkehrungen zur Verhütung des Landes zu treffen. Ein zu diesem Zweck unter Vorhild des Prinzen Saib es Saltaneh abgehaltener Ministerrat hat sich dahin ausgesprochen, Stadtbürger verschiedener Klassen mit der Ausarbeitung der Grundlagen einer Konstitution zu betrauen. Der Schah genehmigte darauf den Vorschlag des Ministers des Aeußeren, einen Bürgererrat von 60—70 Personen zu ernennen, welcher mit seinen Arbeiten in den nächsten Tagen beginnen soll.

### Amerika.

#### Die Tarifreform.

Washington, 16. März. Die Tarifboikott der Präsidenten Taft führt aus, die wirtschaftlichen Zustände hätten sich in den letzten zwölf Jahren so geändert, daß eine Revision des Zolltarifes notwendig sei. Das jetzige Zollgesetz schaffe überdies nicht genügend Einnahmen zur Deckung der Ausgaben. Bis zum 1. Juli überschritten die Einnahmen um hundert Millionen. Mit Rücksicht auf die Geschäftswelt sollte die Tarifvorlage bald möglichst angenommen werden.

### Venezuela.

#### Das Strafverfahren gegen Castro.

New York, 16. März. Wie aus Caracas gemeldet wird, hat Manuel Parodos beim Bundesgericht Schritte zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den früheren Präsidenten Castro. Er behauptet, Castro habe die Ermordung des Generals Antonio Barodos und einiger Genossen verschuldet, die 1907 eine Revolution versucht hatten, von den Truppen des Präsidenten gefangen genommen und einige Tage später summarisch erschossen worden waren. Der Kläger sucht nachzuweisen, daß Castro von seinem Krankenzimmer aus die Erschießung angeordnet habe und verlangt seine Auslieferung und Verurteilung zu 15 Jahren Gefängnis.

### Kanada.

#### Die Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Ottawa, 15. März. In Beantwortung mehrerer Anfragen betreffend die Verhandlungen über die Abschaffung der Surcharge auf deutsche Waren erklärte der Finanzminister, er halte es nicht für ratsam, sich über den Inhalt der Unterhandlungen öffentlich auszusprechen. Kanada werde jedoch jeden Vorschlag Deutschlands zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern eingehend erwägen.

## Aus der Partei.

#### Veredssoziale Bestrebungen und Esperanto.

Das vom Genossen Peus redigierte „Volkblatt für Anhalt“ findet seine Aufgabe bekanntlich vornehmlich darin, für die Erlernung des Esperanto und das Gründen von Konsumgenossenschaften zu agitieren. Bei solcher Auffassung seines Zweckes ist begreiflich, daß das Blatt in seiner Ausgabe vom 15. März seinen Lesern als Leitartikel den beinahe 4 Spalten langen Aufsatz der Kulturgesellschaft Ernst Abbe (H. E. A.) bietet, die nach ihren Lehren die Verbreitung, Weiterbildung und Verwirklichung der veredssozialen, durch die Karl Reih-Stiftung zu Jena erfolgreich erprobten Bestrebungen Abbes“ bezweckt, das heißt, in verständlicher Sprache übertragen, die Gründung von Konsum- und Produktgenossenschaften, Sparbanken, Versicherungsgesellschaften, Boden- und Baugenossenschaften usw.

Doch mit dem bloßen Abdruck des Aufsatzes begnügt Genosse Peus sich nicht, er fügt noch eine prinzipielle Nachschrift der Redaktion hinzu, in der er gegen den bloßen politischen Kampf vom Leber zieht und den „Vorwärts“ antzempelt. Wörtlich heißt es in dieser Nachschrift:

„Wir wollen nicht ein Wort gegen die Bedeutung des politischen Kampfes sagen, aber wir müssen gestehen, wir können es begreifen, wenn Arbeiter — weniger bei uns, als in Frankreich und England — das parlamentarische Geschäft allein manchmal satt bekommen, wenn sie im Kerker über mangelnden Erfolg dann von der politischen Betätigung gar nichts erwarten. Wir hörten in London wie in Paris mit den Ausdrücken härtester Verachtung von den Parlamentariern, den „Schwächern“ sprechen. Das war natürlich falsch und ungerecht. Aber wenn wir die letzte Quelle dieser Verachtung des politischen Kampfes kennen lernen wollen, dann müssen wir sie darin suchen, daß dem politischen Kampfe Erfolgsmöglichkeiten beigegeben werden, die er nicht haben kann.“

Jeder mögliche Schritt, der auf direkte Eroberung eines Stüdes wirtschaftlicher Macht seitens der Arbeiter hinausgeht, muß getan werden. Und wenn es bloß ein Hauskauf oder Hausbau wäre, den die organisierten Arbeiter bewirken, so ist er nützlich und notwendig. Vor Jahren hat Schreiber dieses in der „Neuen Gesellschaft“ darauf hingewiesen, welche Konsumereinsbüderei die Berliner Arbeiter haben könnten. Da in Groß-Berlin mehr als 50 mal so viel Einwohner sind als in Dessau und Umgegend, so könnte die Berliner Büderei bei nur gleich großer Entwicklung einen Umsatz von circa 20 Millionen Mark haben. Worauf warten die Berliner Arbeiter? So hieß es schon in dem damaligen Artikel. Die „Welt am Montag“ druckte ihn vollständig ab, der „Vorwärts“ nicht. Die „Welt am Montag“ druckte ihn nicht nur ab, sie ermunterte auch ihrerseits die Berliner Arbeiter zu solchem Vorgehen.“

Zum Schluß teilt Genosse Peus mit, daß sich die Redaktion des „Volkblatt für Anhalt“ sofort zur Mitgliedschaft bei der H. E. A. angemeldet habe. Ferner wird Genosse Peus für die nächste Nummer des in der Esperantosprache erscheinenden „Internacio Socialista“ einen Artikel über den Erwerb wirtschaftlicher Macht schreiben. Eine recht nützliche Beschäftigung. Wir würden es sogar für besser gehalten haben, er hätte gleich für das „Internacio Socialista“ den ganzen Aufsatz der Abbe-Kulturgesellschaft in Esperanto übersetzt, dafür aber den Abdruck im „Volkblatt für Anhalt“ fortgelassen.

**Die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei Hollands**  
Ist am Sonntag zu Amsterdam erfolgt. Unter dem Vorsitz des Genossen Bijnloop trat die stark besuchte konstituierende Versammlung zusammen. Der Vorsitzende betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die Versammlung deshalb an der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgetreten seien, weil sie in dem Verbot der „Tribüne“ ein zwingendes Verbot der marxistischen Propaganda sahen. Noch heute würden sie alles tun, um die Einheit der sozialdemokratischen Partei zu erhalten. Aber die Voraussetzung dafür wäre, daß die Marxisten die Möglichkeit hätten, für ihre Anschauungen in der Partei zu wirken. Wenn etwa die Internationale Vorschläge machen könnte, die das sicherstellen würden, so würden alle Versammelten dafür eintreten. Geschehe das aber nicht, dann gehe alles seinen Gang und die neue Partei bleibe bestehen. Zum Schluß teilte Bijnloop mit, daß der Partei bereits 400 in acht Abteilungen organisierte Mitglieder beigetreten seien, außerdem 50 Einzelmitglieder im Lande. Abteilungen beständen zu Amsterdam, Rotterdam, im Haag, zu Utrecht, Delft, Leiden und Weesp. Demnächst würden Abteilungen im Zentrum der Textilindustrie, Enschede, sowie zu Haarlem, Deventer und Blyssingen errichtet werden.

Nach einem Vortrage des Genossen Gorter wurde einstimmig beschlossen, als Parteiprogramm das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzunehmen, da es aus der Zeit der Partei stamme, da diese noch marxistisch war, und daher durchaus von marxistischem Geiste erfüllt sei.

Zum Vorsitzenden der neuen Organisation wurde Genosse Bijnloop gewählt, zum Parteiorgan die „Tribüne“ bestimmt.

#### Unsere Tote.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist nach langjährigem Leiden der frühere Geschäftsführer und Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, Genosse Franzen, an den Folgen eines Bluthurses im Alter von 52 Jahren verschieden. An seiner Bahre trauert nächst der Gattin und seinen 5 Kindern, die Partei, der er in schweren Zeiten unschätzbare Dienste geleistet hat. Der Verlebte, von Beruf Weber, kam schon jung in die sozialdemokratische Bewegung und zeichnete sich namentlich im Wahlkreise W. Gladbach durch intensive Parteitätigkeit aus, was ihm wiederholt Wahrgewinnungen eintrug. Oft genug mußte seine Frau durch Fabrikarbeit die kümmerliche Existenz der Familie aufrecht erhalten, und in jener Zeit fällt auch der Beginn des Lungenleidens, von dem unser Genosse seit Erlösung gefunden hat. Anfang der 90er Jahre trat er in unser Solinger Parteigeschäft als Hilfsarbeiter ein, später übernahm er die Redaktion und Geschäftsführung. In der schwersten Periode in der Entwicklung des Solinger Parteigeschäfts, in der die Existenz der „Arbeiterstimme“ nur an einem Zwirnstrang hing, stand Franzen an der Spitze des Unternehmens. Alle Energie verwandte er, das von Gefahren aller Art bedrohte Schifflein sicher durch die Klippen zu bringen. Erst als das Unternehmen nach der Einigung der Solinger Genossen einen erfreulichen Aufschwung nahm, konnte Franzen von einem Teil seiner schweren Pflichten entlastet werden. Sein durch Entbehrungen aller Art geschwächter Körper war der anstrengenden Arbeit auf die Dauer nicht gewachsen und sein fortschreitendes Leiden ließ es vor einigen Jahren geraten erscheinen, ihn von der Leitung der Geschäfte zu entbinden und ihn mit leichteren Bureauarbeiten zu betrauen. Seit Weihnachten war Franzen bettlägerig und nun hat der Tod seinem arbeits- und leidensreichen Leben ein Ziel gesetzt.

#### Der erste Mai in Brüssel.

Die Vorstände der Partei- und Gewerkschaftsgruppen von Brüssel erlassen einen Aufruf, in dem sie die Arbeiterschaft auffordern, mit aller Kraft und Energie zur Maifeier zu rufen. Für die belgische Arbeiterschaft hat in diesem Jahre die Feier des ersten Mai eine besondere Bedeutung. Steht doch in der Kammer seit Wochen das Gesetz betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit in den Bergwerken zur Verhandlung und nach dem Arbeitsplan der Kammer soll sich daran die Beratung einer Vorlage schließen, die eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der gesamten Industrie zum Ziele hat. Im Verlauf der Straßendemonstration, die am ersten Mai für Brüssel geplant ist, soll sich eine Deputation zum Minister begeben und ihn ersuchen, die obenbezeichneten Gesetzesvorlagen zu beschleunigen.

### Soziales.

#### Zur Konkurrenz der Gefängnisarbeit.

In Striegau in Schlesien ist neben der Stein- und Zigarettenindustrie die Wärrindustrie vorherrschend und Hunderte von Frauen und Männern sind durch diese beschäftigt. Aber die Bezahlung der Arbeit ist eine ganz erbärmliche. Durchschnittlich werden Wärrarbeitenden 6-7 M. Wochenlohn gezahlt. Das verursacht die Konkurrenz des Zuchthaus an Ort. Es werden vielfach die aus dem Zuchthaus Entlassenen in den dortigen Fabriken eingestellt, wenn sie sich während der Strafzeit eingearbeitet und als geschickte erwiesen haben; sie haben ja dort auch Anspruchsfähigkeit und äußerste Disziplin gelernt und sind daher den Unternehmern sehr angenehme Arbeiter.

Ja, es kommt häufiger vor, daß Sträflinge auf Grund tüchtiger Arbeit, durch Verwendung der Fabrikanten begnadigt und dann als Meister in den Fabriken eingestellt werden.

Der im Zuchthaus gezahlte niedrige Lohne von wenigen Pfennigen drückt naturgemäß auf die Löhne der Arbeiter im allgemeinen. Außerdem klagen mit recht keine Geschäftleute über eine Konkurrenz durch billigen Warenvertrieb.

#### Arbeitskammervorlage und technische Beamte.

Der Vorstand und Verwaltungsrat des Bundes der technisch-industriellen Beamten sahen zu der Arbeitskammervorlage und ihrer Behandlung im Reichstage folgende Resolution: „Vorstand und Verwaltungsrat des Bundes der technisch-industriellen Beamten erklären: Wir halten den im Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern vorgesehenen Aufbau der Arbeitskammern auf sachlicher Grundlage für verfehlt, weil er keine länderlose Interessenvertretung gewährleistet. Wir bitten deshalb den Reichstag, dahin zu wirken, daß die sachliche Gliederung durch die territoriale ersetzt wird. Zugleich erheben wir entschiedenen Protest gegen den Beschluß der Reichstagskommission, wonach die technischen Privatangehörigen aus den Arbeitskammern herausgenommen werden sollen. Wir erwarten vom Plenum des Reichstags, daß es diesem Beschluß nicht beitreten, sondern für eine angemessene Vertretung der technischen Privatangehörigen in den Arbeitskammern Vorkehrungen treffen wird. Wir bitten zu diesem Zwecke eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, wonach aus den technischen Privatangehörigen und ihren Arbeitgebern besondere Wahlgruppen gebildet und für diese innerhalb der Arbeitskammern besondere Abteilungen errichtet werden.“

### Gewerkschaftliches.

#### Arbeitslorenzählungen.

In der soeben veröffentlichten Statistik über die am 29. November vorigen Jahres in Magdeburg vorgenommene Arbeitslorenzählung äußert sich der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg, Professor

Dr. Landsberg, auch über die Methode der Arbeitslorenzählungen. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß für eine selbständige, sich nicht an eine andere Erhebung anschließende Zählung der Arbeitslosen die Erfragung von Haus zu Haus unter gleichzeitiger Ausfüllung von Zählkarten immer noch als die verhältnismäßig beste Methode anzusehen ist.

Im übrigen macht Professor Landsberg folgende beachtenswerten Ausführungen über die Zählmethoden:

„Auf eine wirkliche Vollständigkeit der Ermittlung wird man nur dann rechnen können, wenn man zugleich nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Arbeitenden befragt. Es sollte daher jede Volkszählung auch zur Erhebung der Arbeitslosen benutzt werden, bei den besonderen Berufs- und Betriebszählungen erscheint diese Vervollständigung sogar unerlässlich. Die Vornahme solcher Arbeitslorenzählungen, wie sie 1895 am 14. Juni und 2. Dezember im ganzen Deutschen Reich stattgefunden haben, seiher aber nicht wiederholt worden sind, würde uns vor allem auch Aufschluß bringen über die Zahl der Arbeitslosen in normalen Zeiten im Gegensatz zu Zeiten ungünstiger Konjunktur.“

„It bei den allgemeinen Zählungen der Städtestatistik ein selbständiges Vorgehen unmöglich gemacht, so könnte man daran denken, die Personenstandsaufnahme, welche jetzt gemäß § 23 des Einkommensteuergesetzes auch den Arbeitgeber erfragt, zum gleichen Zwecke nutzbar zu machen.“

Den Berliner Kommunalpolitikern, die sich so hartnäckig gegen die Methode der Arbeitslorenzählungen von Haus zu Haus sträuben, sollten die Ausführungen eines angesehenen Statistikers doch zu denken geben!

#### Berlin und Umgegend.

#### Die Zukunft des Kachelofens

Ist eine sehr unsichere. Mehr und mehr wird der althergebrachte Wärmespender zurückgedrängt durch die modernen Zentralheizungsanlagen. Die Verdrängung des Kachelofens aber bedeutet einen erheblichen Rückschlag für das Gewerbe der Töpfer und Ofenseher. Es ist begrifflich, daß die Angehörigen dieses Gewerbes, durch die Konkurrenz der Zentralheizung angetrieben, alles aufbieten, um dem Kachelofen, soweit es noch möglich ist, eine Zukunft zu sichern. Der Rückgang ihres Gewerbes hat bei den Töpfern und Ofensehern die Erkenntnis gewekt, daß sie selbst einen Teil der Schuld daran tragen, wenn ihre Erzeugnisse dem Siegeszuge der Zentralheizung mehr und mehr weichen müssen. Kamentlich sind es die im Töpfergewerbe beschäftigten Arbeiter, die sich dieser Einsicht nicht verschließen. Sie erkennen unumwunden an, daß es den Angehörigen des Berufs, Meister wie Gesellen, an den heiztechnischen Kenntnissen fehlt, um Kachelöfen so herzustellen, daß sie als rationelle Heizkörper gelten können, und daß auch die, wenigstens in Berlin, allgemein herrschende Affordarbeit in Verbindung mit der Lieferung schlechten Materials durch die Bauunternehmer eine derart unsoliden Ausführung der Arbeiten zur Folge gehabt hat, daß der Kachelofen trotz reichlicher Feuerung in sehr vielen Fällen nicht mehr als Wärmespender bezeichnet werden kann. Ausgehend von dem Bestreben, den guten Ruf des Kachelofens wiederherzustellen und ihm eine Zukunft zu sichern, ist im Jahre 1907 in Dresden eine Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Töpfergewerbes zusammengetreten und hat beschlossen, daß in allen in Frage kommenden Städten Kommissionen eingesetzt werden, welche dahin wirken, daß der Kachelofen durch zweckentsprechende Vertheilung das Feld gegenüber der Zentralheizung zu behaupten suche.

Zu letzter Zeit hat sich auch in Berlin der Gesellenausschuß mit der Töpfer-Zinnung bezüglich der Einsetzung einer solchen Kommission geeinigt. Eine am Montag abgehaltene Versammlung des Zentralverbandes der Töpfer stimmte dieser Vereinbarung zu und wählte fünf Mitglieder in die Kommission, der auch ebenso viele Arbeitgeber angehören. Die Kommission soll, wie in der Versammlung ausgeführt wurde, zunächst dahin wirken, daß die bestehende Fachschule so ausgebaut werde, daß sie jedem Ofenseher die zur Herstellung eines guten, heizkräftigen Ofens erforderlichen heiztechnischen Kenntnisse gewährt. Ferner soll versucht werden, die Bauherren zur Lieferung von gutem Material zu bewegen. Endlich wurde es als notwendig bezeichnet, daß in Berlin unter städtischer Beihilfe eine Versuchsanstalt für Kachelöfen eingerichtet werde, wie sie in München bereits besteht.

Die Versammlung hat, wie gesagt, der Einsetzung der Kommission zugestimmt, doch halten mehrere Redner Zweifel darüber, ob das gesteckte Ziel unter den heutigen Verhältnissen erreicht werden könnte. Was nützen uns unsere heiztechnischen Kenntnisse — sagte ein Redner — wenn uns die Bauherren so schlechtes Material liefern, daß daraus niemand einen soliden Ofen herstellen kann.

#### Verhandlungen in der Kostümbrauerei.

Gestern abend hatten sich die Kostümschneider und Schneiderinnen sehr zahlreich im großen Saal des Gewerkschaftshauses versammelt, um zu erfahren, welche Antwort der Arbeitgeber auf die Forderungen vorlag. Der Referent Kunze, der zunächst kurz und treffend die allgemeine Lage schilderte, teilte ein Schreiben des Verbandes der Berliner Damenmaschneiderinnen mit, worin sich die Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit erklärten, die am heutigen Mittwoch stattfinden oder beginnen sollen. Im übrigen ist der Arbeitgeberverband auch dem Wunsche nach Ueberföndung seiner Mitgliedsliste nachgekommen. Es sind 54 Firmen, darunter die bedeutendsten Geschäfte der Branche, die sich organisiert haben und für die die angeknüpften Verhandlungen und ihr zu erwartendes Ergebnis bindend sein werden. Die übrigen Firmen werden noch im Laufe dieser Woche aufgefordert, den abzuschießenden Tarifvertrag ebenfalls anzuerkennen. Drei Firmen, die dem Verband nicht angehören, haben sich gestern schon dazu bereit erklärt. Solche Geschäfte, deren Inhaber glauben, daß die Lohnbewegung für sie keine Bedeutung habe, müssen natürlich damit rechnen, daß es zu ernststen Konflikten kommt. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung erklärt nach Kenntnisnahme des Verfalls sich mit den bisher unternommenen Schritten der Ortsverwaltung einverstanden. Sie beauftragt die Kommission, die seitens der Arbeitgeber angebotenen Verhandlungen wahrzunehmen und erwartet, daß die Arbeitgeber nicht nur die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen „hören“, sondern denselben auch näher treten und das Lohnverhältnis zeitgemäß gestalten. Bezüglich der nicht organisierten Firmen ist die Versammlung damit einverstanden, daß diese Firmen jetzt schon auf den aus den Verhandlungen hervorgehenden Vertrag festgelegt werden.“

#### Deutsches Reich.

**Steinarbeiterstreik.** Seit vierzehn Tagen streiken sämtliche Steinmetzen, Granit- und Marmorseher des Granitwerkes „Steinerne Renne“ bei Bernigshöhe. Der Streik, dessen Ursache starke Lohnreduktionen und Verschleppung der Tarifverhandlungen waren, ist jetzt zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt worden.

Die Differenzen zwischen den Solinger Metallarbeiterorganisationen sind noch nicht beigelegt. In den letzten Tagen fanden in Solingen Verhandlungen unter Leitung des Parteivorstandes und der Generalkommission über Abschluß eines Kartellvertrages zwischen dem Solinger Industriearbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband statt. — Nach dreitägiger Beratung sind diese Einigungsbestimmungen resultiert.

**Die Schneider Würzburgs** sind in Differenzen mit den Unternehmern. Vor dem Gewerbegericht fanden Verhandlungen statt, die aber zu keinem Ziele führten. Die Unternehmer stellten folgende Punkte auf: 1. Doppeltarif. 2. Die Kommission ist aus jeder zu verhandelnden Klasse zusammenzusetzen. 3. Tarifablauf 1. Januar (statt 1. März). 4. Unterlassung der Zeitungskritik. Die Arbeiter erklärten sich bereit, in den Punkten 2 bis 4 nachzugeben, die Unternehmer aber lehnten jedes Entgegenkommen ab, weshalb die Verhandlungen abgebrochen wurden. Ob die Differenzen sich zum Streit entwickeln, sieht noch nicht fest.

#### Sie fühlen sich.

Eine von 70 Vertretern der angeschlossenen Unterverbände besuchte Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbandes für das Ruhrgebiet im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sah folgende Beschlüsse:

„Die von etwa 70 Ortsverbänden besetzte Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbandes für das Ruhrgebiet in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten ist der festen Ueberzeugung, daß mit der Einrichtung der unter § 3 Absatz 5 der Satzung vorgesehenen Arbeitgeber-Arbeiternachweise nicht mehr länger gewartet werden darf. Der Arbeitsnachweis soll deshalb mit dem 15. April d. J. eröffnet werden. Bis zu dieser Zeit ist von jedem Mitgliede der Geschäftsstelle des Arbeitsnachweises ein Verzeichnis der in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter einzureichen. Seitens der Geschäftsstelle des Arbeitsnachweises wird in Gemeinschaft mit den Ortsverbänden vorstehenden den Mitgliedern der verschiedenen Ortsverbände unterzüglich die Richtschnur gegeben, in welcher Weise die Einrichtung des obligatorischen Nachweises für den Ortsverband oder für mehrere vereinigte Ortsverbände geschehen ist. Da die jetzigen Verhältnisse für Errichtung eines Nachweises augenblicklich die günstigsten sind, ein Hinausschieben dieser Einrichtung für die Bundesmitglieder die nachteiligsten Folgen haben kann, muß es jedes Mitglied als Ehrensache betrachten, dieser neuen Einrichtung sein ganzes Interesse entgegenzubringen.“

#### Neuer Kartellvertrag der Arbeitgeber.

Zwischen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände ist soeben unter Aufhebung des Kartellvertrages vom 22. Dezember 1904 ein neuer Kartellvertrag geschlossen worden, nach dem die Vertragschließenden es als ihre oberste gemeinsame Aufgabe betrachten, den Zusammenschluß der Arbeitgeber zu Arbeitgeberverbänden zu fördern und auf ihre Mitglieder im Sinne der fruchtbarsten Lösung gemeinsamer Aufgaben hinzuwirken. Die Vertragschließenden verpflichten sich gegenseitig, darauf hinzuwirken, daß streikende oder ausgesperrte Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden. Auch darüber wird die Vertragschließenden verpflichtet, den Zusammenschluß der Arbeitgeber zu fördern: Den Schutze der Arbeitswilligen sowie die Durchführung der Streikklausel.

Zur dauernden Aufrechterhaltung der Fühlung zwischen den beiden Zentralen soll ein beständiger Kartellauschuss eingesetzt werden, damit beide Organisationen noch mehr als bisher Hand in Hand arbeiten und sich mehr und mehr nähern, bis in Deutschland eine einzige mächtige Vertretung der gesamten Arbeiterschaft in Industrie, Handwerk und Handel zustande gekommen ist.

**Die Damenschneider und Schneiderinnen in Frankfurt a. M.** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie unterbreiteten den Unternehmern einen Tarif, der u. a. folgende Forderungen enthält: Stundenlöhne von 60 bis 78 Pfennig (je nach der Klasse) für selbständige männliche Tailen, Paletot- und Schorarbeiter, für Arbeiterinnen 35 bis 50 Pfennig, für männliche Hilfsarbeiter Stundenlöhne von 55 bis 65 Pfennig, für weibliche 25 bis 35 Pfennig. Tägliche Arbeitszeit 9 Stunden. Bezahlung der Ueberstunden bis zu 4 Stunden täglich mit 50 Prozent, über vier Stunden und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Explosion auf einem Torpedoboot.

Riel, 16. März. (W. L. V.) Durch ausströmende Dämpfe waren gestern nachmittags auf dem Torpedoboot S 140 zwei Heizer lebendig, zwei Ingenieur-Applikanten schwer und zwei Maschinisten mäßig verletzt worden. Die beiden Heizer sind heute nacht ihren Verletzungen erlegen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht ganz aufgeklärt.

#### Der Telegraphistenstreik.

Paris, 16. März. (W. L. V.) Der telegraphische Dienst ist in sehr erheblicher Weise gestört; nur wenige Linien arbeiten normal. Amtlich werden die Unterbrechungen der Telegraphenlinien teilweise mit atmosphärischen Störungen erklärt, doch heißt es, daß an diesen Störungen das Verhalten vieler Telegraphisten schuld ist, welche entweder die Arbeit eingestellt oder die Apparate in Unordnung gebracht haben. Auch der telephonische Dienst funktioniert seit 5 Uhr sehr mangelhaft. Es scheint, daß zahlreiche Telephonistinnen die Drohung, sich dem Streik anzuschließen, wahr gemacht haben.

#### Wettrüsten.

London, 16. März. (W. L. V.) (Unterhaus — Schluß.) Die Schwereigkeit, in der sich die Regierung gegenwärtig befindet, ist die, daß wir keineswegs, wie wir glauben, wissen, in welchem Verhältnis die deutschen Bauten fortschreiten. Wir wissen, daß die Deutschen ein Geschwader, welches ihnen, falls alle Schiffe gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes vollendet werden, eine Flotte verschaffen wird, die mächtiger ist als irgendeine gegenwärtig vorhandene. Wir kennen aber auch das Verhältnis nicht, nach welchem die Bestimmungen des Gesetzes durchgeführt werden sollen. Wir werden im Jahre 1911 sechs neue moderne Schiffe haben gegenüber dreizehn, welche in der deutschen Vorlage vorgesehen sind. Das deutsche Geschwader aber noch vier weitere Schiffe vor, die im Jahre 1910/11 auf Stapel gelegt werden sollen, wenn der Bau dieser Schiffe beschleunigt wird, was, wie ich vernehme, mit den vier Schiffen des Programmes des Jahres 1909/10 geschehen ist, so würde Deutschland schon im April 1912 17 Dreadnoughts und Invincibles besitzen. Aber selbst wenn keine Beschleunigung eintritt, wird diese Zahl im Herbst 1912 erreicht sein. Das ist die Möglichkeit, welche die Regierung in Rechnung ziehen mußte, denn wir können uns nicht in Gefahr begeben. (Redhafter Beifall.)

#### Gegen den Krieg.

Petersburg, 16. März. (W. L. V.) Mitglieder der Reichsduma verschiedener Fraktionen unterzeichneten ein von dem Abgeordneten Malalow ausgearbeitetes, an alle Parlamente der Welt gerichtetes Schreiben, in dem es heißt, angesichts nahender, drohender Ereignisse, erfüllen die Dumaabgeordneten ihre Pflicht, indem sie einen letzten Versuch machen, ein Weltungsgesetz abzuwenden; sie wenden sich daher an die Weisheit der Abgeordneten sämtlicher gesetzgebenden Versammlungen der Kulturwelt.

Reichstag.

225. Sitzung vom Dienstag, den 16. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Weingesezes.

Eine Generaldebatte findet nicht statt.

In der

Spezialdiskussion

werden die §§ 1 und 2 debattelos angenommen. Zum § 3, der die Bestimmungen über die Zuckerverordnung enthält, begründet Abg. Müller-Herlorn (fr. Vp.) einen Antrag, die Zuckerverordnung anstatt bis zum 31. Dezember bis zum 31. Januar zu gestalten.

Abg. Dr. Dahlem (Z.) bittet um Ablehnung des Antrags. Der Antrag wird abgelehnt, § 3 wird unverändert angenommen, ebenso die §§ 4, 5 und 6. Die §§ 6a und 6b, die die vielsumfährten Bestimmungen über die

Benennung der Verschnittweine

enthaltend, werden zusammen debattiert.

Die Abgg. Roeren und Erzberger (Z.) haben zum § 6a einen Antrag eingebracht, der in der Hauptsache bestimmt: „Ein Verschnitt aus Erzeugnissen verschiedener Herkunft darf nur dann nach einem der Anteile allein benannt werden, wenn dieser in der Gesamtmenge überwiegt.“

Abg. Behr, Hehl zu Herrnsheim (natl.) spricht sich gegen den Antrag aus, da der reelle deutsche Weinhandel darunter leiden würde.

Abg. Erzberger (Z.): Wenn das Gesetz in der Fassung der zweiten Lesung heute angenommen wird, dann scheitert es, da der Bundesrat den § 6b, als im Widerspruch mit den Handelsverträgen stehend, für unannehmbar erklärt hat. Wir empfehlen Ihnen deshalb unseren Antrag, der einen Vermittlungsweg darstellt und den deutschen Weinbauern einen Schutz gegenüber dem Auslande gewährt.

Abg. Dr. Köhne (Wd. d. Landw.) erklärt, daß er für den Antrag Erzberger und gegen den ersten Abfah des § 6b stimmen würde.

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Herren Abgg. Roeren und Erzberger haben ihren Antrag, der in der zweiten Lesung abgelehnt wurde, wieder eingebracht. Sie haben ihn allerdings etwas modifiziert durch den Zusatz, daß dabei die Vorschriften des § 6 Absatz 2 Satz 2 Anwendung finden soll. Damit sind die Hauptbedenken, die ich in der zweiten Lesung vorbrachte, gefallen. Das Beispiel vom Weisenheimer und Radesheimer, das ich damals anführte, ist jetzt nicht mehr zu treffend. Trotzdem wird aber auch diese Fassung noch zu praktischen Konsequenzen führen, die nicht viel besser sind als die, auf die ich damals hinwies. Wenn der Antrag Gesetz würde, was würde dann möglich sein? Man könnte dann aus 51 Liter Weisenheimer und 49 Liter irgend eines Landweins 100 Liter Radesheimer machen. Nehmen Sie aber 51 Liter irgend eines Landweins und 49 Liter weissen Radesheimer, so würde das keinen Radesheimer geben! Dem Schaden könnte allerdings abgeholfen werden, indem man in die 49 Liter Radesheimer vorher 2 Liter Zuckerwasser gießt, dann gäbe es wieder lauter Radesheimer. (Stürmische Heiterkeit.) So etwas darf man doch nicht zum Gesetz machen. Ich bitte Sie aber dringend, lehnen Sie den Antrag Roeren-Erzberger ab, damit nicht derartige Konsequenzen eintreten. Ich möchte Sie bitten, der Kommissionsfassung den Vorzug zu geben, welche bestimmt, daß ausschlaggebend für die Bezeichnung des Verschnittes lediglich der artbestimmende Charakter ist. Die Kommissionsfassung verdient auch schon deswegen den Vorzug, weil sie das Prinzip der Naturreinheit in bestimmter Hinsicht bevorzugt.

Nun hat der Abg. Erzberger zur Empfehlung seines Antrages noch ausgeführt, derselbe stelle einen Mittelweg dar und gewähre unserem Weinbau einen gewissen Schutz vor dem französischen Wein. Ich bin der gegenteiligen Meinung. Durch den Antrag würde der Verschnitt mit französischem Wein eher begünstigt. Dieser Verschnitt galt bisher als ein unrelles Verfahren und verschiedene Vereine von Weinhändlern haben sich darum gegen diese Methode des Verschnitts ausgesprochen. Wenn man 50 Liter

französischen Landwein und 50 Liter Weisenheimer zusammengiebt und macht daraus 100 Liter Radesheimer, so ist dies zweifellos ein unrelles Verfahren. Durch den Antrag Erzberger würde dieses Verfahren aber geradezu sanktioniert werden. Der französische Landwein hat eine größere Säure als der deutsche, und es kann daher eine verhältnismäßig geringe Menge genommen werden, um einen Rheingauer mit großer Säure zu deden. Die Mengebestimmung würde also zum Schaden der deutschen Landweine ausschlagen.

Und welches würde die Wirkung auf das Ausland sein? Wenn der Amerikaner deutschen Wein kauft, so will er doch nicht französischen Landwein haben, und wenn er ein Ursprungszeugnis verlangt und ihm dann gesagt werden muß, daß nur die Hälfte deutschen Ursprungs ist, so ist das doch für unseren Export nicht förderlich. Oder wenn französische Hotels deutschen Rheinwein führen, so werden sie sich dafür bedanken, unter deutschem Etikett 50 Proz. französischen Landwein zu erhalten. Der ganze deutsche Wein hat einen gewissen einheitlichen Charakter, und den will das Ausland haben, wenn es deutschen Wein verlangt. Wenn das Ausland aber riskiert, im deutschen Wein französischen Wein zu erhalten, so würde unser ganzer Weinexport diskreditiert. Dadurch würden aber auch die Weinbauern und die Arbeiter, die im Weinbau wie im Kellereibetrieb des Exporthändlers tätig sind, schwer betroffen. Auch aus diesem Grunde bitte ich Sie, die Fassung der Kommission zu bevorzugen.

Zu meinem Bedauern hat die Regierung in der zweiten Lesung ein Unannehmbar in bezug auf die Deklarationspflicht des Weisweinerschnitts im ersten Satz des § 6b ausgesprochen. Ich meine, die Regierung sollte nun wenigstens beim Abschluß von Handelsabkommen, sich mit Frankreich und auch mit anderen weinbauenden Ländern bezüglich dieser Frage ins Einvernehmen setzen. Solche Fragen können nur auf dem Wege internationaler Verständigung befriedigend gelöst werden. Es wäre zu wünschen, daß Verhandlungen mit Frankreich, Italien, Spanien und Portugal in die Wege geleitet werden, die die Weinbezeichnung auf Grundlage der Wahrheit hinsichtlich des Ursprungs ermöglichen. Im übrigen ist für uns die Frage, die im § 6b behandelt wird, nicht so wichtig, daß wir daran das ganze Gesetz scheitern lassen würden. Wenn die Regierung also auf ihrem Unannehmbar beharrt, so müssen wir wohl oder übel in diesem Punkte nachgeben. (Lebhafte Weisheit bei den Sozialdemokraten.)

Ges. Regierungsrat Behr v. Stein wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners: Man darf gesetzliche Bestimmungen nicht unter dem Gesichtswinkel idealer Vollkommenheit, sondern danach beurteilen, ob sie einen Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht bedeuten oder nicht. Und die Fortschritte, die das Gesetz bringt, erkennt doch auch der Abg. Dr. David an.

Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Vg.) erklärt, daß er von zahlreichen württembergischen Weinbauern aufgefordert sei, unbedingt an der Kommissionsfassung des § 6b festzuhalten, die allein in der Lage sei, den deutschen Weinbau vor der auswärtigen Konkurrenz zu schützen.

Abg. Erzberger (Z.) verteidigt seinen Antrag gegen die Kritik Dr. Davids.

Abg. Dove (fr. Vg.) erklärt, daß seine Freunde den § 6b ablehnen, weil die Regierung ihn für unannehmbar erklärt habe und weil er die Gefahr handelspolitischer Verwicklungen in sich schließe; daß sie aber auch den Antrag Erzberger nicht akzeptieren können. Man sollte doch den soliden deutschen Weinhandel nicht so kompromittieren, wie es im Laufe der Verhandlungen leider vielfach geschehen sei.

Abg. Stauffer (wirtsch. Vg.) gibt im Gegensatz zu den Ausführungen seines Fraktionsgenossen Vogt-Hall namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie am § 6b das Gesetz nicht scheitern lassen wolle, daher für Streichung des ersten Satzes stimme, und daß sie den Antrag Erzberger akzeptieren, der eigentlich nur eine Wiederholung des in der Kommission gestellten Antrages Stauffer-Köhne sei.

Abg. Wallenborn (Z.) empfiehlt den Antrag Erzberger. Hiermit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der erste Satzabschnitt des § 6b (Deklarationszwang für Verschnitt mit ausländischem Wein) gegen die Stimmen der Abgg. Hehl (natl.) und Vogt-Hall (wirtsch. Vg., Heiterkeit) gestrichen, dagegen der zweite Abschnitt (Deklarationszwang für ausländischen Rotwein) mit großer

Majorität beibehalten. Nur einige Freisinnige stimmen dagegen. § 6a wird in der Fassung des Antrages Erzberger angenommen. — Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Freisinnige und die große Mehrheit der Nationalliberalen. Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

In der

Schlussabstimmung

wird das Gesetz fast einstimmig angenommen.

Die Novelle zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die

zweite Lesung des Etats des Militärgerichts.

Berichterstatter ist der Abg. Erzberger (Z.). Er empfiehlt die von der Kommission vorgenommenen Abstriche (1 Adjutanten des Präsidenten, Zulagen für 11 außeretatmäßige militärische Mitglieder à 600 M.).

Abg. v. Etern (L.) begründet einen Modantrag, die Abstriche zu beseitigen, dagegen 3 Kanzleisekretäre (statt 2, wie die Kommission vorgeschlagen) als „künftig fortfallend“ zu bezeichnen.

Abg. Dr. Semler (natl.) tritt den Ausführungen des Vorredners bei.

Präsident des Reichsmilitärgerichts General Linde bittet dringend um Annahme des Antrages Etern und Genossen. Der gestrichene Adjutant sei geradezu unentbehrlich. Den außeretatmäßigen Mitgliedern sei eine Zulage von 50 M. pro Monat sehr zu gönnen, wenn sie natürlich auch ohne diese ihre Pflicht tun würden. Ein Kanzleisekretär könne ja immerhin gestrichen werden. Er, Redner, hege die stille Hoffnung, daß, wenn die Reichsfinanzen sich gebessert haben werden (Heiterkeit), auch Geld für Wiedereinstellung des gestrichenen Sekretärs da sein werde. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (als Berichterstatter) bittet nochmals, es beim Kommissionsbeschluss bewenden zu lassen.

In der Abstimmung wird der Antrag v. Etern-Kopff v. Liebert und Genossen mit Blockmehrheit angenommen.

Der Rest des Etats des Reichsmilitärgerichts wird nach unwesentlicher Debatte nach den Kommissionsbeschlüssen bewilligt.

Es folgt der

Militäretat

beginnt mit dem Titel „Kriegsminister“. Berichterstatter ist der Abg. v. Etern (L.).

Abg. Häudler (Z.):

Einstimmig hat die öffentliche Meinung Sparamkeit im Reichshaushalt und ganz besonders beim Militäretat gefordert. Ich stelle hier fest, daß wir zahlreiche Abstriche über die von der Kommission beschlossenen hinaus beantragt haben, daß aber unsere Anträge von der Kommissionsmehrheit abgelehnt worden sind. (Hört! hört! im Zentrum und b. d. Sozialdemokraten.) Wir verzichten unter diesen Umständen darauf, hier unsere Anträge zu wiederholen, lehnen aber auch alle Verantwortung ab. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Erwähnt wird unter Vorkleben, Ersparnisse durchzuführen, durch die außerordentlich mühselvolle Aufstellung des Etats. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Redner beleuchtet das an zahlreichen Beispielen. So kommt es, daß der Reichstag den Militäretat nicht mit der Genauigkeit prüfen kann, auf die das Volk Anspruch hat. (Sehr wahr! im Zentrum.) Um dem überwuchersenden militärischen Bureaucratismus entgegenzutreten, hat die Kommission eine Anzahl Resolutionen auf Vereinfachung der Dienstverhältnisse, der Kontrolle usw. vorgeschlagen, wovon deren Annahme ich dringend bitten möchte.

Ferner muß dem

Mangel an Ärzten in der Armee

ein Ende gemacht werden; die Militärärzte werden jetzt vielfach als Offiziere zweiter Klasse behandelt. Eine Neuorganisation des Militärärztes ist dringend nötig. Die Reichsfinanzreform bietet eine gute Gelegenheit, die nötigen Mittel hierfür aufzubringen.

Ferner sollte die Heeresverwaltung dafür sorgen, daß die Homogenität der Offiziere sichergestellt wird. Ein Unterschied

hülle den Kern zu erkennen. Und hier ist es vielfach unbekannt sein, daß die lesbische Sage von Acis und Galatea auch nichts anderes ist als eine Schilderung des Erdbebens. Die anmutige Meeremphise Galatea und der junge Hirt Acis vereinen sich im glücklichen Liebesbunde, doch der gewaltige Riese Polyphos verfolgt die Knuppe mit plumpem Liebeswerben. Als sie ihn voll Abscheu abweist, zerföhmet er voll Wut mit einem gewaltigen Felsblock seinen glücklichen Liebhaber, der von der trauernden Galatea in einen Quell verwandelt wird. Das Erdbeben ist hier in dem Riesen personifiziert, der in seinem Wüten Felsblöcke auf die frohen Landleute herabstürzt. Und daß der Ort der Handlung kein anderes ist als Sizilien, geht aus dem Namen Acis hervor; noch jetzt führt ein kleiner Bach in Sizilien diesen Namen.

Die Sage von Acis und Galatea ist besonders durch den Romantiker Dandel bekannt geworden, der eines seiner schönsten Werke aus ihr geschaffen hat. Das ebenso schwierige wie leicht verständliche Werk gelangt am Montag wie am Dienstag nächster Woche durch den Berliner Volkstheater im Konserfsaal Friedrichshain unter Mitwirkung der bedeutendsten Solisten zur Aufführung. Außer diesem Werk wird noch eine heitere Skatate von Bach „der zufriedengestellte Acolus“ aufgeführt, ein Werk, das gleichfalls zu den schönsten Aufgaben der ganzen älteren Choraliteratur gehört.

— Wasu alte Strümpfe gut sind. Der Kunstwart hat in einer der besten Feitungen fürs Haus (der Name wird leider nicht genannt) folgendes Rezept für einen feinen, ja weichevoll-gemüthlichen Zimmerschmud entdelt: „Ein hochmodernes Geschenk kann man sich billig aus unbrauchbar gewordenen Strümpfen herstellen. Diese werden stark indurirt, bis sie nach dem Trocknen eine feste Form behalten, dann überstreicht man sie mit Goldbrönte und erhält auf diese einfache Weise entzückende Blumen-topfornen. Eine wunderbare Wirkung erzielt man dabei, wenn man die Löcher nicht stopft. Die Keime treiben dann dort heraus und erhöhen den eigenartigen Reiz dieser Töpfe, die sich vorzüglich als zarte Aufmerksamkeit mit persönlicher Note eignen.“

— Die Zukunft der „Damenhüte“. Der „Damenhut“ ist immer ein aktueller Gegenstand, denn unsere Zeitgenossinnen geben sich die größte Mühe, ihn immer wunderbarer, rielender, wahnsinniger zu gestalten. Und jetzt eröffnen sich ihrem Erfindungsgeist ganz neue Horizonte. Ein belgisches Blatt meldet nämlich, daß ein Erfinder vor kurzem sich einen Damenhut „mit frischen Blumen und dazu gehörigem Wasserbehälter“ habe patentieren lassen. Das ist sehr nett! Nach dieser epochemachenden Erfindung ist der Springbrunnen als Damenhut sicher nur noch eine Frage der Zeit, und man wird sich gar nicht wundern, wenn zwischen den natürlichen Seerosen und Orchideen der bewässerten Quingelstüne lebendige Schwäne herumschwimmen werden.

— Die Vermischung der Meere. Die Vereinigung der beiden Meere, die durch die Landenge von Panama getrennt werden, muß die Folge haben, daß die Lebewesen der Ozeane mit einander in Verührung kommen, wodurch eine weitgehende Neugestaltung dieser biologischen Verhältnisse zu erwarten ist. Dieser Tatsache hat kürzlich die Biologische Gesellschaft in Washington ihre Aufmerksamkeit zugewandt und beschlossen, sofort einen biologischen Dienst auf dem Isthmus einzurichten, der von einer Reihe hervorragender amerikanischer Gelehrter verwaltet wird.

Kleines feuilleton.

Eines großen Herrn Liebeshandel in der Kolosse. Der Pariser Historiker Junc-Brentano hat dieser Tage in einem Vortrage die Lebensgeschichte der einstmal berühmten Schauspielerin Madame Favart behandelt, deren bewegteste Epoche zeigt, wie teu sich Lesing und Schiller an die Wirklichkeit halten konnten, als sie in „Emilia Galotti“ und „Kabale und Liebe“ die raffischste Wälfir zeigten, womit sich die Herrschenden ihrer Zeit in ihrem Weisheitshandeln über Gesetz und Recht hinwegsetzten. Frau Favart war 1745 Blüting vom Direktor der Pariser Komischen Oper getrauert worden. Sie war ein Theaterkind und hatte frühzeitig als Tänzerin, Schauspielerin und Sängerin Erfolge errungen. Ihr Gatte war 17 Jahre älter als sie, aber sie hing in aufrichtiger Liebe an ihm. Diese in diesem Zeitalter und in diesem Milieu doppelt seltene Tugend sollte für beide die Ursache schlimmer Schicksale werden. Als infolge einer Beschwerde der Comodie française, die das Monopol auf dialogische Stücke hatte, die komische Oper geschlossen worden war, schied der Marschall Morisy von Sachsen Favart die Leitung einer Theatergesellschaft vor, die der Armees auf ihrem Feldzuge gegen die Engländer folgen sollte.

Es war die Zeit, da der Krieg als eine elegante Spielerei der großen Herren betrieben wurde. Im Spielplan der Woche wurden für die Schlachtstage Theaterferien angelegt. Als Favarts Truppe einen großen Erfolg hatte und die Feinde davon erfuhr, erboten sie dem Marschall Morisy die Erlaubnis, sie auch einmal in ihrem Lager spielen zu lassen. Der Marschall aber erwiderte in Begierde nach der schönen Schauspielerin. Da sie dem gar nicht anziehenden Herrn widerstand, stoh sie nach Brüssel. Der Marschall drohte Favart, wenn er seine Frau nicht zurückbringe, sie durch Grenadiere holen zu lassen. Sie fand indes eine Zuflucht bei der Herzogin von Chebrause. In dieser Zeit war Favart Direktor des Brüsseler Theaters geworden. Morisy von Sachsen ließ in seinen Nachstellungen nicht nach und endlich ergab sich die geängstigte Frau. Eines Tages aber bewog sie Favart zu gemeinsamer Flucht. Der erboste Liebhaber kam auf Rache. Er ließ Favart durch das Brüsseler Theater einen Prozeß anhängen, der ihn völlig ruinierte. Um sich vor der Verhaftung zu schützen, mußte er sich verbergen. Der Marschall dagegen kehrte nach Paris zurück und installierte die nun ganz wehlose Frau in einem Häuschen in der Vorstadt Baugicard. In dieser Trübsal trat sie mit einem jungen Klavierlehrer in Beziehungen. Als Morisy von Sachsen davon erfuhr, erzwang er zwei „lettres de cachot“ (Verhaftungsbefehle) gegen Favart und seine Frau. Der Mann reitete sich nach Strahburg, sie wurde „zur Besserung“ in ein Kloster gesteckt. Schließlich versprach sie in einem Briefe an den Marschall, in der Zukunft „vernünftig“ zu sein. Sie bekam die Freiheit zurück und wurde in einem Schlosse installiert. Auch bekam sie ein Engagement an das Theater des Italiens, wo sie ihre größten Triumphe erringen sollte. Ihr Schicksal wendete sich plötzlich zum Besseren. Der Haftbefehl gegen Favart wurde aufgehoben und Morisy von Sachsen starb am 30. November 1750 eines jähen Todes. Von ihrem Heimgekehrten befreit lebten die Weiden

nun zwanzig Jahre in einer glücklichen Ehe. Madame Favart war aber nicht nur eine treffliche Gattin und Mutter, sie liebte auch gleich ihrem Gatten Schauspiele, Singspiele und komische Opern.

Bei den Kannibalen in Uganda. Der Gouverneur von Uganda, S. Gesseth Well, hat dem britischen Kolonialamt einen ausführlichen Bericht über seine Reise durch die östlichen Provinzen Ugandas eingeandt, der interessante Einzelheiten über die zentralafrikanischen Völkerschaften enthält. Vutedi, was so viel heißt als das „Land der Unbesiedelten“, zeigt wesentlich anderen Charakter als die Gegend westlich des Äquators und des Viktoriasees. Das hohe, dem Reisenden so unbedeuernde „Elefantengras“ und die Papyrusbüsche sind hier verhältnismäßig selten. Das Land bietet den Anblick einer riesigen Ebene von außerordentlicher Fruchtbarkeit. Es ist fast überall von primitiven und sehr kriegerischen Völkern besiedelt, die völlig unbekleidet gehen. „Meine Reise durch das Bagisana-Land“, so sagt der britische Gouverneur in seinem Bericht, „erfüllte mich mit Erstaunen und Ueberraschung. Vier Tage lang reisten wir durch ein herrliches Land, wie es ganz Afrika wohl schwerlich schöner aufweisen kann. Durch liebliche Täler und saftige Hügelrücken zogen sich endlose Bananenpflanzungen und Hirsefelder. Es ist keine Liebererziehung, wenn man annimmt, daß hier 50 Prozent des Bodens völlig angebaut sind. Dieser gewaltige endlose „Garten“ ist sorglich in kleine vieredrige Gebiethen getrennt, die alle durch große Dinstelheiden von einander geschieden sind. Dazwischen tauchen überall die hübschen kuppelförmigen Hütten der Bagisana auf. Alles ist hier so ordentlich, so gepflegt und so sauber, daß ein Blick auf die Landschaft die Illusion erwecken kann, man befinde sich zwischen den Weinbergen Südrankreichs; überall amete Siderheit, Ruhe und Frieden, und man konnte kaum glauben, daß man sich hier im Herzen des dunkelsten Afrikas befinde. Denn die Bagisana sind noch heute unbesiegbare Anhänger des Kannibalismus. Sie jagen und töten keine Menschen um des Fleisches willen, denn sie tun etwas, was für unsere Begriffe nicht weniger eklektregend ist: sie essen Leiden und leben in jedem Begräbnis ein fröhliches Gastmahl. Das Volk mag wohl 400000 Leute zählen. Im nördlichen Vutedi trifft man amüsante Vorkehrungen, um den Liebesdurst der schwarzen Junggesellen in Schranken zu halten. Alle jungen Weiber sind unverheirateten Männern in besonderen Hütten schlafen, die laubenschlagartig auf einem hohen Pfosten in der Luft thronen. Man kann dies Schloßgemach nur mit Hilfe einer Leiter erklimmen. Abends, sobald die Bewohner sich zurückgezogen haben, wird die Leiter sorglich fortgenommen und bei einigen Stämmen sogar rund um die Hütte Äsche gestreut, sodah man etwaige nächtliche Ausflüge der Junggesellen in den Hahnpapen auf der Äsche bequem nachprüfen kann.

Notizen.

— Acis und Galatea im Konserfsaal. Die Sagen der Erdbeben in Italien und Sizilien haben schon die Dichter und Schriftsteller des Altertums zu anschaulichen Darstellungen der furchtbaren Katastrophe veranlaßt. Die poetischen Schilderungen der Erdbeben sind zuweilen in die Form von Erzählungen und Sagen gekleidet, und es ist oft nicht leicht, unter der poetischen

zwischen adligen und nichtadligen Offizieren darf nicht gemacht werden. Auch sollte man in der Pensionierung Änderungen treffen; diensttätige Offiziere dürfen nicht mehr so viel wie bisher pensioniert werden. Vor allem aber sollte man die sogenannten gebeimten Qualifikationen beseitigen. In Bayern muß jetzt schon allen Beamten der Hauptinhalt der Qualifikation mitgeteilt werden. Dasselbe Recht muß auch den Offizieren zustehen. Sodann muß ihnen das Recht zustehen, gegen eine ungerechte Qualifikation Beschwerde einzulegen. Außerdem ist eine Reform des ehrengerichtlichen Verfahrens dringend nötig. In den Kasinos herrscht früher eine vornehme Einsidlichkeit. Das ist ganz anders geworden. Jetzt sind die Kasinos häufig Luststätten geworden, die Kasinobeiträge sind ständig im Steigen. Ein Gang zum Luxus und Wohlleben macht sich geltend. Liebesmähler und Geschenke an abreisende Vorgesetzte nehmen die Mittel der Offiziere über Gebühr in Anspruch.

Die Militärverwaltung ist noch immer gegen die zweijährige Dienstzeit der Kavallerie und reitenden Artillerie; sie hat uns hierüber eine Denkschrift vorgelegt. Das Pferd, das auch als Waffe früher eine Rolle spielte, hat diese Rolle ausgespielt, seitdem das Schießen erfunden ist. (Große Heiterkeit.) Sehr viel könnte bei der Ausbildung der Kavallerie gespart werden. Viel von dem, was jetzt gelernt wird, ist für den Kriegsfall nicht nötig. Disziplin muß freilich sein, aber sie wird nicht durch Paradeübungen, Präsentieren usw. erzielt. Hervorragende Militär meinen sogar, man könnte die Armee getrost dem Feinde entgegenführen, ohne daß sie das Präsentieren gelernt hätte. (Heiterkeit.) Den Darlegungen der Denkschrift über die reitende Artillerie kann ich auf Grund meiner eigenen Kenntnis nicht beistimmen. Die körperliche Ausbildung unserer Jugend wird in den Volksschulen schwer vernachlässigt. Die jungen Leute müssen erst das Geradestehen lernen, obwohl man ihnen das schon gut in der Schule beibringen könnte. Der deutsche Kriegsmilitär erklärte es trotz des kriegerischen Geistes des deutschen Volkes für unmöglich, die zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie einzuführen, obwohl der französische Kriegsminister nachwies, daß sie in Frankreich sich durchaus bewährt hätte. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Liebert (Rp.): Wir leben jetzt in sehr ernsten Zeiten; wir können nicht wissen, ob nicht heute oder morgen schon der Krieg losbricht. Wir müssen deshalb alles tun, was wir können, um unsere Armeen schlagfertig zu erhalten. Ich gehe auf die Fragen über das Offizierkorps, die der Vorredner angeregt hat, nicht ein, denn sie gehen die Kommandanten an und nicht das hohe Haus. (Beifall des Oho! im Zentrum und bei den Soz.) Bei der Gelegenheit will ich auch fragen, ob es richtig ist, daß in einem preussischen Regiment ein Regier als Musikmeister, in einem anderen einer als Tambourmajor, in einem dritten als Pauker eingestellt ist. Ich begreife die Kommandanten nicht. Haben sie denn gar keinen Nationalstolz? Ich möchte den Engländer oder Amerikaner sehen, dem man zumuten wollte, unter einem farbigen zu dienen! Das gibt's gar nicht, das wäre Rebellion! — Auch dem Urteil des Vorredners über den Paradeplatz kann ich nicht beistimmen; ich erinnere daran, wie entsetzlich sich der sachverständige Berichterstatter der „Times“ während der Belagerung von Paris über unseren Paradeplatz geäußert hat. — Sparen könnte man bei den sogenannten stillen Festungen, von denen man im Kriegsfall nichts hört und die einen eigenen Kommandanten nicht brauchen. Schließlich spreche ich dem Kriegsminister meinen Dank aus, daß er die vielen Abstriche, welche die Kommission gemacht hat, so ruhig und gelassen erträgt und auch diesem einigermassen gekundebenen Etat gegenüber seinen Humor behalten hat. (Beifall Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Graf Oriola (natl.): Die Rede des Abg. Häußler könnte den Anschein erwecken, als ob in unserer Armee alles im Argen läge, als ob sie nicht mehr auf der Höhe stünde. Komens meiner Freunde muß ich ausprechen, daß wir stolz auf unsere Armeen sind, daß wir gerade in diesen ernsten Zeiten auf die Tüchtigkeit unserer Armeen bauen und glauben, daß gerade sie die Sicherheit des Vaterlandes verbürgeln. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Wir wollen, daß das Ausland weiß, welche ein starkes Hülfsmittel wir an unserer Armeen haben.

Die Rede des Abg. Häußler hat mich nicht überzeugt. (Zuruf: Das glauben wir!) Ich habe zwar nur einen Teil davon gehört (Zuruf: Aha! Heiterkeit), aber dieser Teil gefiel mir nicht. Namentlich nicht das, was er über die zweijährige Dienstzeit der Kavallerie sagte. Teilt denn die bayerische Heeresverwaltung die Ansichten des Herrn Häußler oder steht sie auf dem Standpunkte, den sie im Vorjahre hier vertrat? Herr Häußler ist voriges Jahr nicht belehrt worden und die Denkschrift hat ihn auch nicht belehrt. Ich als Laie glaube unserer Militärverwaltung mehr als Herrn Häußler. Vieles von dem, was Herr Häußler sagte, entsprach dem Ideal des Herrn Webel, das dieser so oft uns hier vorgetragen hat. (Widerspruch im Zentrum.)

In der Kommission ist auf die Möglichkeit hingewiesen worden, drei Millionen durch Abiegung von über 8000 Musikern zu sparen. In den Provinzialstädten würde man das mit großem Bedauern empfinden. (Zustimmung.) Unsere Militärkapellen sind auch für die Pflege des musikalischen Sinns der Bevölkerung von großem Wert! — Die Pflege der Musik wird unsere jungen Offiziere auch davon abhalten, andere Tugenden zu machen. (Heiterkeit.) Die Finanzlage zwingt uns dazu, Abstriche zu machen, die wir bei anderer Finanzlage nicht gemacht hätten, und von Aufwendungen abzusehen, die sonst nicht unwichtig wären. Aber alle Abstriche, die irgendwie die Leistungsfähigkeit unserer Heeres beeinträchtigen, lehnen wir entschieden ab. Wir wollen unsere Heere das geben, was es braucht, damit es die Kraft behält, die uns unsere Weltstellung sichert und auf die wir auch in Zukunft zur Erhaltung des Friedens bauen können. Dann können wir ruhig allem entgegensehen, was da kommen mag. So lange das deutsche Heer bleibt, was es ist, braucht Deutschland nichts zu fürchten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Bayrischer Bevollmächtigter Generalmajor v. Giesbittel: Graf Oriola hat gefragt: Sind denn viele in der bayerischen Armee der Ansicht, die Herr Häußler vorgebracht hat? Er hat die Frage in Bezug auf die zweijährige Dienstzeit gestellt. Da aber dieselbe Frage während der Rede des Herrn Häußler von den Herren aus dem Hause und auch aus dem Bundesrat mehrfach an mich gestellt wurde, möchte ich nicht nur für diesen Fall, sondern ein für allemal, für alle Zukunft (Gelächter im Zentrum) die Frage ganz klar und vollkommen erschöpfend, mit einem Worte: Nein. Herr Häußler spricht als Abgeordneter — das ist sein gutes Recht — seine persönliche Ansicht aus, aber ich lege Wert darauf, festzustellen, daß das nicht immer die Ansicht der bayerischen Armee ist. Gewiß konnte ich auch manches von dem, was er gesagt hat, unterzeichnen, aber das sind nur wenige Punkte. (Heiterkeit.) Ich verzichte darauf, nicht nur wegen der späten Stunde, sondern weil ich dazu nicht berufen bin, die Ansichten des Herrn Häußler zu widerlegen. Wollen Sie die Ansichten der bayerischen Armee kennen, dann fragen Sie mich, dazu bin ich da, aber seine Ausführungen zu widerlegen, das werden die Herren der preussischen Verwaltung übernehmen; bei denen ist das in viel besseren Händen als bei mir. (Heiterkeit.)

Das Haus verläßt sich.  
Abg. Häußler (3.) (persönlich): Was Webel früher gesagt hat, weiß ich nicht, ich habe mich auf Gneisenau und Scharnhorst geeinigt.  
Abg. Graf Oriola (natl.): Das hat auch Webel getan, aber seine Vermutung ist ebenso wenig stichhaltig, wie die des Abg. Häußler.  
Abg. Häußler: Für mich stehen jedenfalls die Anschauungen von Gneisenau und Webel höher als die des Grafen Oriola. (Große Heiterkeit.)  
Weiterberatung Mittwoch 2 Uhr.  
Schluß 7 Uhr.

### Parlamentarisches.

Die Finanzkommission des Reichstages beendete am Dienstag die Spezialberatung der Brauereivorlage, ohne wesentliche

Änderungen an dem Regierungsentwurf vorzunehmen. Wohl wurden zu einzelnen Paragraphen Änderungsanträge gestellt, die jedoch sämtlich nicht geeignet waren. Wesentliches zu ändern und meist, sobald die Regierungsvertreter Bedenken dagegen geäußert hatten, zurückgezogen oder von der Mehrheit abgelehnt wurden. Von einiger Bedeutung ist der zu § 8 (Der von der Fälligkeit, Einzahlung und Stundung der Brausteuer handelt) gestellte und angenommene Antrag:

„Gegen Sicherheitsleistung ist die Steuer für eine Frist von sechs Monaten zu stunden; ohne Sicherheitsleistung kann sie gestundet werden.“

Dahin gehört auch die von den Nationalliberalen eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution:

„Die Regierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die bevorstehende starke Belastung des Brauereigewerbes eine Erleichterung der Bedingungen für Gewährung des Steuerkredits (§ 8) eintreten zu lassen und eine dementsprechende Verordnung zu erlassen.“

Eine Reihe von Anträgen waren zum Artikel IV, enthaltend Änderung des Zollvereinsvertrages vom 8. Juli 1867, betreffend kommunale und korporative Bierlieferung, eingegangen. In der Vorlage heißt es:

„Die Grenze, bis zu der die Braustoffe und das Bier für Rechnung von Kommunen und Korporationen besteuert werden dürfen, wird auf 200 R. für den Doppelzentner Malz oder 65 Pf. für 1 Hektoliter Bier festgesetzt.“

Hierzu wurde beantragt:

„Für geringfügiges obergäriges Bier (sogenanntes einfaches Bier, Braumbier oder Entebier) darf die Abgabe nicht mehr als 30 Pf. für 1 Hektoliter betragen.“

Dieser Antrag wurde angenommen.

Som Genossen Jubel wurde folgender Antrag gestellt: „Die von den zur Vereinerung von obergärigen Bier mit nicht mehr als 1½ Proz. Alkohol verwandten Bierstoffe sowie von dem obergärigen Bier dieser Art von Kommunen oder Korporationen erhobenen Abgaben dürfen vom 1. April 1910 an nicht mehr erhoben werden.“

Nachdem Jubel in der Begründung des Antrages darauf verwiesen hatte, daß es sich bei diesem Bier um das Getränk der Armen handelt, das mit 4—8 R. pro Hektoliter verkauft wird, und daß es unbillig sei, von diesem Bier eine ebenso hohe Abgabe zu erheben wie von dem Bier, das pro Hektoliter auf 10—12 oder gar auf 16—18 R. zu stehen komme, erklärte sich d. Samy sofort mit dem Antrage einverstanden. Dagegen erhoben die Regierungsvertreter wie auch das Zentrum Einwände, da der Antrag einen Eingriff in die Gemeindefinanzen enthalte! Bei der Abstimmung fiel er mit 12 gegen 12 Stimmen. Dagegen stimmten Zentrum und Konfessionelle. Die weiteren Änderungen sind unbedeutend. Schließlich wurde die wenig veränderte Vorlage in erster Lesung angenommen und auf die morgige Tagesordnung die Weinsteuerreformvorlage gesetzt.

### Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(37. Sitzung, 16. März.)

Die Budgetkommission bewilligte zunächst fast ohne Debatte die geforderten 7478 000 R. für den Ausbau der strategischen Bahnen. Ferner wurden im Anschluß an den vorige Woche erledigten Militäretat für Preußen, die Sonderetats für Sachsen und Württemberg beraten. Grundsätzlich wurde beschlossen, daß aus allen bei Preußen gemachten Abstrichen hier die Konsequenzen gezogen werden sollen. Eine Ausnahme wurde nur gemacht beim aggregierten Fonds. Auf Wunsch des württembergischen Militärbedienstetigen wurde davon abgesehen, eine entsprechende Streichung vorzunehmen, weil die Verhältnisse für die zweidrittelige Verwendung der Offiziere in einem kleineren Truppenverbande ungünstiger seien als in einem größeren Verbande.

Beim jährlichen Etat kam der verbleibende Fall vor, daß unter Zustimmung der Regierung die freizinnigen die Ermäßigung einer Ausgabe beantragten und die sonst so abschließliche Opposition dagegen erfolgreich protestierte. Es handelte sich um den Posten von 13050 R. für Spezialwissenschaftliche Untersuchungen und um Entschädigung von Studiengeldern für Zivilärzte, die in das aktive Sanitätskorps eintreten. Der freisinnige Abgeordnete Sommer teilte mit, daß seine Fraktion den Etat mit den Vertretern der Regierung durchgegangen und daß diese ihr Einverständnis mit einem Abstrich von 4000 R. hier erklärt habe. Erzberger wendet sich gegen diesen Abstrich, und Genosse Singer tadelt die Art, wie hier vorgegangen werde. Geheime Abmachungen mit der Regierung dürften nicht dazu führen, daß Änderungen ohne Begründung gefordert würden. Der Antrag wurde darauf abgelehnt.

Beim Pensionsfonds, der hierauf beraten und ohne Abstriche bewilligt wurde, beschwerte sich Erzberger über die opulente Art, mit welcher die Pensionierungsgehälter der Offiziere unserer ostasiatischen Besatzung behandelt werden, und darüber, daß sehr oft Beamte, von denen man genau wisse, daß sie nicht mehr in den Dienst zurückkehren, auf Wartegeld gesetzt werden, damit die spätere Pension desto höher ausfalle! Unterstaatssekretär Zwickel versuchte vergeblich, die Erzbergerischen Angaben abzuschwächen.

Beim Etat des Reichsinvalidenfonds verlangte Erzberger die anderweitige Beschäftigung verschiedener überflüssiger Beamten, da mit der Aufzehrung des Fonds die Arbeit immer weniger werde. Unterstaatssekretär Zwickel verspricht dieser Anregung Folge zu geben. Ferner fragte Erzberger an, woher es komme, daß Bayern diesen Fonds verhältnismäßig viel mehr belaste als die übrigen Bundesstaaten. Der bayerische Militärbedienstetige v. Giesbittel gibt eine längere Darlegung, wonach der Krankenstand in der bayerischen Armee während des Feldzuges 1870/71 infolge verschiedener widriger Umstände und großer Leistungen der bayerischen Truppen größer gewesen und infolgedessen auch die Zahl der Invaliden umgünstiger beeinflusst sei als bei den anderen Korps.

### Nächste Sitzung Mittwoch: Beratung des Etats der Reichsmarineverwaltung.

Der Zentralverband des technischen Bühnenpersonals (ZtB Berlin) ist wiederholt beim Reichstage vorstellig geworden wegen geheimer Festsetzung eines wöchentlichen Ruhetages; in der letzten Petition wird außerdem die obligatorische Unfallversicherung verlangt. Der Reichstag bewies die erste Petition im Jahre 1902 an den Reichslangler zur Erwägung. Die Erledigung der gegenwärtigen Eingabe des technischen Bühnenpersonals geschah durch die Kommission in der Weise, daß man diese Petition dem Reichslangler als Material überweisen läßt mit Rücksicht auf eine indessen erfolgte Kundgebung des Reichstages. Dieser stimmte am 27. November 1908 einer Resolution zu, welche die Regierung erludt, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der bei Schaustellungen usw. beschäftigten Personen vorzulegen. — Vielleicht wäre den Petenten schneller geholfen, wenn die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle diese Frage jetzt mitberaten hätte.

### Erster deutscher Jugendgerichts-Tag.

Am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstag, wurde in der Vormittagsitzung die Frage des Zusammenwirkens der Jugendgerichte mit Verwaltungsbehörden und freiwilligen Fürsorgeorganisationen erörtert.

Das erste Referat hierüber wurde gegeben vom Geheimen Regierungsrat v. Engelberg-Mannheim. Redner sprach von der „Sturm- und Drangperiode des sozialen Empfindens“, die man in Deutschland jetzt durchmache. Wie bei der Fürsorgeziehung und dem bedingten Straußschuß den übertriebenen Hoffnungen einwillen der Erfolg verlagert geblieben sei, so könne uns leicht bei den Jugendgerichten dieselbe Enttäuschung winken. Auf einen Erfolg

der Jugendgerichte sei nur zu rechnen, wenn die strafende Tätigkeit gegen die Jugendlichen in Zusammenhang gebracht werde mit erzieherischen Maßnahmen pro-pädeutischer Art. Das sei die Aufgabe der staatlichen Verwaltungsbehörden wie der Fürsorgevereine. Auch die unteren Polizeiorgane müsse man vertraut machen mit den Anschauungen der Jugendgerichte, auch sie müsse man zu der Einsicht bringen, daß es nicht darauf ankomme, „wie eine hegende Rente hinter dem Beschuldigten her zu sein“, sondern über seine Persönlichkeit und seine Umgebung Aufklärung zu schaffen. Redner empfiehlt eine „strenge und zielbewusste Handhabung der Fürsorgeziehung“, um verdorbene Kinder möglichst rasch aus der Schule zu entfernen. Doch seien Erziehungshäuser nötig, die in jeder Hinsicht ihren Zweck erfüllen, damit endlich mal der Fluch von den Anstalten genommen werde. Der Staat könne durch Wohnungsaufsicht, bessere Sittenpolizei usw. manchen Schaden abwehren; von den Gemeinden sei zu fordern, daß sie die in der Armen- und Waisenpflege geschulten Personen mehr in den Dienst der Jugendfürsorge stellen. In der Hauptsache sei die Überwachung der kriminell gewordenen Jugendlichen bezahlten Kräften zu übertragen, da auf die Dauer die nötige Zahl freiwilliger Helfer sich nicht werden finden lassen. Zur Durchführung dieser vorbeugenden Tätigkeit solle der Staat die Mittel hergeben, wo die Mittel der Vereine nicht ausreichen. Nicht in der Gerichtsorganisation liege das Wesentliche des Jugendgerichts, seine lebendige Kraft erhalte es erst durch Angliederung der prophylaktischen Fürsorge der Behörden und Vereine. Und nur wenn „das ganze Volk!“ und „besonders die Mütter“ das nötige Verständnis hierfür besäßen, sei etwas zu erreichen.

Das Referat von Hl. Dr. Duening-Berlin ging von der Forderung aus, daß zwischen Jugendgericht und Jugendgerichtshilfe das Verhältnis der Gleichberechtigung herzustellen sei. Rednerin wünscht, daß die Entscheidung über die Frage der Einsicht in die Strafbarekeit und der etwaigen Einstellung des Verfahrens nicht dem Staatsanwalt zugewiesen werde. Den Jugendlichen vor der Hauptverhandlung zu bewahren, sei nicht das wichtigste. Wenn der Jugendrichter sich als rechter Erziehungsrichter betätige, so könne er in der Hauptverhandlung einen starken Einfluß auf den Jugendlichen ausüben. Duening fordert, daß dem Jugendlichen stets auch die Verteidigung durch einen rechtsgelehrten Anwalt freistehende. Auf die Frage der Verteidigung durch Frauen wolle sie nicht eingehen, weil — so sagte sie unter verständnisvoller Heiterkeit der Zuhörer hinzu — niemand im Saale sei, der hiergegen etwas einzuwenden werde. Die Schlußaufsicht, die nach Beendigung des Prozesses eintrete und den Vereinen zufalle, habe die Aufgabe, den Straußschuß dadurch auf den richtigen Weg zurückzuführen, daß man ihn möglichst in eine günstigere Lage versetze, ihm z. B. Arbeit schaffen und ihm so den sittlichen Halt gebe. Für die besonders gefährdeten arbeits- und obdachlosen Jugendlichen sei auch als Verwahrschloß ein Jugendheim nötig, wie es in Berlin jetzt geplant werde. Schwierig sei es, für die Jugendgerichtshilfe die genügende Zahl von Kräften anzubringen. Rednerin würde es „mit großer Freude begrüßen, wenn es gelänge, die organisierte Arbeiterschaft daran zu beteiligen“. Wie sie sich das denkt, sagte sie nicht. Komme die organisierte Arbeiterschaft hand in Hand gehen mit einer Gesellschaftsform, die es in der Ordnung findet und für eine Notwendigkeit erklärt, daß das Unternehmertum organisierte Arbeiter wegen Zugehörigkeit zu ihrer Organisation auf die Straße setze? Rednerin schloß mit der Versicherung, daß zu der geschuldeten Arbeit der Fürsorgevereine vor allem Geld nötig sei. Soziale Hilfsarbeit ohne die Möglichkeit der Gewährung materieller Hilfe sei geradezu eine Art Betrug und werde nur Hof. Hier müsse der Staat durch Herabgabe der Mittel eingreifen, sonst sinken die ganzen Jugendgerichtshilfe herab zu einer Spiegelgläsererei. Mit Verlaß: auch uns erscheint die soziale Hilfsarbeit wie „eine Art Betrug“ und zwar deshalb, weil die besitzende Klasse, die die soziale Hilfsarbeit ist, eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse zu hinter-treiben sucht.

Die Diskussion ergab nicht viel, was herzubehoben wäre. Eine Verteidigung der Fürsorgeerziehungsanstalten, wie sie heute sind, wurde vom Landesrat Biergege-Baden verurteilt. Durch Angriffe, wie sie am Montag hier vorgekommen seien, werde nur Verunreinigung in die Menge geworfen; das Mißtrauen gegen die Fürsorgeerziehung sei ohnedies groß genug. Frau Amtsgerichtsrat Reuhaus-Dortmund sicste in ihren Ausführungen die „große Gefahr“, die darin liege, daß zur Arbeit an der „modernen gewordenen“ Jugendfürsorge sich ungeeignete Elemente drängen. Amtsgerichtsrat Mosler, Jugendrichter in Düsseldorf, bezeichnete die Erziehungshäuser des Rheinlandes als „Kusternanstalten“, in denen es „die Kinder zu gut haben“. Fräulein Dr. Schulze, offizielle Verteidigerin am Jugendgericht in Hamburg, wünscht, daß die Jugendfürsorge nicht staatlich werde, sondern karitativ bleibe und vom Staate nur die Mittel erhalte. Pastor Seiffert, Direktor der Erziehungsanstalt in Stansberg, will die Erziehungsanstalt nicht „mittelalterlich“ schalten lassen und weist besonders auf die von ihm geleitete Anstalt hin.

Die Nachmittags-sitzung brachte ein Referat des Ed. miralitätsrats Dr. Felisch über

Gesetzgeberrische Ausblicke, das anscheinend den Teilnehmern des Jugendgerichts-Tages als der Höhepunkt ihrer Verhandlungen galt. Felisch hob hervor, daß die Gesellschaft jetzt immer mehr sich bemühe, Einfluß auf die Entwicklung der Jugend zu gewinnen. Der Kirche dürfe man nicht verübeln, daß sie hier ihre altüberbrachten Rechte zu wahren suche, zumal die Religion doch ein sehr wichtiges Erziehungsmittel sei. Aber der Staat solle die Übergriffe der Kirche nicht dulden, und auch zum Handeln der um die Jugend kämpfenden politischen Parteien dürfe er sich nicht machen. Endziel aller Jugendfürsorge sei: die Jugend zu tüchtigen Erwachsenen zu erziehen. Und das müsse auch zeitig für den Staat und seine Gesetzgebung sein. Die neuen Gesetzesvorlagen, die hierher gehören, werden vom Redner begrüßt als eine Abschlagszahlung, auf die — noch mehr folgen werde. Er forderte

ein großes „Jugendgesetz“, das eine einheitliche Jugendpolitik ermöglichen, den Jugendlichen jeden Schuß bringen und andererseits die Gesellschaft gegen Missetaten Jugendlicher schütze. Den Jugendgerichten, die obligatorisch zu machen seien, wünscht er Zulängigkeit für Vergehen nicht nur der Jugendlichen, sondern auch für Vergehen gegen Jugendliche. Den Schuß der Gesellschaft gegen Missetaten Jugendlicher werde man erreichen, wenn man auch an eine „wirtschaftliche Hebung des Volkes“ denke. Er erwähnte Maßnahmen gegen die Trunksucht, gegen Prostitution und Juhälterwesen, gegen das Schlafstellenwesen — und sah den Rest in einem „und so weiter“ zusammen. Für die Kinder fordert er Heraushebung

des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre, Prüfung nicht der „Einsicht“, sondern der „allgemeinen Reife“, die Vergünstigung der Strafaufhebung und endlich bei guter Führung die Rehabilitation durch Löschung im Strafregister. Neben dem Staat müsse die „bürgerliche Gesellschaft“ treten, um nach Anwendung der Strafmaßregeln aus freier Liebesmitleidigkeit heraus die Erziehung des heranwachsenden Geschlechts auf ihre Schultern zu nehmen.

Diese Ausführungen, mit gehörigem Pathos vorgetragen, machten einen so tiefen Eindruck, daß auf Diskussion verzichtet wurde. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Köhne, bezeichnete es als übereinstimmende Meinung aller an diesen beiden Tagen zu Worte gekommenen Redner, daß „wir auf dem rechten Wege sind, nicht wenn wir strafen, sondern wenn wir sorgen und erziehen“. Im übrigen wandte er sich nachträglich gegen die am Montag vom Pastor Crusemann vorgetragene Meinung, daß „das Kind des Armen stehlen müsse“.

Staatsminister Hentig hob in einer Schlussansprache hervor, daß die Jugendgerichtsbewegung nach dem „Charakter der überschaubaren Freudigkeit“ habe, ihn aber nicht behalten dürfe. Von den Jugendgerichten erwartet er eine segensreiche Rückwirkung auch auf die Strafrechtspflege für Erwachsene.

Am Mittwoch soll der Jugendgerichtstag mit einer besonderen Aussprache der Jugendgerichtshelfer schließen.

## Aus Industrie und Handel.

### Das Riefendock in Hamburg.

Der Docksbetrieb der großen Werftfirma von Blohm u. Voß in Hamburg ist durch ein neues Dock von nicht weniger als 85 000 Tons Tragfähigkeit, das größte der Welt erweitert worden. Der gesamte Schwimmdocksbetrieb dieser Werft, weist damit eine Tragfähigkeit von 80 000 Tons auf. Das erste von B. u. V. im Jahre 1881 gebaute, damals als Wunder der Technik angesehene Schwimmdock vermochte nur 8000 Tons zu tragen. Dann folgte, Schritt haltend mit dem Bau von immer größeren Schiffstypen, die Errichtung von weiteren Docks, von denen das 1907 fertiggestellte 17 000 Tons zu tragen vermochte. Man glaubte damals, diese Dimension werde für alle Zeiten genügen. Aber schon nach kurzer Frist erwies sich dieses Dock als zu klein, um die neuesten Seeriesen aufnehmen zu können. Es wurde ein neues, aus Sektionen bestehendes Dock erbaut, und nun bis auf weiteres die größten Dampfer und schwersten Panzerschiffe aufnehmen vermag, legt sich aus sechs Pontons zusammen. Jeder der zwei Seitenflügel ist ausgerüstet mit Dampf- und elektrischen Anlagen zum Betriebe der Zentrifugalpumpen und Luftkompressionsanlagen für Reparaturzwecke. Auf dem Dock befinden sich ferner Lauf- und schwere Kräne bis 80 Tons Tragkraft. Das Riefendock ist fast noch einmal so groß als das amerikanische „Warmedock“ in New York, das bis vor kurzem hinsichtlich seiner Tragfähigkeit den ersten Platz einnahm.

### Arbeitslosigkeit.

Ueber die Arbeitslosenzahl, die am 20. November vorigen Jahres in Magdeburg durch das Gewerkschaftsamt unter finanzieller Beihilfe der Stadt vorgenommen wurde, liegt jetzt das Resultat vor. Danach waren ungefähr fünf Prozent der Arbeiter ohne Beschäftigung.

Ueber die Dauer der Arbeitslosigkeit ist festgestellt worden, daß 718 Personen bis zu einem Monat, 830 bis zu drei Monaten, 299 drei bis sechs Monate, 118 sechs Monate bis ein Jahr und 57 länger als ein Jahr arbeitslos waren.

### Steigerung der Weizenpreise.

Nach den Angaben der „Statistischen Korrespondenz“, deren Resultate die Marktpreise aus 60 Orten zugrunde liegen, ergeben sich für Januar und Februar d. J. folgende Durchschnittspreise:

	Januar	Februar
Weizen	202	213
Roggen	165	165
Trügergerste	183	186
Futtergerste	155	155
Dafel	165	168
Erbsen	280	288
Speisebohnen	302	290
Linsen	383	345
Erdkastoreien	63	63
Senf	60	62
Nichtstroh	47	48
Stumm- und Preßstroh	35	36

Der Preis der Futtergerste hat sich demnach gegen den Stand des Januar im Februar nicht verändert; bei den übrigen Sorten ergeben sich geringe Preisrückgänge, dagegen bei allen anderen Sorten Steigerungen, die speziell bei Weizen recht erheblich sind.

### Krise und Außenhandel.

Statt Neugründungen und Betriebsweiterungen waren in den letzten Monaten des Vorjahres Konkurse und Zerlegungen an der Tagesordnung. Klein in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1908 belief sich die Zahl der Konkursanmeldungen auf 2529 gegen 2205 im gleichen Zeitraum 1907. Dabei konnten nur 1909 Konkursverfahren eröffnet werden; 580 Anträge wurden wegen „Mangel an Masse“ zurückgewiesen.

Das schlimmste aber ist, daß die Aussichten auf einen Konjunkturumschwung nichts weniger als günstig sind, erstens wegen der

wachsenden Spannung in den Beziehungen der Weltmächte und dann, weil die Intensität der sozialpolitischen Umwälzung durch die bevorstehenden Veränderungen des französischen und amerikanischen Zolltarifs eine Verstärkung erfahren dürfte. Der Weltmarkt wird noch geraume Zeit im Zeichen der Krise stehen und dem internationalen Wirtschaftsverkehr sein Siegel aufdrücken. Wie unter solchen Verhältnissen die industrielle Bevölkerung den Druck des agrarischen Hochkonjunktur auszuhalten wird, wenn nicht eine gute Ernte ihn mildern sollte, das steht dahin. Von der Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion wird auch abhängen, ob der Ueberfluß an Arbeitskräften, der aus der Krise resultiert, (teilweise wenigstens) Beschäftigung findet.

In den Ziffern des Außenhandels zeigt sich seit 1893 ein fast ununterbrochener Aufschwung. Nur zweimal kommt ein Rückschlag vor: 1894 und 1901. Der Abfall im vergangenen Jahre leitet die dritte Krisenperiode seit 14 Jahren ein. Es belief sich der Welt-handel Deutschlands auf Millionen Mark (gegen das Vorjahr + oder -):

1893	7 378,4	1901	10 222,9	- 573,7
1894	7 337,0	1902	10 618,6	+ 385,7
1895	7 670,2	1903	11 451,4	+ 832,8
1896	8 311,8	1904	12 170,1	+ 718,7
1897	8 650,8	1905	13 278,1	+ 1108,0
1898	9 450,3	1906	14 918,6	+ 1633,5
1899	10 151,0	1907	16 103,9	+ 1187,3
1900	10 795,6			

Der Rückgang im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre beträgt 525 Millionen Mark. Bemerkenswert ist, daß eigentlich nur die Einfuhr einen bedeutenden Rückgang aufweist: Lebensmittel und Rohstoffe konnte die Industrie weniger einlaufen, weil der Auftragsbestand und damit die Konsumfähigkeit sich wesentlich vermindert hatten. Die Landwirtschaft hatte davon keinen Nachteil, denn der Abfall der heimischen Agrarproduktion ersetzte kaum eine Minderung. Dabei ist zu erwähnen, daß Deutschlands Handelsbilanz seit zwanzig Jahren passiv ist, der Import seit 1888 also den Export stets übertrifft hat, und zwar weist Deutschlands Außenhandel eine aktive Bilanz auf in Bezugs mit Großbritannien, Holland, Schweiz, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen und Japan; eine passive Bilanz im Verkehr mit Nordamerika, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Argentinien, Britisch-Indien, Brasilien, Rumänien, Chile und Spanien. Die kapitalistische Entwicklung drängt nun immer mehr dazu, Deutschlands Industrie vom Außenhandel abhängig zu machen. Das heimische Absatzgebiet liegt ihnen fern, denn um den Inlands-konsum zu heben, mühte in Form von Lohn- und Gehaltsaufbesserungen der arbeitenden Klassen deren Kaufkraft gehäuft werden, und dieser Investition liebt der Kapitalismus nicht. Aufbau mit der Arbeitskraft der proletarischen Volksgenossen — das ist das Geheimnis der kapitalistischen Akkumulation; Forcierung des Außenhandels die Ursache der Beschleunigung dieser Akkumulation.

### Die Tätigkeit der deutschen Werften im Jahre 1908.

Nach der Statistik des Germanischen Lloyd befanden sich im Jahre 1908 auf deutschen Werften im Bau:

Dampfschiffe	488 098 Br.-Reg.-To.	(1907: 680 275)
Kriegsschiffe	128 750	(1907: 128 068)
Segelschiffe	120 770	(1907: 104 852)

Es wurden fertiggestellt:

Dampfschiffe	201 371 Br.-Reg.-To.	(1907: 311 103)
Segelschiffe	78 872	(1907: 67 837)

Es blieben Ende Dezember im Bau:

Dampfschiffe	298 727 Br.-Reg.-To.	(1907: 369 172)
Kriegsschiffe	87 470	
Segelschiffe	42 407	(1907: 47 015)

Ferner wurden auf ausländischen Werften im Jahre 1908 für deutsche Rechnung fertiggestellt:

Dampfschiffe	56 717 Br.-Reg.-To.
Segelschiffe	36 230

## Aus der Frauenbewegung.

### Mutterpflicht und Organisation.

Das moderne Leben mit seinen Sorgen und Mühen, seinen Kämpfen und Leidenschaften, wirkt auch auf die Köpfe der Frauen. Auch sie können, mögen sie die Augen noch so fest verschließen, nicht mehr blind bleiben. Alle möglichen Agitatoren kommen und predigen ihnen Erkenntnis. Sie müssen das Leben so sehen lernen, wie es ist. Die teuren Lebensmittel, die lange Arbeitszeit, der geringe eigene Verdienst oder der niedrige Lohn des Mannes, die Sorge um das Wohl und die Erziehung ihrer Kinder, das sind die steten Agitatoren unter den Frauen. Ob sie nun in Fabrik und Werkstatt mitverdienen müssen oder mit knappen Wirtschaftsgeld den Haushalt versehen, jede von ihnen kommt immer wieder zu der bangen Frage: Wo finde ich die Ursache meines Elends und meiner nie weichen Sorge? Was ist Schuld an allen diesen Dingen, die mein Leben verdüßern? Antwort möchte die Arbeiterfrau auf alle diese Fragen und die Verheißung für die Zukunft: Deinen Kindern wird es einmal besser gehen; ihnen soll ein neues und besseres Leben werden! Es ist ja so oft nur die Sorge um die Kinder, die den Müttern die Kraft und den Mut zum Ausstehen gibt. „Ja, wenn ich keine Kinder hätte, dann würde ich meinem Leben schon lange ein Ende gemacht haben.“ — Wer hat diesen Ausdruck nicht schon von bleichen, müden Proletariermüttern gehört? Gibt es aber eine schwächere Anklage gegen unsere heutige Gesellschaftsordnung als jene Verzweiflung? Gewiß, die Kinder sind das letzte Heilighaus dieser armen Mütter, aber auch ihre größte Sorge, ihre ganze Hoffnung.

Wenn nun diese Mütter von den Organisationen der Arbeiter-schaft hören, die ihnen Erfüllung heißersehener Wünsche verkünden, höheren Lohn für sich und den Gatten, kürzere Arbeitszeit, ein

größeres Maß von persönlicher Freiheit, mehr Ruhe im Kreise ihrer Familie, wie gern möchten sie zugreifen! Oder wenn sie von den großen leidenschaftlichen Kämpfen hören, die die Arbeiter-schaft gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung führt, weil diese die Lebensmittelmehrerer schämen, dann fühlen auch sie, wie notwendig es wäre, hier mitzuentcheiden und mitzuwählen zu dürfen.

Die Arbeiterfrau fühlt den Wert und die Notwendigkeit der Organisation, sie möchte in die Reihen der Kämpfer eintreten, aber sie fürchtet, die Interessen ihrer Kinder zu verletzen. Wenn sie sich diesen Organisationen anschließt, so verlangen diese zwei Dinge von ihr, die für sie kostbar und knapp sind: Zeit und Geld! Gewiß soll sie nur ein paar Stunden ihrer Zeit und ein paar Pfennige opfern, aber wo diese Dinge so knapp sind, wie im Haushalt der Arbeiterin, ist der Entschluß nicht leicht. Soll sie als Mutter, lieber nicht zur Versammlung gehen und keine Zeitungen lesen, damit sie diese Stunden ihren Kindern widmen kann? Diese Fragen bestürmen die Arbeiterin und sie kann sich oft nur deshalb so schwer entschließen, Mitglied einer Organisation zu werden. Und doch müssen die Frauen endlich einsehen lernen, daß sie neben den Pflichten des Alltags auch noch Pflichten in Rücksicht auf die Allgemeinheit und die Zukunft unserer Nachkommen haben. Gewiß ist es Pflicht der Mutter, ihre Zeit so viel als möglich ihren Kindern zu widmen. Sie können es leider gar nicht in genügender Weise tun. Trotzdem müssen sie Zeit finden, um in Versamm-lungen zu gehen, wenn sie einsehen, daß ihre Mitarbeit in der Organisation erforderlich ist. Wie oft hat den Müttern nicht das Herz geblutet, wenn sie all den kleinen Wünschen ihrer Kinder immer mit dem grauenhaften Wort begegnen mußten: Ich habe kein Geld, ich kann dir nichts kaufen! Nicht nur Freuden mußten sie ihnen versagen, auch zum Brot hat es manchmal nicht gelangt, und auch nicht zu warmen Kleidern im Winter. Ohnmächtig mußte ihr Horn und ihr Schmerz vergehen, weil sie allein nichts tun konnten. Aber durch die Organisation können sie wirken. Diese ist die Hilfe, die ihnen geboten wird. Wenn sie helfen die Verhältnisse verbessern, können sie ihren Kindern mehr Freude gewähren.

Die Pflicht gegen die Kinder verlangt also nicht, daß die Frauen kleinlichen Bedenken nachgehen. Das Wohl der Kinder verlangt vielmehr, daß sie sich organisieren. Wenn sie das tun, haben sie ihre Mutterpflichten ganz erfüllt. Stolz können sie sagen: Wir haben unsere Kinder geboren. Wir haben für sie gearbeitet, aber wir kämpfen auch für sie, damit ihr Leben schöner werde als das unsere!

### Lesende.

Stralsund, Donnerstag, 18. März, abends 8 1/2 Uhr Lesende bei Max Kaser, Markgrafendam 11: Vortrag des Genossen Unger: „Frauenarbeit und deren Folgen“.

## Verfammlungen.

„Der Kutscher vor Gericht“, lautete das Thema eines Vortrags, den Rechtsanwält Kurt Rosenfeld vor einer Versammlung von Kutschern hielt, die am Donnerstagabend in Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstraße stattfand. Die Versammlung war einberufen vom Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin II. Der Vortragende, der in zahlreichen Fällen Gelegenheit hatte, angeklagte Kutscher vor Gericht zu vertreten, zeigte, wie leicht die Kutscher in die Lage kommen, sich Klagen zuzuziehen. Bald wird Schadenersatz gefordert und bald wird der Kutscher vor den Straf-richter gezogen. Fast kein Beruf bietet so viel Angriffs- und Reibungsflächen wie der des Kutschers, und schnell ist man bei der Hand, dem Kutscher die Verantwortlichkeit aufzuladen. Bei den Klagen auf Schadenersatz gibt es mancherlei Unterscheidungen zu treffen, da auch der Fuhrwerksbesitzer verantwortlich ist. Die Stellung der Unternehmer ist aber eine viel günstigere vor dem Gesetz, sie können die Verantwortung unter Umständen abwägen. Jedenfalls tun die Kutscher gut, ihre Sache gesondert von der des Unternehmers zu führen, wenn auch, wie es oft geschieht, der Unternehmer dem Kutscher den „guten“ Rat gibt, sich gemeinsam vor Gericht vertreten zu lassen. Harte Folgen für die Kutscher brachte die Bestimmung über die Gefährdung des Eisenbahntransportes, wozu auch die Straßenbahnen gerechnet werden. Nur Gefängnisstrafe wurde zuerst über die Schuldigen verhängt, Geldstrafe wurde nicht zugelassen. Erst durch die eifrige Agitation des Deutschen Transportarbeiterverbandes gelang es, daß die Bestimmung gemildert wurde und mit Geldstrafe eine Schuld geküßt werden konnte. Der Redner illustrierte seine Ausführungen mit mancherlei Beispielen aus der Praxis und zeigte ferner, wie viele Härten die Gesetzgebung für die Kutscher enthält; er empfahl dringend den Anschluß an den Verband, damit die Betroffenen gemeinsam ihre Stimme erheben können, um zeitgemäße Änderungen und Verbesserungen zu erzielen.

In der Diskussion wurde die Lage der Kutscher noch lebhaft erörtert. Der Wunsch wurde laut, daß der Ton unter den Kutschern ein besserer und die Kollegialität unter ihnen mehr gepflegt werde. Eifrig wurde der Anschluß an den Verband empfohlen. Der Vorsitzende Ullrich forderte die Kutscher auf, beim Verbande Reibung zu erlassen, wenn sie ein Strafmandat erhalten, stets aber die Straßenpolizeiverordnungen nach bestem Vermögen zu beachten. Der Referent beantwortete in seinem Schlusswort eine Reihe von Fragen aus der Versammlung, die zeigten, mit welchem Interesse die Hörer dem Vortrage gefolgt waren.

Ämtlicher Wartsbericht der ködlichen Posthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Posthallen, Marktloge: Reichlich Zufuhr reichlich, Geschäft langsam, Preise unverändert. Bild: Zufuhr sehr knapp, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. Sellage: Zufuhr reichlicher, Geschäft reger, Preise bedeutend. Fische: Zufuhr in hohen Preisen genügend, Geschäft sehr gut. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fest.

# Ausnahme-Angebot für die Leser des „Vorwärts“.

Ausschneiden!

## Alle Leser des „Vorwärts“

erhalten, solange der Vorrat reicht:

## Neuer Familien-Atlas und als Ergänzung hierzu Neues Geogr. Handbuch



Neuer Familien-Atlas

68 Vollkarten und viele Nebenkarten. Nach dem neuesten Material 1908 bearbeitet, darf derselbe Anspruch erheben auf Genauigkeit und Ausführlichkeit sowohl in bezug auf den Inhalt wie auch in bezug auf praktische Anordnung und wissenschaftlich exakte Durchführung. Selbst der beste Schulatlas kann als Hand- und Familien-Atlas nicht in Frage kommen, da die Bearbeitung für den lernenden Schüler eine ganz andere ist, wie für d. Hausgebrauch dienlich u. praktisch ist. Bisher war es nur möglich, einen Hand- und Familien-Atlas, verbunden mit einem geographischen Handbuch, zum Preise von

Mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands, vornehmlich seines Handel-, Verkehrs- u. Gewerbslebens hergestellt. Für ein Volk, das wirtschaftlich vorwärts strebt und die ihm gebührende Stellung unter den im Wettbewerb stehenden Nationen behaupten will, ist eine eingehende Kenntnis des Feldes seiner Betätigung unerlässlich. Es ist ein Buch für die häusliche Lektüre gedacht, das nützlich unterhält und anregt und gleichsam zum Familien-Atlas den Dolmetscher bildet.

Mk. 15.— bis 40.— zu beziehen.

68 Vollkarten und Nebenkarten, vielfarbig, auf Atlaskarton.

setzen wir alle Leser des „Vorwärts“ in die angenehme Lage,

beide Werke für nur 3 Mark

solange der Vorrat reicht, beziehen zu können.

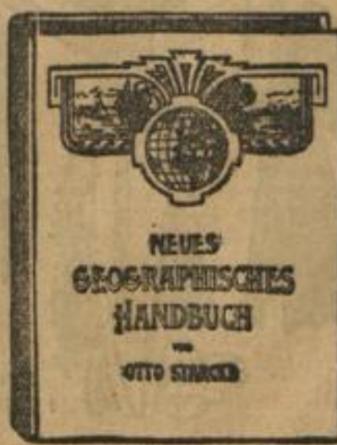
Durch dieses Angebot

Die verehrl. Besteller müssen, um Mißbrauch zu verhindern, den gebotenen Prämienchein ausfüllen und direkt an den Humboldt-Vorlag einsenden.

## Bestellschein

für die Leser des „Vorwärts“.

An den Humboldt-Vorlag, G. m. b. H., Berlin W. 57, Blomstr. 69.  
 Unterzeichner bestellt hiermit unter Nach-nahme:  
 Expl. Neuer Familien-Atlas A Mk. 150  
 Expl. Neues Geogr. Handbuch B Mk. 150  
 (Je ein Expl. Beide Werke) Mk. 3.— u. Porto.)  
 (Je 2 Expl. (Vier Werke) Mk. 6.— franko.)  
 Name: \_\_\_\_\_  
 Stand: \_\_\_\_\_  
 Ort: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_



Neues Geographisches Handbuch

416 Spalten, gutes Papier, deutlicher Druck, elegant gebunden.

### Orts-Krankenkasse

## Dachdecker Berlins.

Am Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr, bei Oalg, Skalitzer Straße 51/52:

### Außerordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:  
Wahl der Delegierten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer für das Jahr 1909-1910.

Die Wahl findet in getrennter Weise statt:  
Für Arbeitgeber von 8-1/2, 9 Uhr.  
Für Arbeitnehmer von 1/2, 9-1/2, 10 Uhr.

Delegierte für Arbeitnehmer sind 108 zu wählen. 271/8 Mitgliederbuch legitimiert.  
Hornmann, 1. Vorsitzender.

### Bekanntmachung.

#### Gewerbegericht zu Berlin.

Nach weiteren erfolglosen Verhandlungen der Schlichtungskommission der Berliner Dolgenindustrie über die Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 1 Stunde hat das von beiden Parteien ernannte zur Entscheidung angerufene Einigungsamt in der Sitzung vom 12. März 1909, an der unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz teilgenommen haben

1. Rentier Göttscher,
2. Hutmachermeister Vucht, als Vertrauensmänner der Arbeitgeber;
3. Buchbinder Brückner,
4. Schneider Ritter, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer,

In der Sache nachstehenden Schiedsspruch gefällt, dem die Parteien dem Vertrage gemäß sich zu unterwerfen haben

#### Schiedsspruch.

Da nach dem Spruch des Einigungsamts vom 12. Februar und der Ergänzung vom 19. Februar 1909 eine Verständigung betreffs der Verkürzung der Arbeitszeit unter den Parteien nicht erfolgt ist, entscheidet das Einigungsamt wie folgt:

1. Die Arbeitszeitverkürzung wird am das Ende der Arbeitszeit gelegt und kann erfolgen durch:
  - a) Sonnabend 1 Stunde früher Arbeitsbeginn,
  - b) Montag und Sonnabend je 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung,
  - c) Dienstag bis Freitag je 1/4 Stunde Arbeitszeitverkürzung.

2. Es soll aber gestellt sein, noch innerhalb 4 Wochen beiderseits Einigungen über eine Belpause und deren Anrechnung als Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen.

In den Betrieben, in welchen bereits endgültig eine Einigung über die Anrechnung einer Belpause erzielt ist, bleibt es bei den gegenseitigen Abmachungen bis zum Ablauf des Vertrages.

gez. v. Schulz, gez. Louis Göttscher, gez. Paul Vucht, gez. Eugen Brückner, gez. Ad. Ritter.

### Neu-Erscheinungen:

#### Das theoretische System von Karl Marx.

Von L. B. Boudin. Aus dem Englischen überf. von Luise Kautsky.

Mit einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Karl Kautsky. Preis 2,50 M., geb. 3,- M.

#### Zur Reform der Strafprozessordnung.

Von Dr. Hugo Heineemann, Rechtsanwalt. Preis 75 Pf.

#### Statistisches Jahrbuch für den preussischen Staat für 1908.

Preis 1,- M.

#### Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Lindenstr. 69. Laden.

### Wir verkaufen

jetzt noch billiger

- R 4 Mk. an in Petersbagen, Othahn,
- R 10 Mk. an Seegefeld, am Bahnhof,
- R 12 Mk. an Raulsdorf, am Bahnhof,
- R 10 Mk. an Bahnhof Zabova, Biesdorf, Raulsdorf-Zab,
- R 30 Mk. an Biesdorf, Stadtbahn, am Bahnhof.

Verkaufsstellen an den Bahnhöfen. Nieschalke & Nitsche Berlin, Neue Königl. 16

### Billigste Bezugsquelle

### gedieg. Trauergarderobe

## Westmanns

### Trauer-Magazin

Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115.

Genauere Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Eröffne am Donnerstag eine Rind- und Schweineschlächterei in H. Kaufmann, Kurzweg, Bornborferstraße 5.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, II. (Städt. Börse).

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Oraba. Tor. Eleg. Rad, Gehrod 1,50, Pole 1,00, Bette 50 Pf.

## Reste

Damentuche, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster. Triob-Stoffe, Seiden, Filzsch, Sammete, Seide etc.

## Confection

Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Costumes and Costumröcke in grosser Auswahl.

## C. Pelz,

Kottbuserstr. 5.

Kassenhändler jeder Art Augustabad, Rübenstr. 60

### Todes-Anzeige.

Am 14. März verstarb unser Mitarbeiter, der Genosse

## Franz Rehbein

nach achttägigem Krankenlager am Herzschlage. 500/2

Wir verlieren in ihm einen treuen Kollegen, dem wir allezeit ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße (Ecke Seestraße) aus statt.

Der Ausschuss

der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

### Zuckerpreise steigen rapid!

Wer sich für die, von den Handels- u. Börsenzeitungen vollständig falsch beurteilte und daher zu Katastrophen führende, Lage der internationalen

### Getreide-, Kaffee- und Zuckermärkte

zuverlässig unterrichten, daraus Vorteile ziehen, sich vor Ueberraschungen schützen, vor Schaden bewahren will, verlange — umsonst und portofrei — die von Kaufmann Michael Proestler in Würzburg verfassten Flugblätter.

## Steppdecken

Man kann nur am besten und billigsten bereit in der Robert Bernhardt Strobandel, Berlin, 72 Wallstr. 72. Preisliste gratis anfordern. Preis 25-26. Die Decken werden in bester Qualität gefertigt.

# Persil

### Das kleinste und vollkommenste selbsttätige Waschmittel

von Wasser unerreicht, geradezu wunderbares Wasch- und Bleichkraft. Wäscht die Wäsche von selbst in einviertel bis einhalbstündigem Kochen, macht sie rein und blendend weiss, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und Soda sind entbehrlich, daher ganz enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld! Garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung. Pakete à 35 und 65 Pf.

# Dixin

Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichtes Seifenpulver. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen, da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die Wäsche wird schneeweiss und erhält den frischen Geruch des Rasenbleiche. Paket 25 Pf.

# Henkels Bleich-Soda

In Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einweichen oder Einweichen des Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengerät und Holzgeräten etc.

Oben genannte 3 Artikel in allen einschlägigen Geschäften zu erhalten.

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co. Düsseldorf

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.



## Westmanns bekanntem Spezial-Konfektionshause

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße.) und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.)

### Frühjahrsaison 1909! Das Engrosgeschäft ist beendet!

Bis zum Osterfeste zu Engrospreisen an Private!

ca. 2500 Mäntel, Frauenmäntel, Paletots in Tuch, Kammgarn, Rips, Cotele, Epinglé,

ca. 2000 Kostüme und Kleider in Phantasiestoffen, Tuch, Travers, Corts.

Seiden-, Backfisch- und Kinder-Konfektion.

Einzelne Röcke und Blusen vom einfachsten bis zum vollendet eleganten Genre.

Jacketts, Kimonos, Capes in neuartigen Fassons und Stoffen.

Preise: für Mäntel früher bis M. 30.— jetzt 14 1/2.— bis M. 50.— 24.— bis M. 80.— 38.— bis M. 100.— 48.— usw. bis M. 500.— 250.—

Kostüme früher bis M. 30.— jetzt 13.— bis M. 40.— 18.— bis M. 60.— 28.— bis M. 110.— 52.— usw. bis M. 480.— 230.—

Einzelne Reismuster u. Kopien in jed. Größenverhältnis besonders preiswert! Solange der Vorrat reicht: Gratis in den Vormittagsstunden: Ein Reisecape an jeden Käufer von 20 M. an!

Die noch vorhandenen Bestände der Herbst- u. Winteraison fast umsonst!

### Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

### 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Bezirk 145.

Den Genossen zur Nachricht, dahinter Mitglied, der Holzschlitzer

## Fritz Althaus

am Montag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes „Zum heiligen Kreuz“ in Mariendorf aus statt.

Der Vorstand.

### Sozialdemokratischer Wahlverein

## Rixdorf.

### Todes-Anzeige.

Am 14. März verstarb unser Mitglied, der Maurer

## Hermann Rauh

(3. Bezirk).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

234/15 Der Vorstand.

### Invaliden - Unterstützungskasse

### d. Steindruckers u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 14. März ex. verstorbenen Steindruckers

## Karl Keßler

findet statt am Donnerstag, den 18. März ex., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee.

14885 Das Komitee.

Am Sonntag, den 14. März, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schmeigevater und Großvater, der Formier

## Waldemar Bannack

im Alter von 56 Jahren an Herzschwäche. 14936

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauli-Kirchhofes, Wöhlfers, aus statt.

Um stille Teilnahme bittet Witwe Minna Bannack nebst Kindern

Waldemar Bannack nebst Kindern Badstraße 35/36.

### Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Förster u. Runge für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

und unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter Rosina Seiler, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. 14966

Wilhelm Seiler nebst Kindern.

### Dankfagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Personal und der Firma Franz Höber sowie dem Bahnbereich Schöneberg und Arbeitskollegen für die herzlichste Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters, Schwieger- und Großvaters, sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 14968

Witwe Auguste Uter nebst Kindern.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreichen Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Bruders, Schwagers und Onkels. 4992

## Adolf Wagner

sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten unseren herzlichsten Dank.

Zu Namen der Hinterbliebenen: Witwe Auguste Wagner.

### Dankfagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Berliner Männerchor 1908“ und den Genossen des 6. Berliner Reichstagswahlkreises für die herzlichste Teilnahme und schönen Kräftigung am Grabe meines lieben Mannes sagen wir unseren herzlichsten Dank. 14946

Witwe Helene Niemo. Adolf Knedel u. Frau.

### Orts-Krankenkasse

der

## Gelb- u. Zinngießer.

Die Generalversammlung der Vertreter der Arbeitnehmer findet am Donnerstag, 25. März ex., abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15, Saal 5 statt, wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind. 14785

Tages-Ordnung:  
1. Berichtigung der Protokolle.  
2. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung des 1908.  
3. Bericht des Rechnungsausschusses und Verhängerklärung.  
4. Antrag des Vorstandes auf Änderung des Statuts.  
5. Ratsanträge.

Berlin, den 16. März 1909.

Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal. Heute, Mittwoch, den 17. März, abends 8 Uhr findet bei Trautmann, Friedrichstraße 61 eine Versammlung des Konsumvereins statt.

Erfurt. Donnerstag, den 18. März, abends 8 Uhr Handzettelverbreitung in allen Bezirken.

Hessen. Am Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr findet im Lokale des Herrn Kurzner die Wahlvereinsversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Ein Spaziergang auf dem Müggelsee um Mitte März dürfte zu den seltenen Genüssen gehören. Dies Vergnügen hatten am letzten Sonntag Tausende erholungsbefürftiger Großstadtmenschen, die der sonnige Tag in die Waldgegend bei Friedrichshagen und Grinow gelockt hatte.

Gegen die Erweiterung der Sonntagsruhe hat dieser Tage der freisinnige Bezirksverein der jüdischen Friedrichstadt Stellung genommen und den Magistrat ersucht, der Erweiterung keine Folge zu geben.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, welche sich bekanntlich vor einiger Zeit mit der Dr. Lange'schen „Deutschen Zeitung“ sowie mit „Reich“ und „Staatsbürger Zeitung“, die beide schon so ziemlich auf dem letzten Loth pfeifen, fusioniert haben, veröffentlichen gegenwärtig in die besseren Wohnungen Berlins, und zwar hauptsächlich in bürgerliche Kreise Tausende gedruckter Abonnements-Einladungen.

Wir dürfen uns heute ohne Selbsttäuschung der Gewissheit freuen, daß die Macht der Phrase und der bloßen Parteidoktrin geringer geworden ist in unserem öffentlichen Leben. Der nationale Gedanke, die recht verstandene Erbschaft Bismarcks, hat allmählich Gewalt bekommen über das gesamte öffentliche Bewußtsein und hat namentlich unser bürgerliches Parteiwesen in die wohlthätige Zucht eines strafferen vaterländischen Gemeingefühls genommen.

Mit dem fetten Acker des nationalen Gedankens sollen die bürgerlichen Elemente, deren Oberbungen in egoistischer Verblendung ja auch dem Blodmeister auf den Leim gingen, für die stets geldbedürftige Tafel der nationalen Presse eingetaucht werden.

Ein schweres Unglück ereignete sich gestern infolge Seilbruchs an dem Fahrstuhl im Hause Bergstr. 33. Der Packer Alstow fuhr bis zum Boden, wo das Seil brach.

Einen graufigen Fund machten spielende Kinder gestern nachmittags in den Burgbergen, an der verlängerten Türkenstraße, in der Nähe der Regler Grenze.

Ein „Kavalier“ gab gestern vormittag in der Friedrichstadt eine Hofrolle. Mit einer Krastdrosche fuhr er vor einem großen

Lokal in der Friedrichstraße 144 vor, und bestellte ein gutes Frühstück und eine halbe Flasche Sekt. Dem Autokutscher bedeutete er, daß er noch weiter fahren und am Schluß bezahlen werde.

Wegen anhaltender Arbeitslosigkeit versuchte sich gestern morgen der in der Putzener Straße 14 wohnende Arbeiter Wilhelm Liebenow zu erschießen.

Ein 40-jähriges Weibchen feiert am Sonntag, den 21. März, in Kellers Restjalen, Koppentstraße 20, der Gesang-Verein „Norddeutsche Schleiße“ durch Veranstaltung eines großen Vokal- und Instrumental-Konzerts.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht kam durch Unvorsichtigkeit Feuer in der Stalitzer Straße 125 aus. Petroleum brannte dort. Wegen eines Kellerbrandes rückte der 15. Zug nach der Siedinger Straße 1 aus.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstagabend 9 Uhr Übungsstunde der 3. Abteilung in Schöneberg bei Bielow, Grunewaldstraße 110, und 4. Abteilung in Lichtenberg bei Wedmann, Samariterstraße 11.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordneten-Versammlung.

In der letzten Sitzung nahmen die Staatsberatungen ihren Fortgang. Ohne nennenswerte Debatten wurde den folgenden Etats zugestimmt.

Der Verkehrsrat (Einnahmen 700 000 M., Ausgaben 523 853 M.) brachte längere Debatten über die Verkehrsverhältnisse. Besonders wurden bezüglich der Linienführung der Großen Berliner Straßenbahn eine Reihe der verschiedensten Wünsche vorgetragen.

Größere Auseinandersetzungen brachte dann der Steueretat, nachdem ein Versuch der rechten Seite, die Beratung desselben noch um 8 Tage hinauszuschieben, mißlungen war.

Stadtv. Wandmann (Lib. Vereinig.) erklärt, der Herabsetzung des Einkommensteuer-Zuschlages zustimmen zu wollen, wenn auch die Erwartungen, die daran geknüpft werden, irrig sind.

Stadtv. Schneider (Unabh. Vereinig.) stimmt große Klage über für die Hausbesitzer an. Was die Leute erwidern haben, soll man ihnen doch lassen, sonst gibt es keinen Friede mehr auf der Welt.

Der Rämmerer erwiderte, daß die Auslassungen der Vorredner Schöneberg zum Schaden gereiden. Die ganze Art des Vorgehens ist dazu angetan, Schöneberg zu diskreditieren.

\*) Um den Hausbesitzern entgegenzukommen, sind die Steuerföge für bebauten Grundstücke ermäßigt, dagegen diejenigen für unbebaute Grundstücke erhöht worden.

großen persönlichen Vorteil von einer Herabsetzung der Kanalisationsgebühren haben. Redner bringt hierüber im einzelnen den Nachweis.

Stadtv. Kühnlich (Lib. Frakt.) hält dem Stadtverordneten Wehner entgegen, daß Schöneberg gezwungen ist, mit Anleihen zu wirtschaften, da Schöneberg kein Vermögen besitzt.

Stadtv. Schneider (Unabh. Vereinig.) stimmt von neuem seine Klage über an und fragt, wo soll man denn bleiben, man will doch auch leben.

Stadtv. Heppner (Unabh. Vereinig.) sucht den Ausführungen des Stadtverordneten Wakenhuth entgegenzutreten.

Stadtv. Jöbel (Lib. Frakt.) macht darauf aufmerksam, daß eine Veräußerung mit Wilmerdors von vornherein ausgeschlossen sei.

Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich gegen die Klagen der Hausbesitzer, die ganz unangebracht sind. Die Arbeiterklasse wird bis auf den letzten Heller zu Steuer herangezogen.

Stadtv. Hehne (Unabh. Vereinig.) schiebt sich ebenfalls den Ausführungen an, daß die Wieten nicht teurer geworden sind.

Die Abstimmung ergibt sodann die Annahme der Anträge des Ausschusses. Für 1909 werden also die folgenden Steuerföge erhoben.

90 Proz. Zuschlag zur Gemeinde-Einkommensteuer; 167,71 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer und zwar 225 Proz. bei bebauten und 6,25 Proz. bei unbebauten Grundstücken; 150 Proz. Gemeindesteuer der Klassen I. und II. und 100 Proz. der Klassen III. und IV.; 50 Proz. Zuschlag zur Betriebssteuer des Stadtreihs.

Eine Nachforderung für die Schneebeseitigung in den Straßen in der Höhe von 20 000 M. wird bewilligt. Die Herren von den bürgerlichen Parteien haben nunmehr Reue empfunden für die Ausführungen, die sie in der vorigen Sitzung gegen den Magistrat erhoben.

Der hiesige Jugendbildungsausschuß hatte am Sonntag zum ersten Male die Jugendlichen zusammenberufen, um ihnen in einem Vortrage des Genossen Dr. Koeder den Wert der Jugendbewegung für das heranwachsende Geschlecht vor Augen zu führen.

Charlottenburg.

Am Freitag fand im Volkshause eine Sitzung der Delegierten und Vorstände zur Charlottenburger Gewerkschaftskommission statt, in welcher Genosse Kleinmang über das Thema: „Genossenschaften und Gewerkschaften“ referierte.

Der nächste Punkt der Tagesordnung bezog sich auf die geplante Mehrbesteuerung des Tabaks. Der Referent, Genosse Kleinmang, erinnerte an das große Elend in der Tabakindustrie, welches der vor kurzem stattgefundene Tabakarbeiterkongreß in Berlin der gesamten zivilisierten Welt vor Augen geführt hat.

Auf das Ansuchen des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften und Gesellschafter Deutschlands, sich über die Durchführbarkeit des reichsgesetzlichen Achtuhrlandes und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom Standpunkte des

Konsumierenden Publikums zu äußern, gaben die Versammelten einstimmig folgende Erklärung ab:

Nach Lage der hiesigen örtlichen Verhältnisse kann an der Durchführbarkeit des reichsgesetzlichen Lichtstrahlenschlusses für alle Branchen des Handelsgewerbes vom Standpunkte des konsumierenden Publikums kein Zweifel sein. Etwas Bedenken, daß der Lichtstrahlenschluß für die Konsumenten unliebsame Beirungen haben könnte, sind unserer Erachtens durchaus unbegründet und auch überall dort, wo der Lichtstrahlenschluß ganz oder teilweise örtlich geregelt ist, längst überwunden. Die in der Gewerbeordnung an Sonntagen zugelassene regelmäßige fünfstündige Verkaufszeit ist nach den Erfahrungen an hiesigen Orte durchaus nicht notwendig; das Publikum hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtig zulässigen Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Wenn an Sonn- und Festtagen für den Kleinhandel von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis eine zweistündige Verkaufszeit in den frühen Vormittagsstunden zugelassen wird, so ist allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten voll und ganz Genüge getan; im übrigen kann jegliche Arbeits- und Verkaufszeit im Handelsgewerbe verboten werden. Im Interesse der Angestellten und Arbeiter in Handelsgeschäften wünschen die Vertreter der Charlottenburger Gewerkschaftskommission, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs den obligatorischen Lichtstrahlenschluß und die übliche Sonntagsruhe im Handelsgewerbe recht bald einführen.

Auf Anregung des Genossen Witt wurde noch beschlossen, daß der Vertreter der Buchdrucker ein Verzeichnis empfehlenswerter Druckereien Charlottenburgs, bei welchen die Gewerkschaften ihre Drucksachen herstellen lassen können, herauszugeben soll. Unentschuldig fehlten die Wäcker und Freireuehlfen.

### Rixdorf.

Dem Blatte des Herrn Glasemann, dem „Rixdorfer Tageblatt“, haben wir es angetan, daß wir die Mitteilung machten, das Blatt suche sich durch die Herausgabe eines Arbeitsmarktes bei der Verdüsterung in empfehlende Erinnerung zu bringen. Nicht neuerdings erst, sondern bereits seit vier Jahren, so betont das Blatt, gäbe es einen Arbeitsmarkt heraus. Es spricht von der bekannten „Wohlfahrtsliebe“ des „Vorwärts“. Alsdann glaubt das Blatt sich berufen, eine Lanze für die Polizei brechen zu müssen, weil wir — indem wir die uns zugegangene Mitteilung, ein Polizeibeamter habe den Arbeitsmarkt verteilt, für zutreffend hielten — es gerügt haben, daß sich die Polizei in den Dienst eines privaten Unternehmens stellt. Wir waren der Ansicht, daß es Arbeitslose genug gibt, die den Arbeitsmarkt des genannten Blattes verteilen würden. Das „Rixdorfer Tageblatt“ betont nun, daß es hin und wieder vorgekommen sei, daß der am Hohenzollernplatz postierte Polizeibeamte den mit dem Verteilen des Arbeitsmarktes beschäftigten Arbeiter schlugen müßte, weil demselben halbwegsliche Durschen ganze Bündel des Arbeitsmarktes zu entreißen suchten. Dabei habe neulich ein Schuttmann einige Exemplare verteilt. Das Blatt sagt und nun an, wir seien über diese Menschenunbilligkeit höchst ungehalten gewesen. Das waren wir nicht, nur haben wir betont, daß Schuttmann nicht dazu da sind, für ein Privatunternehmen Dienste zu leisten. Nach und gewordenen Mitteilungen hat am 11. März abends 1/7 Uhr ein Schuttmann in der Thomas-, Ecke Bergstraße den Arbeitsmarkt des genannten Blattes verteilt. Daß der Schuttmann, selbst wenn er bei der Ausgabe des Arbeitsmarktes für Ordnung zu sorgen Veranlassung hatte, auch noch die Arbeit des angeleglichen Verteilens übernimmt, ist für uns allerdings etwas sonderbar.

### Lantwih.

Für die Errichtung einer Ortskrankenkasse wird seit einiger Zeit in den Kreisen einiger Mittelstandsreicher Stimmung gemacht. Vereits am 6. Januar hat die hiesige Gemeindevertretung auf Antrag des hiesigen Vereins der Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibenden beschlossen, bei der Aufsichtsbehörde die Errichtung einer Ortskrankenkasse für Lantwih zu beantragen. Mit dieser Frage beschäftigte sich kürzlich eine öffentliche Versammlung der hiesigen Kassenmitglieder, in der Gewerkschaftssekretär Bauer über das Krankenversicherungsgesetz referierte. Redner betonte, die Arbeiter hätten alle Veranlassung, dem, was Arbeitgeber beantragen, mit größtem Mißtrauen gegenüberzustellen. Der gestellte Antrag entspräche nur einer verärgerten Stimmung eines Teiles der Lantwihiger Arbeitgeber gegen die Leitung der Kasse, die sich des illuzer gezwungen sah, wegen verspäteter oder auch ganz unterlassener Anmeldungen zur Kasse Strafanzüge zu erstatten, auch auf Grund des § 50 des Krankenversicherungsgesetzes in einigen Fällen mit Erstattungsanträgen an sie herangetragen müßte. Im übrigen bedeute die Neuerrichtung einer Krankenkasse für Lantwih eine Dezentralisierung des Kassenwesens, gegen das sich die Arbeiterschaft zu wenden habe. Auch würden die Leistungen der neuerrichteten Kasse weit hinter den der Ortskrankenkasse für Marienfelde und Umgebung, welche letzterer die Lantwihiger Arbeiterschaft angehört, zurückbleiben. Die Versammelten bewiesen durch lebhaften Beifall ihr Einverständnis mit dem Referenten. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Gemeindevertreters Silberbrandt kritisiert, der in der Sitzung vom 6. Januar den Ausdruck tat: „Die Kasse hat schon wieder die Beiträge erhöht, aber von einer Erhöhung der Leistungen höre man nichts.“ Die Kasse hat nämlich Klassen nach dem Verdienste eingerichtet, und so ist der Beitrag eines Silberbrandtschen Klempners allerdings von 63 auf 84 Pf. gestiegen, aber auch das Krankengeld von 10,50 M. auf 14 M. Silberbrandt hat, wie alle Arbeitgeber, ein hierauf bezügliches Zirkular erhalten. Auf Befehl der Versammlung sollen in Lantwih Listen zirkulieren, in denen die Mitglieder unterschreiben gegen eine Neugründung protestieren können.

### Adlershof.

Eine aufgesuchte Jugendversammlung hörte am Sonntag nachmittags 3 Uhr einen trefflichen Vortrag des Genossen Horlich über „Wir sind die Zukunft“. Eine Diskussion fand nicht statt. Für die Gründung einer Vereinigung für Bildungsbefreiungen der arbeitenden Jugend wurden Paul Kularek und Theodor Laut-Bogndorf, Willi Grunau und Wilhelm Farchmin-Al-Ghienice sowie Karl Tiedemann und Karl Jodel-Adlershof einstimmig gewählt.

### Bris.

In der Gemeindevertretersitzung berichtete der Gemeindevorsteher Schmiedigen über den Stand der Verhandlungen betreffend die Heranziehung der Nachbargemeinden zu den Schulunterhaltungskosten gemäß § 53 des Kommunalabgabengesetzes. Es arbeiteten im Jahre 1908 von 198 Kindern die Eltern in Berlin, von 72 Kindern in Nieder-Schöneeweide und von 33 Kindern in Tempelhof. Mit Rixdorf sei ein Vergleich zustande gekommen, mit Berlin ist ein solcher noch in der Schwebe. Besonders rigoros habe sich die Gemeinde Nieder-Schöneeweide gezeigt, indem sie auf die Arbeitgeber dahin eingewirkt habe, ihre in Bris wohnenden Arbeiter vom 1. April ab zu entlassen, falls Bris seine Forderungen auf Zahlung eines Beitrages zu den Schulunterhaltungskosten aufrecht erhält. Der Gemeindevorsteher hat sich mit einer Beschwerde an die königliche Regierung und an den Landrat gewandt, um das terroristische Vorgehen Nieder-Schöneeweides einer Remedur zu unterziehen. Genosse Rizing und Herr Bickert vertreten den Standpunkt, daß alles getan werden müsse, um das terroristische Vorgehen der Gemeinde Nieder-Schöneeweide rückgängig zu machen. Nach einer weiteren Aussprache wird mit allen gegen eine Stimme die Forderung gegen Nieder-Schöneeweide aufrecht erhalten. — Die neue Hundesteuerordnung, welche eine Erhöhung der Hundesteuer vorsieht, wird genehmigt. — Zur Errichtung eines neuen Doppelschulgebäudes wird beschlossen, ein Grundstück gegenüber dem Schloßhof in der Größe von 7100 Quadratmeter für 66 000 M. von Herrn Defonomierat Späth zu erwerben.

### Röpenid.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung erfolgte zunächst die Einföhrung des Herrn Prümmer in das Amt eines zweiten Bürgermeisters, sowie der neugewählten Stadtverordneten Giliow und Kohrstedt. Bei der Wahl eines unbesoldeten Stadtrates an Stelle des Herrn L. Hüßl wurde nach dreimaligem Wahlgang

der Stadtr. Giliow mit 17 gegen 15 Stimmen gewählt. Dem Verwaltungsbereich des Bürgermeisters Dr. Langerhans pro 1908 ist zu entnehmen:

Die Aufstellung des Etats war nach den Ausführungen des Bürgermeisters noch in keinem Jahre so schwierig, wie dieses Mal. Es sieht zu befürchten, daß der Steuerausgleichsfonds mit herangezogen werden muß. Das Einkommensteuer-Soll, das mit 424 000 M. vorgetragen ist, wurde in früheren Jahren immer durch ein Mehr erheblich erhöht. In diesem Jahre ist seit Oktober wohl ein Zugang von 27 000 M. zu verzeichnen, aber auch 78 000 M. im Abgang. — Die Aufstellung des Schuletats ergibt als Endgiffern für die Mittelschule 45 171 M., Realschule 93 000 M., Gemeindefschulen 298 248,31 M. Angesichts der schlechten Finanzverhältnisse hat sich der Magistrat für Einstellung von 1500 M. für die Errichtung einer Selektia an einer Gemeindefschule nicht erwärmen können. Der Stadtschulrat beantragt diese Summe einzustellen, um so mehr, als ein dahin gehender Antrag bereits vor 2 Jahren die Zustimmung der Versammlung gefunden hat. Stadtr. Cuny (Lib.) teilt den Ausdruck eines — Rektorenstreiks mit. Wie er sagt, haben die Rektoren es schriftlich abgelehnt, an den Sitzungen der Schulkommission teilzunehmen und zwar angeblich aus dem Grunde, weil jetzt ein Lehrer der Kommission angehört. Redner teilt weiter mit, daß er bezüglich der beschlossenen Ermäßigung der Pflichtenanzahl der Lehrer bei einem der Lehrer Auskunft über die Anordnungen des Rektors Rietze, welche ihm nicht geheimer vorkamen, haben wollte. Hier sei der Kreisfchulinspektor eingesperrt, indem er die Erklärung abgab, er werde jeden Lehrer bestrafen, der Mitteilungen an Mitglieder der Schuldeputation mache. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten und Liberalen.) Man sei nicht mehr in der Lage, Recherchen zu unternehmen, das dürfen sich die Stadtverordneten nicht gefallen lassen. (Sehr richtig!) Stadtr. Jakob (Lib.) betraachtet die Haltung der Rektoren als Ueberbelung. Bürgermeister Dr. Langerhans bestreitet, daß die Rektoren aus dem Grunde nicht an den Sitzungen teilnehmen, weil ein Lehrer Mitglied sei. Nach seiner Meinung sei der scharfe Ton, der in der Kommission anscheinend vorherrsche, die Ursache. Stadtr. Wolf und Stadtr. Herz (Soz.) schließen sich den Ausführungen der liberalen Redner an. Leider sei es unmöglich, daß sich die Sozialdemokratie an den Kommissionsverhandlungen beteiligen könne, da, wie es nun einmal üblich ist, unsere Vertreter nicht befragt werden. Gegen die Handlungsweise des Kreisfchulinspektors Salobielst müsse Protest eingelegt werden. Stadtr. Cuny hält seine Behauptung, daß die Rektoren aus dem Grunde nicht an den Sitzungen teilnehmen, weil ein Lehrer Mitglied sei, aufrecht. Von den beiden Rektoren Seier und Rietze liege eine dahingehende mündliche Erklärung vor. Um zu beweisen, was die Kommissionsmitglieder zu machen hätten, habe der Kreisfchulinspektor in der Sitzung die Schulordnung vorgelesen (Große Unruhe! Stadtr. Herz: Jaßen und Maul halten!) Also wie Schulbuben behandelte der Vertreter der Regierung die Kommissionsmitglieder. Am Tage nach der Sitzung sei der Kreisfchulinspektor am frühen Morgen per Post nach der Schule in der Ostenrieder Straße gefahren und habe das Gesprochene dem Rektor mitgeteilt. Eine Vernehmung der Lehrer sei erfolgt und Strafe bei Ausfagen angedroht. Ein derartiges Vorgehen führe zum Spitzeltum. Stadtr. Herz (Soz.) bemerkt, daß bei einem derartigen Verhalten die Rektoren kein Gehalt brauchen. (Sehr richtig.) Wenn nicht in Kürze Wandel eintritt, müssen weitere Schritte unternommen werden. Stadtr. Riele (Soz.) bringt Beschwerden über weite Wege einzelner Kinder zur Schule zur Sprache. Vom Magistrat wird erwidert, daß bei der Lage der einzelnen Stadtteile die Verschiebung sich nicht vermeiden lasse. Wünsche und Verhältnisse werden, wenn irgend möglich, berücksichtigt. Hiermit schließt die Beratung des Schuletats. Der Antrag des Stadtschulrat auf Einstellung von 1500 M. für die Errichtung einer Selektia wird mit großer Mehrheit angenommen. — Bei der Beratung des Stadtschulhaushaltsplanes für 1901 weist der Referent Stadtr. Herz (Soz.) darauf hin, daß gemäß einem Beschlusse des Stadtschulhaushalts bei der Beratung anderweitig verfahren werden soll. Während bisher der Etat sofort dem Ausschusse zur Prüfung übergeben wurde, soll von jetzt ab vorher eine Generaldebatte im Plenum stattfinden. Der Magistrat wird gemäß einem Beschlusse des Ausschusses ersucht, Erhebungen über die Vermögensverhältnisse anzustellen. Weiter verlangt der Ausschuss baldige Vermehrung der Bedürfnisanstalten und die Errichtung einer weiteren Badeanstalt. Das Bürgergeld konnte noch nicht in den Orkus versenkt werden, da andere Einnahmen fehlen. In der Beratung des Etats trat Stadtr. Jakob (Lib.) für die Weiterführung der Straßenbahn nach dem Müggelsee und den Müggelbergen ein. Stadtr. Riele (Soz.) wünscht Verlängerung der Vormittagsdienststunden bei den Steuerannahmestellen. Ein Antrag, gegen die neuen Fernsprechgebührenordnung Protest beim Reichstag einzulegen, fand einstimmige Annahme. Bei der Position „Polizeiverwaltung“ bringt Stadtr. Wolf (Soz.) die Forderung der Polizei resp. dessen Leiters bei der letzten Wahlrechtsversammlung zur Sprache. Als eine Gruppe Versammlungsteilnehmer vor dem Rathaus vorbeiging, sei der Inspektor Hoeren mit einer Anzahl Beamten heraufgestiegen und habe eine ungehörige Bemerkung gemacht. Redner schildert dann die weiteren Vorkommnisse auf der Lange Brücke bezüglich des Abperrens und geht ausführlich auf die beiden an diesem Tage vorgenommenen Verhaftungen ein. Diese zwei „Verbrecher“ müßten nicht nur abgeföhren, sondern wurden auch mit Schimpfworten bedacht. Bei der Rückgabe des Geldes an einen der Verhafteten kam es zu Differenzen bezüglich der Höhe und auch hier kamen Schimpfworte in Anwendung. Bürgermeister Dr. Langerhans bemerkt, daß es sich um lärmende Straßenfundgebungen gehandelt habe. (Zu den Sozialdemokraten gewandt: „Die Geister, die Sie rufen, werden Sie nicht mehr los!“ Es mischten sich unter die Demonstranten zwei fahle Elemente und war es die Pflicht der Polizei, einzuschreiten. (Stadtr. Wihler [Soz.] ruft: Dann hätte die Polizei doch diese zweifelhafte Elemente verhaften sollen.) Die Vorgänge bei den Verhaftungen haben sich auch anders zugezogen. Ein Antrag Wolf, das Gehalt des Polizei-Inspektors zu streichen, wird gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. — Stadtr. Riele (Soz.) beantragt, die Kosten der Wohnungsbedarfsstellen auf die Stadt zu übernehmen. Nachdem der erste Bürgermeister aber erklärt hat, daß in Kürze eine besondere Vorlage komme, wird der Antrag zurückgezogen. Bei der Endabstimmung wird der hiesige Etat in Einnahme und Ausgabe auf 1 666 457 M. festgesetzt. Die Gemeindesteuer beträgt 170 Proz. Zuschlag. In die Kommission zur Erörterung der Frage einer einheitlichen Festlegung der Bebauungspläne wurden von seiten der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtverordneten Riele und Langerhans delegiert.

### Friedrichsfelde-Karlshorst.

Der Etat für 1909 schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 2 810 441,84 M. (gegen 3 658 261,72 M. im Vorjahre), das ist ein Weniger von 847 840,88 M. Die Einnahmen setzen sich zusammen: Ordentliche Verwaltung: 4045,48 M., Kapital- und Schuldenverwaltung 289 122,63 M., Allgemeine Verwaltung 16 380 M., Polizeiverwaltung 13 805 M., Fleischschauamt 12 400,16 M., Schulverwaltung 55 159,50 M., Armenverwaltung 5225 M., Straßenverwaltung 7926,28 M., Steuerverwaltung 638 200 M., Rieselgut in Münchehofe 61 555,50 M., Fortbildungsschule 3436 M., und Betrieb der Kanalisation 424 127,94 M. Die außerordentliche Verwaltung weist 1 328 000 M. auf. An Ausgaben sind vorgezogen: 1 Ordentliche Verwaltung: Grundstücke und Gebäude 10 103,90 M., Allgemeine Verwaltung 178 318,25 M., Kapital- und Schuldenverwaltung 279 515,50 M., Polizeiverwaltung 57 015 M., Schulverwaltung 221 706,47 M., Fleischschauamt 12 400,16 M., Armenverwaltung 37 621,68 M., Straßenverwaltung 129 564 M., Feuerlöschwesen 6002,63 M., Steuerverwaltung 60 118 M., Fortbildungsschule 3434 M., Rieselgut in Münchehofe 61 555,50 M., Betrieb der Kanalisation 424 127,94 M. 2. Außerordentliche Verwaltung 1 328 000 M.

Bei der Beratung über den Etat betonte der Bürgermeister Ungewitter, daß die wirtschaftliche Krise nicht nur die Finanzlage des Reichs und des Staates, sondern auch die der Gemeinde sehr ungünstig beeinflusse. Bei der Gemeinde-Einkommensteuer seien als Einnahme für das Etatsjahr 1909 192 000 M. gegen 215 400 M. im laufenden Etatsjahr eingestellt. Die Mindereinnahme sei zu erklären aus der wirtschaftlichen Krise, dem geringen Zugang besserer Renten und der notwendig gewordenen Räumung der Mansardenwohnungen. Auch die Umfahsteuer sei mit einem Minderetrag von 45 000 M. für das Etatsjahr 1909 eingestellt. Es sei daher zur Aufbesserung der Gemeindefinanzen eine stärkere Heranziehung des unbedauten Grundbesitzes notwendig. Unser Genosse Pinfeler betonte, daß der Fürsorge für Lungenkranke und Säuglinge ein weit größeres Augenmerk gewidmet werden müsse, auch sei die Erziehung von Spielplätzen eine unabwiesbare Pflicht der Gemeinde; dergleichen werde man nicht umhin können, der Heimarbeiterversicherung näher zu treten. Der Beigeordnete Casbaum bezeichnete die schon jetzt von der Gemeinde aufgewendete Summe für Schulzwecke in Höhe von 180 000 M. als glänzende Leistung; auch verwies er darauf, daß für die Säuglingspflege und zur Bekämpfung der Tuberkulose bereits 3000 M. in den Etat eingestellt seien. Mehrere Summe genüge voll und ganz, so mehr, als die Gemeinde kein großes Armenwesen habe.

Der Vorschlag der Steuerverwaltung sieht folgende Sätze vor: 120 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer, 2,4 Proz. Gemeindegrundsteuer für bebauten und 4 Proz. für unbebauten Grundstücke.

Hierzu beantragte der Gemeindevorsteher Schäfer, die Steuer für unbedauten Grundbesitz auf 4,8 Proz. zu erhöhen, da derselbe gut eine höhere Belastung vertrage. Dafür wünschte Redner die Ermäßigung des Kommunalsteuerfußes von 120 auf 100 Proz. Der Bürgermeister erwiderte, daß der Etat eine Herabsetzung in der vom Vorredner beantragten Höhe nicht vertrage. Gemeindevorsteher von Treckow malte die Not des Hausbesitzes an die Wand, der durch die Einziehung der Mansardenwohnungen in eine besonders üble Lage geraten sei. Gemeindevorsteher Schäfer verwies darauf, daß der unbedaute Grundbesitz in anderen Orten bereits bedeutend höher belastet sei; im übrigen müsse man mehr an die Entwicklungsmöglichkeit der Zukunft denken. Der Antrag Schäfer wurde nach längerer Debatte mit 11 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Beim Titel: Polizeiverwaltung beanstandete Gemeindevorsteher von Treckow die Einstellung von neuen Polizeiergänzungen; er plädierte für die Schaffung einer Polizeiwache in Karlshorst, zugleich wünschte er, daß die Verteilung der 24 Polizeibeamten so eingeteilt werde, daß auch Karlshorst zu seinem Rechte komme. Anderer Meinung war Herr Schäfer, der im Hinblick auf das bei den Neutagen in Karlshorst sich „herumtreibende Gesindel“ die Schaffung einer Polizeiwache dringend befürwortete. Gemeindevorsteher Hingel wünschte sogar eine bessere Bewaffnung der Polizeibeamten, er gab zu erwagen, ob man nicht die Einföhrung von Polizeihunden ins Auge fassen solle. Genosse Pinfeler gab seinem Erhalten darüber Ausdruck, daß gerade Karlshorst, das sich doch aus besserem Publikum rekrutiert, nach erhöhtem polizeilichen Schutz verlange. Die Abstimmung ergab mit 10 gegen 9 Stimmen die Aufhebung der Einstellung von neuen Polizeiergänzungen.

### Meinickendorf.

Bei der Gemeindevertretersitzung. Eine ausgedehnte und lebhafte Debatte rief der erste Punkt der Tagesordnung: „Erlaß einer neuen Grundsteuerordnung“ hervor. Die wesentlichste Änderung gegenüber der jetzt gültigen besteht darin, den unbedauten Grundbesitz auf das einnahmefähige gegenüber dem bebauten zu belasten. Sowohl die vollständige Anwesenheit der bürgerlichen Gemeindevertreter, wie auch die ungewöhnlich starke Besetzung des Auditoriums zeigten das große Interesse der Grundbesitzer an der Vorlage. Demgemäß war auch die Debatte. Obwohl der Beigeordnete Reichhelm und die Schöffen Schimmel und Schmidt die Vorlage mit Wärme verteidigten, wurde dieselbe in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. In einer vor einigen Tagen abgehaltenen Besprechung hatte sich die Mehrheit über dies Schicksal der Vorlage geeinigt, wodurch auch die anfänglich Widerstrebenden mit herübergezogen wurden. Ganz besonders an der Abschlagung beteiligten sich der Bürgermeister sowie die Herren Thater und Dr. Berliner. Ein besseres Schicksal hatte der Antrag unserer Genossen, den Gewerbebetriebsbesitzern eine Entschädigung von 6 M. pro „Styung“ zu gewähren. Bisher erhielten sie für den halben Tag 2,50 M. und für den ganzen Tag 5 M. Der Antrag wurde angenommen. Für die Ueberbewerben in der Altmatt wurden 500 M. bewilligt. Das Statut der zu errichtenden Gemeindeparkasse war vom Oberpräsidenten in verschiedenen unwesentlichen Punkten beanstandet worden. Die Gemeindevertretung genehmigte die Abänderung des Statuts gemäß den Protokollen. Die Telephoneinrichtung, welche die Rathauszentrale mit den einzelnen Werken der Gemeinde verbindet, wurde in letzter Zeit durch Drahtdiebstähle an der Oberleitung so oft gestört, daß z. B. bei Feuersbränden leicht eine größere Gefahr dadurch herbeigeföhrt werden kann. Die Gemeindevertretung beschloß daher, diese Leitungen unterirdisch verlegen zu lassen, was einen Kostenaufwand von 30 000 M. beansprucht. Die Arbeiten sollen durch die Firma Siemens u. Halske angelehrt werden.

## Gerichts-Zeitung.

Defraudationen in Höhe von 70 000 M. bei den städtischen Gaswerken

hatte sich der frühere Buchhalter Friedrich Gaudwirth zuschulden kommen lassen, welcher gestern aus der Untersuchungshaft dem Schwurgericht des Landgerichts I vorgeführt wurde. Die Anklage gegen G. lautete auf Fälschung öffentlicher Urkunden und Betrug in einer fortgesetzten Handlung. — Der Angeklagte ist seit dem Jahre 1902 bei dem Berliner Magistrat angestellt und als städtischer Beamter berechtigt. Seit 1908 ist er als Buchhalter in dem Bezugsabrechnungsbureau der städtischen Gaswerke in der Klosterstraße angestellt. Zu seinen Obliegenheiten gehörte die Aufstellung der Gasrechnungen für die Konsumenten. Der Angeklagte soll nun die von ihm ausgefertigten Rechnungen nicht der Kasse zur Einziehung übergeben haben. Mit Hilfe eines Stempels, den er sich anfertigen ließ, soll er den Auszahlungstempel der Kasse der Gaswerke gefälscht und dann die so gefälschten Rechnungen den Konsumenten vorgelegt und die Beträge eingezogen haben. — Um diese Fälschungen und Betrügereien zu verhindern, machte der Angeklagte in den Kontrollregistern dementsprechende falsche Eintragungen, so daß es lange Zeit nicht möglich war, die fortgesetzten Betrügereien zu entdecken. Erst als Hauswirth auf einer derartigen Rechnung einen Additionsfehler machte und sich die betreffende Firma beschwerte, kamen die Verfehlungen zur Kenntnis der Behörde. Es ergab sich, daß G. sich insgesamt 70 000 M. im Laufe von fünf Jahren angeeignet hatte. Vor dem Untersuchungsrichter legte der Angeklagte ein offenes Geständnis ab und behauptete, daß er den ersten Fall in wirklicher Not begangen habe, da er mit seinem Gehalt von damals 1400 M. nicht seine Familie und seine alte Mutter ernähren könne. Nach der ersten Verfehlung habe in ein förmlicher Raubel ergriffen, er sei immer weiter auf die schiefere Ebene geraten und habe sich schließlich dem Trunke ergeben. In den letzten Jahren sei er beinahe ständig betrunken gewesen und habe in einer Art „Dämmerzustand“ immer weiter gewirtschaftet. In der geistigen Verbanlung befandeten ärztliche Sachverständige übereinstimmend, daß der Angeklagte tatsächlich durch den fortgesetzten übermäßigen Alkoholgenuß ein sehr willensschwacher und Ansehungen sehr leicht unterliegender Mensch geworden sei. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen im Sinne der Anklage unter Zustimmung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und fünf Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.



**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Tacianu.**  
Piloty von Kaulbach  
in ihrer indisch. Tempelzone.  
**The 6 Sisters Lorrison**  
die englischen Schönheiten.  
Das großartige  
**Variété-Programm!**  
14 erstklassige Attraktionen.

**Passage-Panoptikum.**  
**Prinzeß Fassie**  
die Amazonen-Königin  
in ihr wilden Leibgarde.  
**Das blaue Weib,**  
das Opfer unheimlicher Tötation.  
Alles ohne Extra-Entree.  
**Papuss** der Mann in der Flasche!  
Heute 5. Tag!  
Puls normal. Befinden: unverändert.  
Tag u. Nacht zu sehen!

**Stadt-Theater Moabit.**  
Größter und vornehmster Theater-  
saal Moabits.  
**Alt-Moabit 48.** (Tel. II 2492.)  
Donnerstag, den 18. März 1909:  
**Das Stiftungsfest.**  
Schwan in 3 Akten v. G. v. Moser.  
Vorh. d. Vorh. 8. Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Konzert 7 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Montag, den 22. März: Soiree der  
Lustigen Sängers.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24, 2 Minuten vom  
Bahnhof Börse.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
18. März:  
**Das gänzlich neue Elite-Programm.**  
**10 Kunstkräfte**  
allerersten Ranges.  
**Zigeunerfriedel.**  
Schauspiel in 1 Akt.  
Vorzugskarten wochentags  
gültig, zu halben Preisen überall  
gratis.

**Steidl**  
Brückenstr. 2, Jannowitzbr.  
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Die  
**altbeliebten Fritz Steidl-Sänger.**  
**Parterre-Rest.** Entree frei.  
Urteilte Stimmung a la Brady.  
**Bier-Kaharett u. Berl. Spatzen.**  
Entree frei.

**Sanssouci,** Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Jeden Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutscher Sänger**  
und **Tanz.**  
Ausgewähltes Programm.  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.  
Jeden Dienstag:  
**Theater-Abend.**

**Neue Welt**  
Hasenheide 103-114.  
Täglich:  
**Gr. Bockbierfest.**  
Baron Muckls Bauernkapelle.  
Original-Garnisch-Partonkirchner  
Sänger und Schupplattler.  
Jeden Dienstag und Donnerstag:  
Sensationelle Prämierungen.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

**Königstadt-Kasino.**  
Polzmarktstr. 72.  
Täglich: **Franz Sobanski,**  
**Genor und Gerab,** Orchestre-Duo,  
**Jan Rudolph,** Dramatiker,  
**Die 3 Cyborgs,** Balanc Neuhäuser:  
Graf Graf, Ulla Köhler, Bernhard  
Marr, Ulla Graf.  
**Huckebain & Co.**  
Schauspiel in 1 Akt.  
Nach der Vorstellung: **Wittwoch,**  
Samstag, Sonntag **Tanz.**  
Donnerstag, den 25. März: **Benefiz**  
für **H. Sobanski.** Anfang 7 Uhr.

**Dankagung.**  
Sage hiermit allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten, insbesondere  
der Wagenbauer-Krankenkasse, dem  
Kranken- und Unterstützungsverein  
der Schmiede, dem Biogenischen  
Verein Mirdorf und den Kollegen der  
Jirna Schwarzloos, Frau Widan,  
meinen aufrichtigsten Dank für die  
tege Teilnahme bei dem Hinscheiden  
meines lieben Raues.  
**Ww. Agnes Ida Grusnick**  
nebst Kindern.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Zum **128. Male:**  
**Der Kompagniehall**  
Anfang wochent. 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.

**Berliner Eis-Palast**  
**Ständige Eisbahn.**  
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.  
**Konzert und Kunstlaufen.**  
Gustav  
**Behrens-**  
**Theater.**  
Goltzstr. 9.  
Der geprellte Rechtsanwalt.  
Schwan in 1 Akt.  
Das Schwalbennest.  
Operette  
und die übrigen erstklassigen  
Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

**Möbel**  
Dresdenerstr. 16  
Ob  
**Barzahlung**  
oder  
**Teilzahlung**  
stets gleiche reelle Qualität!  
Denkbar günstigste Bedingungen!  
**Siegmund**  
**Misch**  
Kühner  
garantiert lebende An-  
kunft, 11 Monate alt,  
jetzt richtig legend, Farbe nach Wahl,  
herauslich untersucht, 18 Stück mit  
Sohn 32 M., 12 St. 22 M., 6 St. 12 M.  
254/6 **Streusand, Sägeisen.**

Am Donnerstag, den 18. März eröffnen wir  
**Fran Boltz u. Töchter** **G. Boltz**  
Friseurinnen. **Hufeland-Str. 49, Ecke Greifswalder Str.** Friseur.  
die nach der neuesten Mode eingerichteten  
**Damen- u. Herren-Friseur- u. Champonier-Salons**  
mit dem Geschäftsprinzip: Kunstvolle Bedienung, solide Preise.  
Preise im Damen-Salon: **Separate Salons: Preise im Herren-Salon:**  
Frisieren 0,50 M. Zum Aufprobieren der Haar- Rasieren, Frisieren und  
3mal Frisieren im Abon- arbeiten 15 Pf.  
nement 1,- M. Zum Haarfarben und zur Nagel- Rasieren im Abonnement 10 Pf.  
nient monatlich 4-10,- M. pflege. Haarschneiden, Cham-  
Champonieren und Fri- poonieren, außer Sonn-  
sieren 1,- M. Zum Verkauf v. Parfümerie so- abend und Sonntag 35 Pf.  
do. do. im Abonnement 0,75 M. wie Toiletteartikeln zur Haut- Haarschneid u. Kopfwasch.  
Ondolieren u. Frisieren 1,- M. von nur berühmten Fabrikanten, mit echtem Bay-Rum,  
Manicure 1,- M. z. B. Wolf & Sohn, Karlsruhe, Montags u. Freitags nur 25 Pf.  
do. im Abonnement 0,75 M. Georg Dralle, Hamburg etc. Champonier u. Frisieren 15 Pf.  
Nur um die Vorzüglichkeit der Verkaufsartikel zu gratis.  
beweisen, verteilen wir in sämtlichen Salons an alle hochgeehrten Kunden am 18. März  
und folgende Tage **Proben von Haar-, Haut- und Mundpflege-Artikeln**

Bei Kauf von Locken 1,00 an, und Unterlagen 1,00 an. Friseur gratis!  
Bei Kauf eines Zopfes, 3,00 an, Champonieren gratis!

**Anarchisten! Sozialisten!**  
Donnerstag, den 18. März 1909,  
abends 8 1/2 Uhr, bei Voefler, Weberstr. 17:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
**1. Der 18. März.** Referent: Genosse Vertold  
Cahn. 14005  
2. Diskussion. 14005  
Die Agitationskommission der Anarchisten Berlins und Umgegend.  
Der Einberufer: Ph. Paulsen, Samsstr. 3.

**Verband der Steinseher, Pfasterer und**  
**Berufsgenossen Deutschlands.**  
Hilale Groß-Berlin.  
Am Freitag, den 19. März 1909, abends 7 Uhr, bei Wilke,  
Brunnenstraße Nr. 188:

**Kombinierte Versammlung**  
der Sektionen 1, 2, 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Einzug der Gelben in die Berliner Steinseherbewegung.  
Referent: H. Knoll.  
2. Beschlußfassung über besondere (Unterstützungs-) Maßnahmen in Rück-  
sicht auf die gegenwärtige langwierige Arbeitslosigkeit.  
3. Stellungnahme zum 1. Rat.  
4. Bericht über den Arbeitsnachweis bzw. Beschlußfassung.  
In dieser Versammlung sind auch die Väter der gelben Bewegung,  
die Herren Steinsehermeister Otto, Jakob, G. Stein u. a. sowie der  
Syndikus Dr. Gebauer und die Mitglieder der paritätischen Schlichtungs-  
kommission herzlich eingeladen.  
Kollegen! Erscheint zahlreich und pünktlich zu dieser Versammlung!  
Kontrolle über die Mitgliedsbücher findet nicht statt.  
Mit Verbandsgruß  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Zahlstelle Steglitz.**  
Mittwoch, den 17. März 1909, abends 8 Uhr, bei Schellhase,  
Steglitz, Ahornstraße 15:  
**Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter? Referent Reichsland-  
abgeordneter Kollege **Legien.** 80/12\*  
Die Kollegen der Kasse, Bodenleger, Einseher- und Treppengeländer-  
branche sind hierzu besonders geladen. Die Ortsverwaltung.

**Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation.**  
Der unterzeichnete Vorstand macht hierdurch bekannt, daß am  
Freitag, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsälen,  
Neue Friedrichstr. 35  
die **49. ordentliche Generalversammlung**  
stattfindet.  
Tages-Ordnung:  
1. Berlesung des Protokolls der Herbst-Generalversammlung. 50/1  
2. Erstattung des Jahresberichts pro 1908.  
3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.  
4. Antrag Antonie Koeffe und Genossen auf Abänderung der §§ 41,  
43, 49, 51 und 64 des Kassensatuts.  
5. Verschiedenes. Anträgen, zu deren Beantwortung Einlaß in die  
Geschäftsbücher notwendig ist, sind bis zum 29. d. Mts. schriftlich bei der  
Kasse einzureichen.  
Eintritt zur Generalversammlung haben nur die für 1908/1910 ge-  
wählten Vertreter. Dieselben erhalten besondere Einladungen,  
welche bei der Versammlung gleichzeitig als Ausweis dienen.  
Berlin, den 15. März 1909.  
Der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation  
Emil Sternberg, Vorsitzender, Klosterstr. 86.

**„Rauchen Sie**  
**Phänomen**  
Zigaretten!  
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Qof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Qof III. Amt 3, 1987  
Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr,  
in Freyer's Festsälen, Kappensstraße 29:  
**Allgemeine Klempner-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Rudolf Wissell.** 2. Diskussion. 3. Ver-  
bandsangelegenheiten.  
NB. Unter Verbandsangelegenheiten wird Bericht erstattet über den  
Stand der Tarifbewegung. Die Arbeitgeber haben unsere Tarifvorlage  
abgelehnt und wollen unter allen Umständen ihren Tarif zur Durchführung  
bringen. Aus vorstehendem Grunde ist es wohl jedem Kollegen klar, daß  
das Erscheinen aller Kollegen notwendig ist.

**Agitiere jeder nach besten Kräften!**  
Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr:  
**Versammlung**  
der  
**Fahrtuhlmonteuere und Helfer Berlins**  
und Umgegend  
im Lokal von **Röber,** Elisabethkirchstraße 14.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Karl Wäcke** über: „Die politischen  
Verhältnisse und ihre Wirkung auf die Arbeiter.“ 2. Diskussion.  
3. Gewäch zur Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten und  
Verschiedenes.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir recht zahl-  
reichen Besuch.

Donnerstag, 18. März, abds. 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
der in den  
**Ellengießereien beschäftigt. Kernmacher**  
und **Kernmacherinnen**  
in **Wilkes Festsälen,** Brunnenstraße 188.  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Verbands-  
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**Metallarbeiter-Notizkalender**  
Stück 60 Pf., sind im Bureau zu haben.  
113/10 Die Ortsverwaltung.  
**Zentralverband der Maschinisten und Heizer**  
sowie **Berufsgenossen Deutschlands**  
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
Donnerstag, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr,  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Stellungnahme zu einem zwischen den in den  
Branchen vertretenen Organisationen beabsichtigten Kartell-  
vertrag.  
Erscheinen aller Kollegen ist notwendig!  
145/3 A. L. H. Schwittan.

**Konsum-Verein Charlottenburg u. Umgegend.**  
Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr,  
findet im **Volkshaus,** Rosinenstr. 3, kleiner Saal, die  
**Ordentliche Generalversammlung**  
statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom halben Jahr 1. 7. bis 31. 12. 1908. 2. Wahl des Vor-  
standes und der Aufsichtsratsmitglieder. 3. Anträge.  
Anträge müssen laut § 29, Absatz 2 des Statuts drei Tage vor  
der Versammlung in Händen der Verwaltung sein. 104/13  
Der Eintritt sowie die Abstimmung erfolgt durch Vorzeigen der  
Legitimationskarte.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, besonders der Frauen, erwartet  
Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.  
G. Bede. H. Winter.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Sente Mittwoch, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer,  
Kappensstraße 29:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
für sämtliche Bezirke und Branchen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Das Einkommensteuergesetz.“  
2. Die weiteren Verhandlungen vor dem Einigungs-  
amt und der Schiedsgericht.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein. — Mitgliedsbuch nebst  
Vertrauensmännerkarte legitimiert. 104/14  
Die Ortsverwaltung.

**Schiedsgericht.**  
Das in der Streitsache „Urban“ vom Verband deutscher Brauerrei-  
arbeiter und der Brauerei Ernst Engelhardt Rasch, Pantow, angerufen  
Schiedsgericht hat erkannt:  
Die Entlassung des Schloßers Urban ist auf Verlangen des Arbeiter-  
anklages erfolgt. Es kann deswegen in dieser Handlungsweise der  
Direktion der Brauerei E. Engelhardt Rasch, Pantow, eine Maßregelung  
nicht erlassen werden.  
Da von den in Betracht kommenden Organisationen in diesem Falle  
Fehler begangen worden sind, hat das Schiedsgericht nicht zu entschei-  
den. Pantow, den 16. März 1909.  
Rechtsanwalt Josephson,  
Obmann.  
Willy Börner, Eugen Ernst, Hermann Raack, J. Zassenbach,  
Schiedsrichter.

**Central-Möbel-Halle** **Möbel-Fabrik-Lager**  
Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.  
Anerkannt billige Preise  
Fachmännische Bedienung  
Strengste Reellität.  
Diese solide bürgerliche Einrichtung, bestehend  
aus Schlaf- und Wohnzimmer mit kompletter Küche,  
Farbe nach Wunsch, liefern wir schon bei einer  
**Anzahlung von 45 M.** und monatlicher  
Abzahlung von Mk. 12 bis Mk. 15.

Verfammlungen.

Eine vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen einberufene öffentliche Versammlung fand in der vorigen Woche in den „Arminhallen“ statt.

rinnen gekündigt. Fast ausnahmslos ist Verkäuferinnen gekündigt worden, die 11, 10, 9 und 8 Jahre bei der Firma tätig waren.

boten werden. Nur wenn auch die kaufmännischen Angestellten als ausgebeutete Schulter an Schulter mit der Arbeiterenschaft kämpfen, kann ihr einziges Kapital, ihre Arbeitskraft, geschützt und können die Mißstände beseitigt werden.

Wasserstands-Nachrichten.

Table with 4 columns: Station, am 14. 3., seit 13. 3., and another station. Lists water levels at various locations like Remel, Tilsit, Regal, Unterburg, etc.

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - \*) Unterpegel, - \*) Eisstand.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

4 große Lebensmittel-Tage

Soweit der Vorrat reicht — Versand nach Ausserhalb prompt mit besonderer Sorgfalt

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Table listing various meat products and prices, including Fst. Pom. Cervelat u. Salami, Braunsch. Fett. Cervelat, Thür. Bauernleberw., etc.

Saft-Rollschinken

Burgunder, Koburger, Hamburger Schinken zum Kochen, Braten, Backen Pfund 120

Feinste Sülzwurst Altmärk. Sülzwurst Pf. 80

Kassl. Sülz-Zungen Kotelettes Stck. 50

Kolonial-Waren

Fisch- und Räucherwaren

Table listing colonial goods (coffee, tea, cacao, etc.) and fish/smoked goods (sardines, anchovies, etc.) with prices.

2 Waggon Apfelsinen Valencia Dtz. 25, 35, 45, 55 Pf.

Messina Blut-Apfelsinen .. Dutzend 30, 40, 50, 60 Pf.

Table listing various cheeses and meats with prices, including Fst. Kalif. Tafeläpfel, Prima Suppenhühner, Prima Brathühner, etc.



Sunlicht Seife

verleiht Gardinen, Spitzen und zarten Stoffen, ob einfach oder kunstvoll, jenen Zauber von Frische und Reinheit, der das Heim gemütlich und anziehend gestaltet.



